DER PARITÄTISCHE HESSEN

75 JAHRE 1947 • 2022

75 Jahre soziales Handeln in Vielfalt – Engagement, das verändert

Inhalt

4 Editorial

5 Grußworte

10 **Wiederaufbau mit vereinten Kräften – das Gründungsjahrzehnt**

14 Mit unseren Werten unvereinbar: Wir distanzieren uns von unserem Gründungsvorsitzenden Wilhelm Polligkeit

15 Hospitale in Finanznot – Krankenhäuser im Paritätischen Hessen

16 Ein Leuchtturm für blinde Menschen – die Blista in Marburg

18 Alles andere als auf Sand gebaut – der Frankfurter Verein für soziale Heimstätten

20 **Die Soziale Marktwirtschaft nimmt Form an – die 1950er Jahre**

22 „Ich fühle mich reich beschenkt" – ehrenamtlich aktiv beim Bürgerinstitut in Frankfurt

24 „Da war jemand, der mir ohne Vorurteile begegnet ist" – Perspektivwechsel e. V. in Frankfurt

26 **Eine bewegte Zeit – die 1960er Jahre**

28 Vom Zivi zum Geschäftsführer – Lebenshilfe-Werk Kreis Waldeck-Frankenberg

30 Dialog zwischen Kulturen und Religionen – Henry und Emma Budge-Stiftung

31 Mit Lumi kommt Freude auf – ambulante Altenhilfe des ASB

32 **Terror, Krisen & gesellschaftlicher Wandel – die 1970er Jahre**

34 Vom Wert des freien Spiels – die Frankfurter Kinderladen-Bewegung

36 Weniger HIV-Infizierte, aber viele Vorurteile – die AIDS-Hilfe Frankfurt

37 „Mama, du bist eine Kämpferin!" – die Selbsthilfe-Bewegung

38 **Die fachliche Arbeit lebt auf – die 1980er Jahre**

40 Mit alten Booten auf neuem Kurs – Arbeit und Bildung in Marburg

42 Neustart in ein Leben ohne Gewalt – Frauenhaus Erbach

44 Schutzengel für Mädchen in Not – Feministische Mädchenarbeit

45 Liebe, Sex und Schwangerschaft – pro familia

46 Ehrenamt für Alle – fab e. V. in Kassel

48 **Licht und Schatten – die 1990er Jahre**

50 Aus Solidarität wird Freundschaft – Netzwerk für Flüchtlinge Rödermark

52 Das „MüZe-Kind" macht heute Öffentlichkeitsarbeit – das Mehrgenerationenhaus ZenJA in Langen

54 Hilfe für suchtkranke Menschen – Integrative Drogenhilfe

56 **Ein neues Jahrtausend mit neuen Herausforderungen – die Jahre 2000 bis 2019**

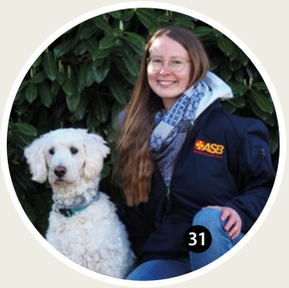
60 Kreativität weckt Kräfte – Wetzlarer Arbeitsloseninitiative

62 Kunst und Kultur in der sozialen Arbeit – Schlachthof Kassel, BehindART, Kultur mittendrin Wiesbaden

64 Humanitäre Hilfe – Terra Tech, Arbeiter-Samariter-Bund Hessen, Jugendherbergen

66 **Zeit des Umbruchs – die Jahre 2020 bis 2022**

67 Danksagung, Impressum, Bildnachweis



Dr. Yasmin Alinaghi und Dr. Wolfgang Werner

Geschäftsführerin und Vorsitzender des Paritätischen Hessen

In der Notzeit nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Paritätische Wohlfahrtsverband Hessen 1947 gegründet. Siebeneinhalb Jahrzehnte später erleben wir erneut Krisen von historischem Ausmaß: Die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine und der Klimawandel sind enorme Herausforderungen. Der Blick zurück zeigt, wie wichtig eine stabile soziale Infrastruktur ist, um mit Krisen umzugehen und sie zu meistern.

Wir präsentieren in dieser Jubiläums-Broschüre beispielhaft Mitgliedsorganisationen und engagierte Menschen. Wir zeigen kleine Ausschnitte und Facetten aus der Vielfalt der Ideen und der unterschiedlichen Lösungsansätze für soziale und gesellschaftliche Probleme. Im Mittelpunkt stehen dabei immer die Menschen, ihre Sorgen, Nöte, aber auch Wünsche und Hoffnungen. In den Gründungsjahren des Paritätischen Hessen ging es um Fürsorge für Schwache und Hilfsbedürftige. Im Laufe der Zeit rückte das Ziel in den Vordergrund, Menschen mit ihren Kompetenzen und ihrem Potenzial zu sehen und zu stärken. Hilfe zur Selbsthilfe, Empowerment, Interessenvertretung, Elterninitiativen, gesundheitliche Selbsthilfe, Initiativen von Menschen mit Behinderung und die Vielfalt des freiwilligen sozialen Engagements gehören zu den wesentlichen Säulen des Verbands. Die Angebote unserer Mitgliedsorganisationen reichen vom Geburtsvorbereitungskurs bis zur Sterbebegleitung im Hospiz, von der Kindertagesstätte bis zur Pflegeeinrichtung.

Unter unserem Dach sind große Träger und kleine Vereine vereint, finden sich jahrhundertealte Stiftungen neben jungen Initiativen. Und sie alle haben entsprechend dem Gedanken der Parität die gleichen Mitspracherechte.

Kompass unserer Arbeit sind unsere Werte Vielfalt, Offenheit und Toleranz. Wir treten ein für soziale Gerechtigkeit, für erschwingliche Mieten, für Inklusion und gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Wir vertreten die Interessen aller Menschen, die von Ausgrenzung betroffen und bedroht sind. Für sie und für unsere Mitgliedsorganisationen sind wir ein starker Akteur von der kommunalen Ebene bis zur Landespolitik. Daneben engagieren wir uns als Dienstleister für den sozialen Bereich, verhandeln Rahmenverträge, erschließen Fördermittel und bieten fachliche Beratung.

Wohnungsnot, Armut und die Unterstützung geflüchteter Menschen haben uns schon in unserer Anfangszeit beschäftigt, ebenso Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel. Heute sind diese Themen immer noch oder wieder aktuell. Hinzu kommt die Digitalisierung. Auch in der virtuellen Welt ist unser Ziel, dass niemand außen vor bleibt.

Volker Bouffier

Ministerpräsident des Landes Hessen

75 Jahre Paritätischer Wohlfahrtsverband Hessen – das bedeutet einen seit 75 Jahren andauernden Einsatz für ein solidarisches Miteinander, für Toleranz und Respekt und für eine Gesellschaft, in der alle Menschen die gleichen Chancen haben. Ihr Verband vereint das Engagement von 800 Mitgliedsorganisationen mit 55.000 hauptamtlichen und 35.000 ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unter seinem Dach. Ihnen allen möchte ich anlässlich dieses Jubiläums meinen herzlichen Dank aussprechen. Jeder und jede Einzelne von ihnen macht unsere Gesellschaft menschlicher und damit für uns alle lebenswerter.

Auch unser Land Hessen hat im vorigen Jahr seinen 75. Geburtstag gefeiert. Dies ist ein Anlass, um stolz und dankbar zu sein, denn Hessen ist heute ein erfolgreiches demokratisches Land, in dem die Menschen gerne leben. Es gehört zu den wirtschaftlich stärksten, innovativsten und sichersten Regionen Europas. All dies verdanken wir auch den Menschen, die mehr tun, als sie müssen, die Verantwortung übernehmen und Zukunft gestalten.

Die Wohlfahrtsverbände unseres Landes leisten dazu einen unverzichtbaren Beitrag. Viele Aufgaben und Herausforderungen haben sich in den vergangenen 75 Jahren gewandelt, und vieles wird sich auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten verändern. Doch eines gilt sicher in allen Zeiten: Der Paritätische Wohlfahrtsverband gibt den Schwachen eine starke Stimme. Sie waren und sind ein wichtiger Partner der Landespolitik und werden dies auch in Zukunft sein.

Unsere Wege haben das gleiche Ziel: Wir wollen allen Menschen in unserem Land die Chance auf ein gutes und selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Lassen Sie uns dafür weiterhin gemeinsam arbeiten. Ich gratuliere dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Hessen herzlich zum 75-jährigen Bestehen und wünsche allen, die sich für ihn einsetzen, alles Gute und weiterhin viel Kraft für ihre wichtige Arbeit.

Kai Klose

Hessischer Staatsminister für Soziales und Integration

Am 13. Januar 1947 wurde in Frankfurt der Hessische Paritätische Wohlfahrtsverband gegründet. Das war gleichzeitig die erste Neugründung eines Landesverbands des Paritätischen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Ging es in der Nachkriegszeit noch darum, die Menschen bei der Bewältigung der durch die allgemein herrschende Not bedingten Probleme zu unterstützen, so haben sich die Herausforderungen für den Verband seitdem gewandelt; im Einsatz für die Schwachen der Gesellschaft, für soziale Gerechtigkeit und ein gutes Miteinander sind die Herausforderungen aber noch immer in großer Zahl vorhanden.

Mit seinen rund 800 Mitgliedsverbänden bietet der Paritätische in Hessen vielfältige soziale Leistungen an. Er ist ein wichtiger und verlässlicher

Partner der Landesregierung. Die Unterstützung von Menschen in besonderen Lebenslagen steht dabei stets im Mittelpunkt.

Seine Aufgaben erbringt der Paritätische Wohlfahrtsverband nicht in staatlichem Auftrag, seine Arbeit ist aber natürlich im Interesse des Landes. Deshalb unterstützen wir den Paritätischen bei besonderen Einzelprojekten finanziell, damit er diese kostendeckend erbringen kann.

Gerade während der von der Corona-Pandemie geprägten Zeit sind das Wissen und die Erfahrungen der Beschäftigten des Paritätischen Wohlfahrtsverbands besonders wichtig und wertvoll, um ohnehin schon belasteten Menschen zur Seite zu stehen. Ich danke allen, die sich haupt- oder ehrenamtlich beim Paritätischen engagieren.

Dem Paritätischen Hessen wünsche ich für das weitere Wirken alles Gute und danke für das in den vergangenen 75 Jahren Geleistete.

Dr. Heiko Wingenfeld

Präsident des Hessischen Städtetages
und Oberbürgermeister der Stadt Fulda

„Die Würde des Menschen ist unantastbar" – so definiert unser Grundgesetz in Artikel 1 den fundamentalen Grundsatz unseres Zusammenlebens. Unser Gemeinwesen wird getragen von Überzeugungen, Werten, dem sozialen Ausgleich und von helfender Menschlichkeit in den unterschiedlichsten Ausprägungen. Der Paritätische Wohlfahrtsverband mit seinen Mitgliedsorganisationen gestaltet das soziale Gemeinwesen innovativ und nachhaltig mit.

Hier in Hessen steht der Paritätische mit seinen Mitgliedsorganisationen seit 75 Jahren für die Idee der Parität, der Gleichheit aller in ihrem Ansehen und ihren Möglichkeiten. Das Eintreten für die Chancengleichheit aller, für Toleranz, Offenheit, Vielfalt und die adäquate Teilhabe am Leben sind Werte, die durch den Paritätischen buchstäblich ein Gesicht bekommen. Er schafft einen wichtigen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessen der Mitgliedsorganisationen, bündelt diese und gibt allen eine nachhaltige sowie gewichtige Stimme, die ansonsten vielleicht nicht gehört beziehungsweise überhört werden würde.

Der Paritätische Hessen definiert sich auch als ein Verband des „klaren und mahnenden Wortes", welcher unter anderem den politisch Verantwortlichen immer wieder den sozialen wie moralischen Spiegel vorhält. Diese Klarheit, gepaart mit dem stets aktuellen Ziel der Integration, des Respekts vor dem Anderen und der Überwindung sozialer Ungleichheiten, verdient unser aller Anerkennung.

Im Namen des Hessischen Städtetages gratuliere ich dem Paritätischen Hessen zu seinem 75-jährigen Bestehen. Diesen Glückwunsch möchte ich mit dem Appell verbinden, weiterhin offen, zielgerichtet und zugleich ausgleichend für die Idee sozialer Gerechtigkeit einzutreten und daran mitzuarbeiten, Ursachen von Benachteiligung zu beseitigen.

Wolfgang Schuster

Präsident des Hessischen Landkreistages
und Landrat des Lahn-Dill-Kreises

Im Jahr 2022 darf der Paritätische Wohlfahrtsverband Hessen auf sein 75-jähriges Bestehen zurückblicken. Als einer der wichtigsten Akteure im Bereich der sozialen Arbeit in unserem Bundesland hat er sich eine gerechte und solidarische Gesellschaft für die hier lebenden Menschen und deren soziale Belange zum Ziel gesetzt, und es kann mit Fug und Recht festgestellt werden: Er lebt diese Verpflichtung. Mit seinen Mitgliedsverbänden wird er dort tätig, wo es der Unterstützung und Interessenvertretung bedarf – sowohl mit direkter und pragmatischer Hilfe als auch im Sinne der konstruktiven Einmischung in die politische Diskussion und Willensbildung sowie bei den anschließenden Weichenstellungen.

Den Auftrag der Daseinsvorsoge haben auch die 21 hessischen Landkreise mit ihrem Dachverband Hessischer Landkreistag inne. Wenngleich das Engagement aus unterschiedlichen Perspektiven heraus erfolgt, so einen uns in einem Zeitraum von mehr als 70 Jahren die Motivation und Verpflichtung zur sozialen Dienstleistung an und für den Menschen sowie die Vertretung von deren Interessen gegenüber der Politik. Gleichermaßen stärken uns dabei die verbandlichen Strukturen in der Wirkung nach außen.

Oft sitzen wir uns dabei als Protagonisten in Verhandlungen in den vielfältigen Bereichen des sozialen Spektrums gegenüber – in gegenseitigem Respekt, auf Augenhöhe und in Fairness. Auch dafür bedanken wir uns in Zuversicht auf die weiteren Begegnungen.

Dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Hessen darf ich im Namen des Hessischen Landkreistages auch für die zukünftigen Jahrzehnte weiterhin ein gutes Gelingen und alles erdenklich Gute wünschen.

Susanne Selbert

Landesdirektorin des Landeswohlfahrtsverbands Hessen

Wir gratulieren dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Hessen sehr herzlich zum 75-jährigen Bestehen. Ein Dreivierteljahrhundert wirkt der Paritätische nachhaltig in der sozialen Landschaft Hessens. Ziel war und ist, Lebensqualität, Chancengleichheit und Teilhabe für alle Menschen in einer solidarischen Gesellschaft zu verwirklichen. Eine Ihrer Stärken ist mit sieben Regionalgeschäftsstellen die Arbeit vor Ort. Sie sind da – für alle Generationen in allen denkbaren Lebenslagen. Ihren mehr als 800 Mitgliedsorganisationen bieten Sie fachliche, rechtliche und betriebswirtschaftliche Beratung sowie eine kompetente Lobby- und Bildungsarbeit. Und viele der Mitglieder sind Leistungserbringer jener Aufgaben, die der LWV finanziert.

Der Paritätische und der LWV sind durch gemeinsames Engagement verbunden – für Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten sowie Menschen mit Behinderungen. Es ist unser Anliegen, gemäß

der UN-Behindertenrechtskonvention die personenzentrierte Unterstützung der Menschen mit Behinderung stetig weiterzuentwickeln, ihnen die Chance zu eröffnen, ihr Leben selbst zu bestimmen, und so Handlungsspielräume zu erschließen. Das gilt für die Bereiche Arbeit, Wohnen und Freizeit gleichermaßen.

Das Bundesteilhabegesetz hat uns dabei vor nicht langer Zeit eine neue Basis gegeben und vor besondere Herausforderungen und neue Aufgaben gestellt. In Arbeitsgruppen werden neue Landesrahmenverträge derzeit für die Eingliederungshilfe erarbeitet. Bereits beschlossen ist der Hessische Rahmenvertrag für den Bereich Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten. Das war und ist nicht immer einfach, aber stets konstruktiv, weil alle Vertragspartner und -partnerinnen das Beste für die Menschen erreichen wollen, die unserer Unterstützung bedürfen. Die Pandemie hat uns dabei vor neue Herausforderungen gestellt. Auch hier suchen und finden wir gemeinsam Lösungen für die betroffenen Menschen.

Wir freuen uns darauf, im Sinne der Menschen, für die wir uns engagieren, auch in Zukunft mit dem Paritätischen zusammenzuarbeiten.

Carsten Tag

Vorstandsvorsitzender der Liga der Freien Wohlfahrtspflege und der Diakonie Hessen

In einer Zeit der Zerstörung, der Hoffnungslosigkeit und des Leids haben sich im neu konstituierten Staat Hessen vor siebeneinhalb Jahrzehnten Vertreter*innen der großen Wohlfahrtsverbände zu einem starken Bündnis zusammengeschlossen, das sich einige Jahre später „Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen“ nennt. Gemeinsames Ziel war und ist es bis heute, die Interessen der Mitgliedsverbände zu bündeln und Einfluss auf die Politik zu nehmen, um allen Menschen in Hessen ein gutes Leben zu ermöglichen. Dabei galt und gilt bis heute, eine Stimme vor allem für die Schwachen in der Gesellschaft zu sein, die Politik gerade auf deren Bedürfnisse aufmerksam zu machen und Teilhabe einzufordern. Neben der AWO, der Caritas, der Diakonie, dem Roten Kreuz und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden schloss sich auch der Paritätische Landesverband Hessen als frisch gegründete Organisation dem Bündnis an.

Seine große Vielfalt und das breite Spektrum der Mitgliedsorganisationen sind ein Markenzeichen, eine Stärke des Paritätischen Hessen. Vielfalt in der sozialen Arbeit sollte ausdrücklich gefordert und gefördert werden! Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch das Engagement des Paritätischen, was die leider wieder sehr aktuellen Themen Rassismus, Diskriminierung und Hetze gegen Minderheiten angeht. Hier prescht der Paritätische Landesverband auch mal nach vorne und mobilisiert die anderen Mitgliedsverbände mit viel Leidenschaft für die Sache.

Zuletzt haben wir gemeinsam eine Aktion gegen den geplanten Bundesparteitag der AfD in Wiesbaden organisiert – für mehr Solidarität und Zusammenhalt in Hessen. Auch hier erleben wir den Paritätischen als einen Partner in der Liga, der sich klar zu seinen Positionen bekennt, Anfeindungen nicht fürchtet und seinen Mitgliedern und Klient*innen zur Seite steht. Wir danken für Ihr Engagement, Ihre Leidenschaft für ein offenes und friedliches Miteinander in Hessen und Ihre Arbeit für das Bündnis.

Prof. Dr. Rolf Rosenbrock

Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands

Es ist mir eine große Freude, dem Paritätischen Hessen zum 75. Geburtstag gratulieren zu können, sind doch Ihr Landesverband und der Paritätische Gesamtverband in besonderer Nähe miteinander verbunden. Die Gründung Ihres Landesverbands im Jahr 1947 und der Zusammenschluss der „Arbeitsgemeinschaft der Paritätischen Wohlfahrtsverbände in den Ländern der Westzonen“ waren nach dem Ende des NS-Regimes wichtige Schritte für die Rückkehr des Paritätischen auf der Bundesebene. Auf einer Mitgliederversammlung dieser Arbeitsgemeinschaft in Frankfurt am Main wurde am 8. Oktober 1949 der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband e. V. wiedergegründet. Und in der Mainstadt hatte er auch „vorläufig“ seinen Sitz. Ein „Vorläufig“, das immerhin bis 2003 andauerte – bis der Gesamtverband infolge des Regierungsumzugs seine Zentrale nach Berlin verlegte, wo er ja einst, am 7. April 1924, gegründet worden war.

Das Spektrum der Mitgliedsorganisationen und der Handlungsfelder des Paritätischen hat sich seitdem enorm erweitert. An vielen sozialen Fortschritten sind der Verband, seine Mitgliedsorganisationen und die zahlreichen haupt- und ehrenamtlich Engagierten maßgeblich beteiligt.

Die Corona-Pandemie hat uns einmal mehr vor Augen geführt, wie wichtig für unsere Gesellschaft und wie leistungsstark die Einrichtungen und Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege sind. Selbst massiv von den Folgen der Pandemie und ihrer Bekämpfung betroffen, haben die Mitarbeitenden der Paritätischen Mitgliedsorganisationen und des Verbands Großes geleistet.

Zugleich führt uns diese gesamtgesellschaftliche Ausnahmesituation aber drastisch vor Augen, woran es immer noch hapert: Sie offenbart die Schwächen einer am Gewinn orientierten Pflege- und Gesundheitsversorgung. Sie zeigt, wie schnell aus dem zarten Pflänzchen Inklusion wieder bittere Erfahrungen der Ausgrenzung werden können. Und sie macht einmal mehr deutlich, wie wichtig das Engagement des Paritätischen gegen Armut ist. Denn Menschen, die mit viel zu niedrigen Regelsätzen in der Grundsicherung leben müssen, wohnungslose Menschen und Menschen, die vor Hunger, Krieg und Terror fliehen, sind von der Pandemie und ihren Folgen besonders hart betroffen.

In vielen Kommunen hat sich die finanzielle Lage durch die Pandemie verschärft. Es ist zu befürchten, dass die freiwilligen kommunalen Leistungen gekürzt werden und unter anderem Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, der Altenhilfe, der Selbsthilfe und der Flüchtlingshilfe unter enormen Druck geraten. Doch der Paritätische Hessen hat in seiner 75-jährigen Geschichte vieles geschafft, und ich wünsche ihm wie uns allen, dass wir auch diese neue Prüfung erfolgreich bestehen werden.

Schaumainkai 35, der Gründungsort des Paritätischen Landesverbands Hessen. Heute ist dort das Museum der Weltkulturen.

> *Die Neugründung des Paritätischen Landesverbands Hessen war ein Zeichen für wiedergefundene Menschlichkeit inmitten von Trümmern.*
>
> Anne Franz, Vorsitzende des Paritätischen Hessen von 1996 bis 2008 und jetzt Ehrenvorsitzende

Dr. August Oswalt

Das Gründungsjahrzehnt

Wiederaufbau mit vereinten Kräften

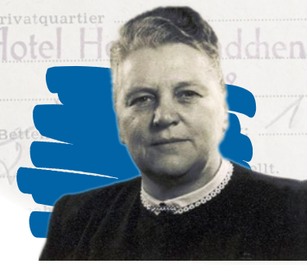
75 Jahre Paritätischer Landesverband Hessen – das sind siebeneinhalb Jahrzehnte erfolgreichen sozialen Engagements von Menschen für Menschen.

Alles beginnt offiziell im Haus Schaumainkai 35 in Frankfurt am Main im Sitzungssaal des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. Dort treffen sich am 13. Januar 1947 neun Männer und Frauen, um den Hessischen Paritätischen Wohlfahrtsverband zu gründen. Es ist bundesweit der erste Landesverband des Paritätischen. Doch schon damals ist klar: „Es wird angestrebt, die Arbeit auf zonale und Reichsbasis auszudehnen", wie es in der Niederschrift über die Gründungsversammlung heißt.

Zum Vorsitzenden wird Professor Dr. Wilhelm Polligkeit gewählt, der zugleich Vorsitzender des Deutschen Vereins ist. Sein Stellvertreter ist Dr. August Oswalt. Geschäftsführendes Vorstandsmitglied wird Therese Edenweger. Sie wird später – von 1949 bis 1955 – auch ehrenamtlich stellvertretende geschäftsführende Vorsitzende beim Paritätischen Gesamtverband.

Dass Hessen die Vorreiter-Rolle beim Comeback des Paritätischen übernimmt, liegt unter anderem daran, dass es neben dem seinerzeit noch nicht kritisch hinterfragten Verbandsvorsitzenden Professor Dr. Wilhelm Polligkeit dort zwei weitere ambitionierte Verbandsakteure gibt: der Bankier Dr. August Oswalt, der sich neben dem Beruf für die Centrale für private Fürsorge engagiert, und Carl Hofacker.

Hofacker, langjähriger Oberverwaltungsdirektor des Hospitals zum Heiligen Geist, war bereits vor dem Zweiten Weltkrieg in führender Funktion beim Verband der freien gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten sowie als Schatzmeister beim damaligen Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband tätig. Nach dem Krieg muss er sich einem langwierigen Spruchkammer-Verfahren stellen. Nähere Erkenntnisse über Umfang und Bedeutung seiner möglichen Verstrickungen in NS-Machenschaften oder zumindest Mitwisserschaft liegen dem Verband bislang nicht vor. Hofacker begleitet beratend die Arbeit der neuen hessischen Verbandsspitze. Förderlich für die Neugründung ist zudem, dass auch die Behörden und die US-amerikanische Militärregierung dem zivilgesellschaftlichen Engagement beim Wiederaufbau des Landes äußerst positiv gegenüberstehen. Am 21. Dezember 1946 erteilt der Minister für Arbeit und Wohlfahrt des Landes Hessen die Genehmigung zur Gründung des Hessischen Paritätischen Wohlfahrtsverbands.



Therese Edenweger, die erste Geschäftsführerin des Paritätischen Landesverbands Hessen

Carl Hofacker

HESSISCHER PARITÄTISCHER WOHLFAHRTSVERBAND
Sitz Frankfurt am Main
Hebelstraße 17, Ruf: 55649

Einladung

zu einer Tagung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes
verbunden mit einer

Mitgliederversammlung

vom 1. bis 2. April 1948 in Frankfurt am Main, Bürgerstraße 3

Tagesordnung:

1. April vormittags
9 - 9.15 Morgenlied (Herr Prof. Waldvogel)
9.15-10 Vortrag v. Prof. Dr. Polligkeit „Aufgaben und Ziele des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes"
10-10.45 Vortrag v. Frau Dr. Ht. Kämen: Stuttgart „Wie schaffen wir Heime für die Alten?"
10.45-12 Aussprache
Mittagspause

1. April nachmittags
14-14.45 Vortrag v. Frau Dr. Heim-Pohlmann, München, „Die Beschaffung des notwendigen Anstaltsbedarfs"
14.45-16 Aussprache
16 - 18 Zu dem Thema: „Die Selbsthilfe der Jugend zur Bekämpfung der Jugendnot" sprechen die Herren:
Paul Krahé (Nothelfergemeinschaft der Freunde)
W. Lüdecke (Arbeitsgemeinschaft „Junge Generation")
M. Wobisch (Jugendheim der Christlichen Nothilfe

2. April
9-9.45 Vortrag v. Direktor K. Göbel, Fin. „Finanz- und Steuerfragen"
9.45-11 Aussprache

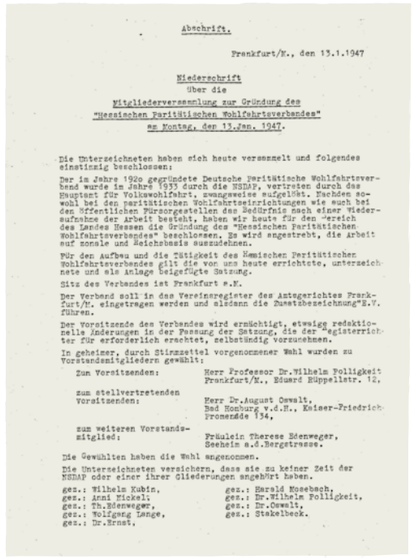
anschließend:
Ordentliche Mitgliederversammlung des Hess. Paritätischen Wohlfahrtsverbandes.
1.) Geschäftsbericht
2.) Kassenbericht
3.) Verschiedenes

Einladung zur ersten Mitgliederversammlung

SUCHE NACH MITGLIEDERN

Vorausgegangen ist der Gründung des Paritätischen Landesverbands eine eifrige Suche nach noch existierenden Mitgliedsorganisationen des einstigen Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands. Dieser war nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten zunächst korporatives Mitglied der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) und wurde im Juni 1934 aufgelöst. Etliche seiner Mitgliedsorganisationen, vor allem Stiftungen mit jahrhundertealter Tradition, konnten jedoch fortbestehen, wenngleich sie auch durch den Krieg schwer in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Am 21. März 1946 schrieb Therese Edenweger die zerstreuten ehemaligen Mitglieder an, um sie über die geplante Reorganisation des Paritätischen Wohlfahrtsverbands zu informieren.



Abschrift.

Frankfurt/M., den 13.1.1947

Niederschrift
über die
Mitgliederversammlung zur Gründung des
"Hessischen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes"
am Montag, den 13.Jan. 1947.

Die Unterzeichneten haben sich heute versammelt und folgendes einstimig beschlossen:

Der im Jahre 1920 gegründete Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband wurde im Jahre 1933 durch die NSDAP, vertreten durch das Hauptamt für Volkswohlfahrt, zwangsweise aufgelöst. Nachdem sowohl bei den paritätischen Wohlfahrtseinrichtungen wie auch bei den öffentlichen Fürsorgestellen das Bedürfnis nach einer Wiederaufnahme der Arbeit besteht, haben wir heute für den Bereich des Landes Hessen die Gründung des "Hessischen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes" beschlossen. Es wird angestrebt, die Arbeit auf zonale und Reichsbasis auszudehnen.

Für den Aufbau und die Tätigkeit des Hessischen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes gilt die von uns heute errichtete, unterzeichnete und als Anlage beigefügte Satzung.

Sitz des Verbandes ist Frankfurt a.M.

Der Verband soll in das Vereinsregister des Amtsgerichtes Frankfurt/M. eingetragen werden und sodann die Zusatzbezeichnung"e.V." führen.

Der Vorsitzende des Verbandes wird ermächtigt, etwaig redaktionelle Änderungen in der Fassung der Satzung, die der "Registerrichter für erforderlich erachtet, selbständig vorzunehmen.

In geheimer, durch Stimmzettel vorgenommener Wahl wurden zu Vorstandsmitgliedern gewählt:

Zum Vorsitzenden: Herr Professor Dr.Wilhelm Polligkeit Frankfurt/M., Eduard Rüppellstr. 12,

zum stellvertretenden Vorsitzenden: Herr Dr.August Oswalt, Bad Homburg v.d.H., Kaiser-Friedrich-Promenade 134,

zum weiteren Vorstandsmitglied: Fräulein Therese Edenweger, Seeheim a.d.Bergstrasse.

Die Gewählten haben die Wahl angenommen.

Die Unterzeichneten versichern, dass sie zu keiner Zeit der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen angehört haben.

gez.: Wilhelm Kubin, gez.: Harald Rosenbach,
gez.: Anni Fickeli gez.: Dr.Wilhelm Polligkeit,
gez.: Th.Edenweger, gez.: Dr.Oswalt,
gez.: Wolfgang Lange, gez.: Stakelbeck.
gez.: Dr.Ernst,

Drei Dutzend der einstigen Mitgliedsorganisationen schließen sich im Gründungsjahr dem neuen Verband an. Fast alle haben in der Kriegszeit schwer Schaden genommen und müssen kämpfen, um sich wirtschaftlich über Wasser zu halten und für die vielen notleidenden und hilfebedürftigen Menschen da sein zu können. Sie müssen nicht erst davon überzeugt werden, dass es sinnvoll ist, ein gemeinsames Dach und eine Interessenvertretung zu haben. Die Einrichtungen und Vereine sollen sich um die Menschen kümmern und nicht alle Kraft in die Finanzierung stecken müssen, verspricht der Paritätische ihnen seine Unterstützung.

Die materielle Absicherung der Wohlfahrtsarbeit war ein wichtiges Motiv für die Gründung des Paritätischen Landesverbands Hessen.

MITTELBESCHAFFUNG IM VORDERGRUND

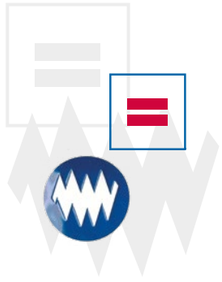
Zentraler Punkt ist bei den künftigen Vorstandssitzungen demzufolge auch das Bemühen um Finanzmittel für den Verband selbst und für die Mitgliedsorganisationen und deren Einrichtungen. Es gilt, um staatliche Zuschüsse, Stiftungsmittel oder Unterstützung durch das Hessische Hilfswerk zu werben, aber auch um Wiedergutmachungszahlungen für kriegszerstörte Einrichtungen zu ringen. Der Versand von Werbeschreiben und die Beteiligung an einer noch zu schaffenden Wohlfahrtslotterie werden beraten, der Verkauf von Wohlfahrtsbriefmarken und die erste Sammelwoche des Hessischen Paritätischen Wohlfahrtsverbands nach dem Krieg geplant. Die Sammelwoche findet in der zweiten Augusthälfte 1947 statt und wirbt unter dem Motto „Vergesst unsere Notleidenden nicht" um Spenden vor allem für verwaiste Kinder, blinde, hirnverletzte und gebrechliche Menschen, die von Einrichtungen der Mitgliedsorganisationen betreut werden.

Daneben sind auch die Gefahren der Tuberkulose aufgrund unzureichender hygienischer Verhältnisse, die drohende „Verwahrlosung der Jugend" und die „Altersverelendung" als Themen nicht zu vernachlässigen. Sie sind im ersten Geschäftsbericht als Probleme benannt, derer sich der Verband annimmt. Die Zahl der von Mitgliedsorganisationen betreuten Menschen beziffert der Verband in dem Bericht mit nahezu 20.000. Die Zahl der Beschäftigten liegt über 1.000, die der freiwilligen Helfer*innen bei 2.000.

Wie in der Bevölkerung mangelt es auch im Verbandsalltag an allem: In der Geschäftsstelle gibt es keine Schreibmaschine, die muss man sich erst einmal leihen. Auch Papier ist rar. Und bei der Vorbereitung der ersten großen Mitgliederversammlung am 1. und 2. April 1948 stellt sich die Frage: Wie können die Gäste bewirtet werden? Denn es gibt immer noch große Engpässe bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln in Deutschland. Therese Edenweger beantragt beim hessischen Landesernährungsamt die Zuteilung von Lebensmitteln, die es ermöglichen, den rund 100 Teilnehmer*innen der Versammlung und der damit verbundenen Tagung „einen Eintopf zu verabreichen". Es gibt einen Berechtigungsschein, unter anderem für 20 Kilogramm Hülsenfrüchte, 25 Kilogramm Kartoffeln, 500 Gramm Margarine, ein Kilo Mehl, 2,5 Kilo Teigwaren und fünf Kilo Brot.

Eine große Herausforderung ist die Währungsreform. Alle Bank- und Sparguthaben werden am 20. Juni 1948 im Verhältnis zehn Reichsmark zu einer Deutschen Mark abgewertet. Jede*r Einwohner*in der drei Westzonen erhält zunächst 40 D-Mark.

Die Währungsumstellung verunsichert nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Mitgliedsorganisationen immens. Viele Finanzierungsdetails ihrer Arbeit sind zunächst unklar, wenngleich der Minister für Arbeit und Wohlfahrt am 23. Juni 1948 den Paritätischen darüber informiert: „Für die Aufrechterhaltung der Arbeit der offenen Fürsorge in den ersten Wochen der Währungsumstellung wird das Staatsministerium den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege Barmittel zur Verfügung stellen." Viele Einrichtungsträger geraten zunächst in finanzielle Bedrängnis und bitten den Verband um Unterstützung.



Aus der römischen Fünf und der Abkürzung WV für Wohlfahrts-Verband entstand in den Jahren 1925/26 das Logo VWV, das zu Rauten verfremdet wird. In unterschiedlichen Varianten wird es bis zum Jahr 2007 genutzt. Dann löst das Gleichheitszeichen als Symbol für die Gleichwertigkeit von Ungleichem das Rauten-Logo ab.

Mitglieder aus der Gründungszeit des Paritätischen Landesverbands Hessen

- Die 1837 gegründete Blindenanstalt in Frankfurt – heute Frankfurter Stiftung für Blinde und Sehbehinderte
- Blindenstudienanstalt Marburg
- Der Hessische Landesverband des Deutschen Jugendherbergswerks
- Frankfurter Gefängnisverein von 1868 – heute Perspektivwechsel e. V.
- Centrale für Private Fürsorge – heute Bürgerinstitut
- Nothelfergemeinschaft der Freunde (jetzt NRW)
- Studentenwerk Gießen
- Frankfurter Lehrerinnenheim
- Verein Hirnverletztenheim (neurologische Klinik in Bad Homburg)
- Heim für Kriegsversehrte in Marburg
- Versorgungshaus und Wiesenhüttenstift
- Stiftung Waisenhaus
- Verein zur Förderung der Schullandheimerziehung e. V.
- Stiftung Frankfurter Schullandheim Wegscheide
- Verein für Wanderarbeitsstätten „Roter Hamm" – heute Frankfurter Verein für soziale Heimstätten e. V
- Frankfurter Verband für Altersfürsorge
- Hospital zum Heiligen Geist
- Dr. Christsches Kinderhospital und Entbindunganstalt
- Kreuzritterorden
- Heilerziehungsanstalt Kalmenhof in Idstein – heute Vitos Teilhabe gGmbH
- Kinderheim Adolfshöhe in Kelkheim
- Tuberkulose-Krankenhaus „Philippstift" in Hofgeismar
- Kinderheilanstalt Bad Sooden/Werra
- Sanatorium „Neue Mühle" in Kassel
- Sanatorium Dr. Zeiss`sche Anstalten in Bad Wildungen
- Kinderheilanstalt Spessart in Bad Orb
- Neuapostolische Gemeinde

Mit unseren Werten unvereinbar

Wir distanzieren uns von unserem Gründungsvorsitzenden Wilhelm Polligkeit.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gab es in Deutschland in vielen Bereichen keine klare Abgrenzung zu Haltungen und Akteur*innen aus der NS-Zeit. Die Wohlfahrtspflege ist da keine Ausnahme. Gerade jene, die nicht Parteimitglied der NSDAP waren, konnten ihre berufliche Laufbahn ohne jeden Bruch fortsetzen – unabhängig davon, ob sie menschenverachtende Haltungen und Handlungen mitgetragen oder sogar offensiv vorangetrieben hatten.

Das trifft auch auf Wilhelm Polligkeit zu, der in der entstehenden Bundesrepublik ein weithin anerkannter Sozialwissenschaftler war. Der Landesverband Hessen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands wurde 1947 unter seinem Vorsitz gegründet, der Paritätische Gesamtverband machte ihn 1949 bei seiner Wiedergründung zum Ehrenvorsitzenden, und auch am Neuaufbau des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge war er maßgeblich beteiligt. 1952, acht Jahre vor seinem Tod, wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt.

Die Einschätzung, dass Wilhelm Polligkeit von jeder Kollaboration mit den Nationalsozialisten freizusprechen sei, bröckelte viel zu spät, erst zur Jahrtausendwende: Anne-Dore Stein, heute Professorin an der Evangelischen Hochschule Darmstadt, deckte seine aktive Rolle in der nationalsozialistischen Sozial- und Bevölkerungspolitik auf. Der Paritätische unterstützte sie bei den Recherchen für ihre 2001 fertiggestellte Dissertation und ging schon während ihrer Forschungen auf Abstand zu seiner Leitfigur Polligkeit. Die damalige Zentrale des Paritätischen in Frankfurt, das Wilhelm-Polligkeit-Institut, wurde 1999 in Haus der Parität umbenannt und die nach Polligkeit benannte Ehrenplakette des Paritätischen seitdem nicht mehr verliehen.

Polligkeits Menschen- und Gesellschaftsbild steht unserem in vielen Punkten diametral entgegen: Er kategorisierte Menschen und benutzte dabei den Begriff „Minderwertigkeit“, vertrat sozial-rassistische Auffassungen über „Erbkranke“ und „Assoziale“, die im Nationalsozialismus dazu führten, dass Menschen zwangssterilisiert und ermordet wurden. Er forderte, nichtsesshafte Menschen, „die die öffentliche Fürsorge mißbrauchen, oder den Rechtsfrieden stören, unschädlich zu machen“, begrüßte in der NS-Zeit, dass „die störenden Einflüsse von Parlamenten ausgeschaltet sind.“ Anne-Dore Stein bilanziert in ihrer Forschungsarbeit zum Wirken Wilhelm Polligkeits: „Sozialplanung ohne eine menschenrechtlich begründete Orientierung an einer ethischen Grundhaltung lässt sozialpolitische Lösungen entstehen, die bedenkenlos die Vertreibung, Beseitigung und Vernichtung von Menschen ermöglichen.“

Unter dem Eindruck der NS-Gräuel wurde 1948 die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedet. Für den Paritätischen Hessen ist sie der Kompass für die soziale Arbeit. Unsere Grundwerte Offenheit, Vielfalt und Toleranz sind die unverhandelbare Basis unserer Arbeit. Wir stehen für eine demokratische Gesellschaft, in der sich jeder Mensch unabhängig von sozialer oder ethnischer Herkunft, Geschlecht, Alter, Glauben oder Weltanschauung, sexueller Identität, materieller Situation, Behinderung, Beeinträchtigung oder Krankheit frei entfalten kann.

Rassistische, sozialdarwinistische und antidemokratische Haltungen haben im Paritätischen Hessen keinen Platz. Wir distanzieren uns daher von unserem Gründungsvorsitzenden Wilhelm Polligkeit und drucken sein Bild an dieser Stelle verfremdet ab. Unser Gedenken an ihn ist kein ehrendes.

Wir fühlen uns verpflichtet, allen Ideologien der Ungleichwertigkeit entschieden entgegenzutreten und ihnen klar und offen zu widersprechen. Auch und gerade weil unser Gründungsvorsitzender Wilhelm Polligkeit solche Ideologien propagiert hat. 2018 haben wir in einem Positionspapier eine Zusammenarbeit mit rechtsextremen Parteien wie der AfD ausgeschlossen, die versuchen, die NS-Zeit zu relativieren oder positiv umzudeuten. Vielfalt ist für uns ohne Alternative!

Hospitale in Finanznot

Dem Paritätischen Landesverband gehören in den 1950er Jahren zehn Krankenanstalten an. Die Krankenhäuser leiden in der Nachkriegszeit unter arger Finanznot.

Die DPWV-Nachrichten, das damalige Magazin des Paritätischen Gesamtverbands, berichten 1952 vom erfolgreichen Engagement des Verbands der nichtstädtischen gemeinnützigen Krankenhäuser im Versorgungsgebiet Frankfurt-Offenbach bei den Verhandlungen zur Erhöhung der Krankenkassen-Leistungen. Die Krankenhaus-Pflegesätze sollen um 15 Prozent erhöht werden. Maximal neun Deutsche Mark müssen die Krankenkassen pro Patient*in und Tag zahlen.

Die Krankenhausfinanzierung bedarf aus Sicht des Paritätischen auch heute dringend der Reform. „Die 2004 eingeführten diagnosebezogenen Fallpauschalen begünstigen Kliniken, die sich auf bestimmte Bereiche spezialisieren, um möglichst viele Patient*innen in möglichst kurzer Zeit kostensparend behandeln zu können“, sagt Marion Hersina, die seit 1997 beim Landesverband für die Fachreferate Gesundheitswesen, Altenhilfe und Pflege zuständig ist.

VITOS HERBORN

Zu dem großen psychiatrischen und psychosomatischen Gesundheitszentrum Vitos Herborn gehören drei Fachkrankenhäuser mit angegliederten teilstationären und ambulanten Angeboten zur Behandlung psychiatrischer Erkrankungen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, eine psychosomatische Fachklinik sowie eine Einrichtung für chronisch psychisch kranke Menschen. Vitos Herborn hat weitere Standorte in Wetzlar, Haiger, Limburg, Hanau, Gelnhausen und Dietzenbach.

> www.vitos.de/gesellschaften/vitos-herborn

DIE BÜRGERHOSPITAL UND CLEMENTINE KINDERHOSPITAL GGMBH

Das Bürgerhospital wurde 1779 als Einrichtung der Senckenbergschen Stiftung eingeweiht. Seit 1907 ist es am jetzigen Standort im Frankfurter Nordend. Es ist die Klinik mit den meisten Geburten in Hessen. 4.373 Kinder kamen dort 2021 zur Welt. Die Klinik ist besonders auf die Bedürfnisse von Risikoschwangeren sowie von frühgeborenen Kindern ausgerichtet, hat darüber hinaus aber ein breites medizinisches Behandlungsspektrum zum Beispiel im Bereich Augenheilkunde.

Das Clementine Kinderhospital ist Frankfurts einziges reines Kinderkrankenhaus. Die Wurzeln der hochspezialisierten Kinderklinik reichen zurück bis ins Jahr 1845.

> www.buergerhospital-ffm.de
> www.clementine-kinderhospital.de

HOSPITAL ZUM HEILIGEN GEIST

Das Hospital zum Heiligen Geist in Frankfurt gilt als die älteste Mitgliedsorganisation im Paritätischen überhaupt. Die Stiftung Hospital zum Heiligen Geist wurde im 13. Jahrhundert gegründet. Das Krankenhaus in der Frankfurter Innenstadt ist ein Akutkrankenhaus der Regelversorgung mit acht Fachbereichen. Zum Hospital zum Heiligen Geist gehört auch das Krankenhaus Nordwest.

> www.hospital-zum-heiligen-geist.de

PHILIPPSTIFTUNG E. V. FACHKLINIK FÜR LUNGENERKRANKUNGEN

In der Lungenfachklinik in Immenhausen bei Kassel werden Patient*innen mit Lungenerkrankungen behandelt. Die Lungenfachklinik ist Lehrklinik der Universitätsmedizin Göttingen.

> www.lungenfachklinik-immenhausen.de

FACHKRANKENHAUS VIELBACH

Das Fachkrankenhaus für Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen gehört zum Frankfurter Verein für soziale Heimstätten e. V. Es arbeitet mit einem naturgestützten Behandlungsansatz, zu dem Erfahrungen in der freien Natur, im Garten und mit Tieren gehören.

> www.fachkrankenhaus-vielbach.de

Ein Leuchtturm für blinde Menschen

Das Leid der Soldaten, die während des Ersten Weltkriegs durch Granatsplitter, Explosionen und Giftgas erblindeten, gab den Anstoß zur Gründung der Deutschen Blindenstudienanstalt e. V. (blista). Alfred Bielschowsky, Direktor der Augenklinik in Marburg, richtete 1915 Kurse für Kriegsblinde ein, um den betroffenen Männern wieder eine Lebens- und Berufsperspektive zu eröffnen. Er engagierte den blinden Studenten Carl Strehl, um ihnen die Blindenschrift beizubringen.

> *Die blista gab uns Raum, innerlich zu wachsen.*
>
> **Andreas Bethke legte an der blista die Basis für seine berufliche Karriere**

Gemeinsam mit einigen Gleichgesinnten gründeten die beiden Männer 1916 die „Hochschulbücherei, Studienanstalt und Beratungsstelle für blinde Akademiker e. V.", die heutige blista. Diese erschloss blinden Menschen erstmals den Weg zu höherer Bildung. Bis dahin waren sie – wenn überhaupt – meist handwerklich tätig: Sie stellten Körbe, Bürsten und Besen her, bis später auch Berufe wie Stenotypist*in, Telefonist*in, Sprachlehrer*in, Übersetzer*in oder Masseur*in hinzukamen.

Der Machtantritt des NS-Regimes brachte tiefgreifende Veränderungen. Ab 1933 kamen systemnahe Mitglieder in die Gremien der blista, die Aufnahme jüdischer Schüler*innen war nicht mehr gestattet, und der Schulalltag änderte sich entsprechend den NS-Vorgaben.

Texte erfühlen statt sehen. In Marburg entstand 1916 die „Hochschulbücherei, Studienanstalt und Beratungsstelle für blinde Akademiker e. V.", die heutige blista.

ÜBER 50.000 MEDIEN IM VERLEIH

1945 ging der Schulbetrieb ohne große Unterbrechung weiter. 1954 entstand die Deutsche Blinden-Hörbücherei für Fach-, Sach- und wissenschaftliche Literatur. Die blista ist einer der größten Produzenten von Medien für Menschen mit Blindheit und Sehbehinderung im deutschsprachigen Raum. Die Deutsche Blinden-Bibliothek leiht über 50.000 Medien zum Hören und Lesen kostenfrei aus. Zudem bietet die blista umfassende Dienstleistungen rund um Leitsysteme, taktile Pläne und die Blindenschrift Braille.

In den 1970er Jahren wurden das Zentrum für berufliche Bildung und die Fachschule für Fachkräfte der Blinden- und Sehbehindertenrehabilitation aufgebaut, die Menschen mit Sehbehinderung oder Blindheit in den Bereichen Orientierung und Mobilität und in lebenspraktischen Fähigkeiten schulen. Ein wichtiger Baustein, um Selbstständigkeit und Selbstbestimmtheit der Schüler*innen, Auszubildenden und Rehabilitand*innen der blista zu stärken.

Viele „blistaner*innen" kommen von weit her nach Marburg. Das moderne Internatskonzept ermöglicht ihnen, in unterschiedlichen Wohngruppenformen bis hin zu weitgehend selbstständigen Wohngemeinschaften in der Stadtmitte zu leben.

DER BLISTACAMPUS IST INKLUSIV

Der blistaCampus umfasst neben dem Carl-Strehl-Gymnasium auch Fachober- und Berufsschulen, Montessori-Kindergarten und Montessori-Schule. Seit 2018 ist der blistaCampus inklusiv: Sehende, sehbehinderte und blinde Schüler*innen lernen von Anfang an zusammen. Das breite Spektrum der Bildungs- und Ausbildungswege eröffnet ihnen vielfältige Berufschancen. Zahlreiche blista-Schüler*innen beginnen anschließend ein Studium, werden zum Beispiel EDV-Spezialist*innen oder Jurist*innen, sind in Beratungsberufen aktiv oder machen sich als Leistungssportler*innen einen Namen.

> www.blista.de

Andreas Bethke, ehemaliger Abiturient an der blista, ist Geschäftsführer des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbands (DBSV). Als stellvertretender Vorsitzender im Verwaltungsrat der blista bringt er seine vielfältigen beruflichen und persönlichen Erfahrungen zur Weiterentwicklung der Studienanstalt ein.

„Ich bin während meiner Schulzeit aufgrund einer angeborenen Augenerkrankung, dem grauen Star, vollständig erblindet. Meine Jugend fiel in das Ende der Aufbruchszeit in den 1970er Jahren. Das war eine spannende Zeit. Ich war sportlich sehr aktiv und auch an Politik interessiert. Biologie zu studieren war schon eine Herausforderung. Ich musste viele Wege finden, all das für mich zugänglich zu machen, was für meine sehenden Kommilitoninnen und Kommilitonen selbstverständlich war. Durch meine Zeit in der blista war ich darauf aber recht gut vorbereitet, weil wir dort neben einem großartigen Schulunterricht auch viele Alltagskompetenzen vermittelt bekamen. Auch erhielten wir den Raum, innerlich zu wachsen und Vertrauen in unsere persönlichen Fähigkeiten zu entwickeln, nicht zuletzt durch die beispielhafte Sportförderung.

Mir ist wichtig, das, was ich tue, mit Zufriedenheit zu tun. Geschäftsführer des Spitzenverbands der Blinden- und Sehbehinderten-Selbsthilfe zu sein, das passt zu mir. Es ist eine erfüllende Aufgabe, sich dafür einzusetzen, dass sehbehinderte und blinde Menschen in unserer Gesellschaft die gleichen Chancen bekommen wie Menschen ohne Beeinträchtigung. Der DBSV engagiert sich ja auf vielfältige Weise für Barrierefreiheit und für bessere Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit Behinderung."

Alles andere als auf Sand gebaut

Abfüllarbeiten in der Mosterei des Reha-Zentrums Niederrad

VOM „ROTEN HAMM“ ZUM FRANKFURTER VEREIN FÜR SOZIALE HEIMSTÄTTEN E. V.

In einer Mosterei in Frankfurt-Niederrad entsteht Köstliches: Apfelsaft und Apfelwein in Bioqualität, Apfel-Schaumwein, Apfel-Sherry. Der Rohstoff dafür: Äpfel von Streuobstwiesen aus Frankfurt und Umgebung. Geerntet und mit viel Sorgfalt verarbeitet werden sie von Mitarbeiter*innen des Reha-Zentrums Niederrad. Das ist eine von vier Reha-Werkstätten des Frankfurter Vereins für soziale Heimstätten e. V. Unter dem Label „Roter Hamm“ kommen die Produkte auf den Markt. „Der Name soll an den Ursprungsort des Frankfurter Vereins in der Schwanheimer Straße am Südufer des Mains erinnern. Dort wurde einst roter Sand angeschwemmt, im Volksmund Roter Hamm genannt“, sagt Steffen Pohl. Mehrmals im Jahr macht der stellvertretende Geschäftsführer eine kleine Präsentation für neue Mitarbeiter*innen des Frankfurter Vereins, in der auch ein Blick auf die Wurzeln des sozialen Trägers nicht fehlen darf.

Nicht betteln, arbeiten!

Ein Besuch in Frankfurter Herbergen und sozialen Arbeitsstätten

Zeit mit den Dreißigern!

Erziehung zur Gemeinschaft

„Roter Hamm“ und „Volksdienst“

Unterstützt sie nicht!

Die Form der Hilfe

VEREIN FÜR ARBEITSSTÄTTEN GEGRÜNDET

Am „Roten Hamm“ wird 1910 der Verein für Arbeitsstätten e. V. gegründet. Als stadtnaher Verein bietet er Hilfen für „wandernde Arbeitslose“, die oft als „dunkle Gestalten oder Arbeitsscheue“ verunglimpft werden und sich dort vorübergehend Beköstigung und Obdach verdienen können. Später ist der „Rote Hamm“ auch Wohnheim für heimat- und elternlose Jugendliche und Lehrlinge sowie „minderbemittelte und bedürftige Personen“, wie es damals heißt.

1955 wird aus dem Verein für Arbeitsstätten e. V. der Frankfurter Verein für soziale Heimstätten e. V., der seine Tätigkeitsfelder im Laufe der Jahrzehnte enorm ausbaut. Er begleitet und fördert mit heute 850 Mitarbeiter*innen auf vielfältige Weise mehrere Tausend Menschen, die von psychischen oder körperlichen Beeinträchtigungen, Suchterkrankungen oder sozialen Notlagen betroffen sind – stets mit dem Ziel, sie dabei zu unterstützen, (wieder) eigenständig leben zu können und am gesellschaftlichen und sozialen Leben selbstverständlich teilzuhaben.

> *In der Arbeit kann der psychisch kranke Mensch vom Behandelten in die Rolle des Handelnden überwechseln.*
>
> Aus dem Konzept der Reha-Werkstätten des Frankfurter Vereins

Ein breit gefächertes Hilfesystem mit stationären, teilstationären und ambulanten gemeindenahen Angeboten wie Wohnheimen, Rehabilitationseinrichtungen, Werkstätten, Beratungsstellen, Unterkünften für wohnungslose Menschen, zwei Frauenhäusern und einem Integrationsfachdienst wird aufgebaut. Das alte Gebäude des Roten Hamm wird 1988 abgerissen.

TEILHABE AM BERUFSLEBEN

Ab den 2000er Jahren gründet der Frankfurter Verein Tochterunternehmen wie die Kombinat gGmbH und die gemeinnützige Gesellschaft für Bildung und berufliche Integration mbH. Diese Integrationsfirmen bieten Menschen mit Beeinträchtigung eine Vielzahl von gemeindeintegrierten Möglichkeiten zur Teilhabe am Berufsleben, in gastronomischen Betrieben wie dem Frankfurter Salon, in der Bäckerei oder der Gebäudereinigung sowie in der Tagungsstätte Hoffmanns Höfe, der einstigen Verbandzentrale des Paritätischen Gesamtverbands.

Frankfurter Verein für soziale Heimstätten e. V.

> www.frankfurter-verein.de

Im Februar 1958 bezieht der Landesverband die Geschäftsstelle im Frankfurter Grüneburgweg 69. Im Haus des DPWV hat auch der Gesamtverband seinen Sitz.

Die 1950er Jahre

Die Soziale Marktwirtschaft nimmt Form an

Mit dem Rückenwind des Marshallplans geht der Wiederaufbau in den Westzonen Deutschlands ab 1948 zügig voran. Die Soziale Marktwirtschaft und der Aufbau des Sozialstaats nehmen Form an. Auch die extrem hohe Zahl von bundesweit zwei Millionen Arbeitslosen geht deutlich zurück. Doch noch ist die Wohnungsnot groß, vor allem im Rhein-Main-Gebiet. Tausende Wohnungslose sind in Massenquartieren untergebracht, zum Teil in Bunkern, die von der Heilsarmee, einer damaligen Mitgliedsorganisation des Paritätischen, bewirtschaftet werden. Viele der dort lebenden Menschen sind Evakuierte aus zerstörten Häusern, aber auch eine große Zahl von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen aus dem Osten sowie Übersiedler aus Ostdeutschland.

Geben macht glücklich – so der Appell bei der Sammelwoche 1953

DIE NOT LINDERN

Die Mitgliedsorganisationen haben unendlich viel zu tun zur Linderung der Not. Schwerpunkte liegen beispielsweise bei der Hilfe für Nichtsesshafte und für Wanderarbeiter. Es gilt, viele entwurzelte Jugendliche von der Straße zu bekommen, die sich irgendwie – manchmal auch mit Straftaten – durchschlagen. Witwen und Waisen müssen versorgt werden, ebenso die große Zahl der Kriegsversehrten und der Heimkehrer aus Kriegsgefangenschaft, die körperlich und seelisch schwer mitgenommen sind. Der Paritätische Landesverband betreibt selbst mehrere Lehrlingsheime, Wohnheime für Jugendliche und Student*innenheime.

Sammelbüchse aus den 1950er Jahren

WICHTIGE SPENDENSAMMLUNG

Der Paritätische Hessen bemüht sich um Zuschüsse und Wiederaufbau-Darlehen für seine Mitgliedsorganisationen. In einem Flugblatt weist der Landesverband 1951 darauf hin, dass dem Staat alleine in Hessen in den Einrichtungen der geschlossenen Fürsorge durch die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege jährlich Ausgaben in Höhe von 20 Millionen Deutschen Mark erspart werden. Für ihre Arbeit sind die Mitgliedsorganisationen und Einrichtungen auf Spenden angewiesen, da die staatliche Unterstützung nicht ausreicht. Den Spenden-Sammelaktionen des Verbands kommt daher große Bedeutung zu.

Paul Krahé wird 1957 in Personalunion Vorsitzender und Geschäftsführer des Paritätischen Hessen.

ERSTE LANDTAGSWAHLEN

Nach den Landtagswahlen in Hessen kann die SPD alleine die Regierung bilden. Georg-August Zinn wird 1950 Ministerpräsident und bleibt es bis 1969. Der Paritätische wirkt unter anderem mit am Zustandekommen des hessischen Gesetzes über die Gewährung von Pflegegeld an „Zivilblinde" (1950). Das Blindengeld in Höhe von 75 DM monatlich soll besondere Aufwendungen decken und Nachteile gegenüber sehenden Menschen ausgleichen helfen.

Der Landesverband engagiert sich in der 1946 gegründeten „Arbeitsgemeinschaft der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen" und ist zudem sehr aktiv in der Arbeitsgemeinschaft für Gefangenen- und Haftentlassenenfürsorge in Hessen.

ANWERBEABKOMMEN FÜR GASTARBEITER

Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung steigt der Bedarf an Arbeitskräften. 1955 schließt die Bundesrepublik mit Italien das erste Anwerbeabkommen, das den befristeten Arbeitsaufenthalt ausländischer Arbeitnehmer als sogenannte Gastarbeiter regelt. Bis 1963 steigt ihre Zahl in Hessen auf 87.000.

Zu den wichtigen Sozialgesetzen, die in den 1950er Jahren beschlossen werden, gehört das Gesetz über die Fürsorge für Körperbehinderte und von einer Körperbehinderung bedrohte Personen. Mit dem sogenannten Körperbehindertenfürsorgegesetz (KBFG) von 1957 wird endlich auch der abwertende Begriff „Krüppel" offiziell durch den Begriff „Körperbehinderter" abgelöst. Eine weitere wichtige Neuerung ist die Rentenreform. Die Anpassung der Renten an das Lohnniveau soll viele alte Menschen aus der Armut holen. 1956 wird die allgemeine Wehrpflicht eingeführt.

Am 1. Juli 1958 tritt das „Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts" in Kraft. Eine umfassende Gleichberechtigung steht jedoch weiterhin in den Sternen. Zwar darf eine Frau beispielsweise jetzt auch gegen den Willen ihres Mannes arbeiten – allerdings nur, „soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist".

Im Januar 1957 wird Paul Krahé, Mitbegründer der im Friedensdienst aktiven „Nothelfergemeinschaft der Freunde e. V.", neuer Vorsitzender des Paritätischen Landesverbands. Er ist gleichzeitig auch Geschäftsführer. Stellvertretende Vorsitzende sind Dr. August Oswalt und Oberin Berta Meister.

Die Deutsche Zündwaren-Monopolgesellschaft gibt zugunsten der Wohlfahrtsverbände „Wohlfahrtshölzer" heraus, die mit einem Aufschlag von zwei Pfennig pro Schachtel in den Handel kommen. In der Werbung in den DPWV-Nachrichten heißt es dazu: „Zwei Pfennig, das bedeutet, pro Zündholz 1/20 Pfennig beizusteuern, um in unserem Vaterlande frohe Kinder, schaffensfreudige Jugend, zufriedene Alte, gesunde und sorgenfreie Menschen zu schaffen."

Der Paritätische unterstützt auch die Sammlung des Müttergenesungswerks.

Kyra Dreher ist ehrenamtliche Hospizbegleiterin.

„Ich fühle mich reich beschenkt“

Kyra Dreher wohnte 2006 in Würzburg gegenüber von einem Altenheim. Wenn dort jemand starb, musste der Wagen des Bestattungsinstituts in die Tiefgarage fahren: Vom Thema Tod sollte das Umfeld möglichst nichts mitbekommen. Diese Erfahrung bewegte die junge Frau. „Ich wollte dazu beitragen, dass Sterben und Tod in unserer Gesellschaft nicht mehr so tabuisiert werden. Sterben ist das Natürlichste, das es gibt, wird aber in unserer Gesellschaft nicht so behandelt.“ So begann sie vor 15 Jahren, mit Mitte 30, eine Fortbildung als ehrenamtliche Hospizbegleiterin. Wichtig war dafür auch eine andere Erfahrung: „Ich hatte zuvor erlebt, wie meine Großmutter gestorben ist. Das hat mir die Angst vor dem Sterben genommen.“

> *Kaum etwas ist so schwer,*
> *wie einfach die Hand zu halten.*
>
> Auszug aus der Broschüre „Tag des Engagements“

Zwei Menschen begleitet Kyra Dreher in der letzten Lebensphase bis zum Tod. Dann beginnt für sie selbst ein neuer Lebensabschnitt: Sie zieht aus beruflichen Gründen nach Frankfurt und wird Mutter. Ihr Ehrenamt kann sie aus zeitlichen Gründen nicht mehr ausüben. Bis Corona und der Lockdown kommen. Die Nachrichten über Menschen, die einsam sterben, gehen Kyra Dreher unter die Haut. Sie ist inzwischen Geschäftsführerin beim Börsenverein des Deutschen Buchhandels, eine Aufgabe, die viel Engagement beansprucht. Aber sie will sich irgendwie Zeit nehmen, um Menschen am Lebensende beizustehen.

Die Geschichte des Bürgerinstituts

Das Frankfurter Bürgerinstitut entsteht 1899 auf Initiative des sozial engagierten Unternehmers Wilhelm Merton und des Instituts für Gemeinwohl unter dem Namen „Centrale für private Fürsorge“. In einer Zeit wachsender Armut und Not soll es dazu beitragen, die auf verschiedene private und kommunale Stellen verteilte Hilfe für bedürftige Menschen effizienter zu organisieren und zu professionalisieren. Dabei bringt sich die Centrale auch selbst mit einem breiten Angebot in der sozialen Arbeit und mit Hilfen für Bedürftige ein.

Nach der Auflösung in der NS-Zeit wird die Centrale 1945 neu gegründet und nimmt mit ihrer vielfältigen sozialen Arbeit eine wichtige Rolle in der Stadt ein. Wärmestuben und ein Hauspflegedienst für kranke Menschen gehören dazu, ebenso Nachbarschaftshilfen, viele Angebote für alte Menschen und Angebote der Jugendfürsorge.

In den 1960er Jahren wandelt sich das Angebot immer stärker von der Fürsorge zur Sozialarbeit. Es kommen auch psychologische und pädagogische Beratung hinzu. Diese Weiterentwicklung spiegelt sich auch in der Namensänderung wider. Mitte der 1970er Jahre benennt sich die Centrale zum 75-jährigen Jubiläum um in „Institut für Sozialarbeit e. V.“.

Der 2005 gewählte neue Name „Bürgerinstitut“ ist Programm für das heutige Profil einer der ältesten privaten gemeinnützigen Einrichtungen Frankfurts: Alle sozialen Projekte werden hauptsächlich aus der Bürgerschaft Frankfurts getragen. Wesentliche Schwerpunkte der Arbeit liegen bei allen Fragestellungen rund ums Älterwerden in Frankfurt und dem bürgerschaftlichen Engagement.

> www.buergerinstitut.de

BERÜHRENDE BEGEGNUNG

Kyra Dreher macht beim Bürgerinstitut noch einmal einen qualifizierten Vorbereitungskurs als Hospizbegleiterin, „weil sich in den vergangenen 15 Jahren glücklicherweise doch viel im Bereich der Hospizbegleitung und Palliativversorgung bewegt hat“, und begleitet nun seit einem Jahr eine alleinstehende Frankfurterin, die schwer an Krebs erkrankt ist, aber noch in ihrer eigenen Wohnung leben kann. „Manchmal besuche ich sie, häufiger noch telefonieren wir. Und wir witzeln und lachen gemeinsam. Aber natürlich gehört es auch dazu, schwere Gefühle auszuhalten“, sagt die 49-Jährige. Im vorigen Sommer waren die beiden Frauen im Schmetterlingshaus im Frankfurter Palmengarten. „Es war sehr schön für mich zu erleben, wie berührend die Begegnung mit diesen zarten Tieren für die ältere Dame war. In diesem Moment fühlte ich mich reich beschenkt.“

Die ehrenamtliche Hospizarbeit ist für Kyra Dreher eine sehr sinnstiftende und bereichernde Tätigkeit. Sie ist überzeugt: Wenn Menschen wissen, dass am Lebensende gut für sie gesorgt ist, dass sie schmerzfrei und in Geborgenheit sterben können, dann kann ihnen das auch den Loslösungsprozess erleichtern. Und nicht selten gewinnen die Schwerkranken auch noch einmal neue Lebenskraft. Zum Beispiel, wenn durch Vermittlung des Hospizdienstes ein spezialisiertes ambulantes Palliativteam für eine Linderung der Symptome und eine bessere medikamentöse Behandlung sorgt. Das kann die Lebensqualität enorm verbessern.

35 EHRENAMTLICH ENGAGIERTE

Kyra Dreher ist eine von 35 ehrenamtlich Engagierten des ambulanten Hospizdienstes, den das Bürgerinstitut 2002 ins Leben gerufen hat. Besonders geschulte Ehrenamtliche begleiten die Menschen im Leben und Sterben. Unterstützt wird deren Tätigkeit durch die fachliche Beratung und den kontinuierlichen Austausch mit den hauptamtlichen Hospiz- und Palliativfachkräften des Hospizdienstes im Bürgerinstitut sowie durch Supervision.

„Neben der umfassenden Beratung und Begleitung der Betroffenen ist uns auch wichtig, die pflegenden Angehörigen zu unterstützen, die oft an die Grenzen ihrer Kraft kommen“, sagt Anette Rehor, Leiterin des Hospizdienstes und der Palliativberatung.

PERSPEKTIVWECHSEL E. V. ENGAGIERT SICH FÜR STRAFFÄLLIG GEWORDENE MENSCHEN

„Da war jemand, der mir ohne Vorurteile begegnet ist“

Alles weg: Wohnung, Möbel, Kleidung, Arbeit und vieles mehr … Nach drei Jahren im offenen Vollzug der Justizvollzugsanstalt Frankfurt-Preungesheim steht Mary K. vor dem Nichts. Sie war in etwas verwickelt, das den Straftatbestand der räuberischen Erpressung erfüllte. „Nicht selbst aktiv, aber dabei“, sagt sie. Der Frankfurter Verein Perspektivwechsel e. V. ermöglicht ihr, nach der Haft erst einmal im Betreuten Wohnen für haftentlassene Frauen und Männer unterzukommen, damit sie wieder Fuß fassen kann. Neben einer kleinen Wohnung bekommt die Frankfurterin auch in vielen lebenspraktischen Fragen Unterstützung. Ein Jahr ist ihre Rückkehr in die Freiheit jetzt her. Mary K. hat Arbeit als Köchin gefunden. Nun hofft sie, bald auch eine Wohnung zu finden. Die 41-Jährige erinnert sich: „Nach der Haftentlassung war ich anfangs von allem total überwältigt und wusste nicht: Was mache ich zuerst? Da hat mir meine Betreuerin von Perspektivwechsel sehr geholfen, Struktur reinzubekommen.“ Und was ihr vor allem gut getan hat: „Da war jemand, der mir ohne Vorurteile begegnet ist.“

Theresa Lindner, Mitarbeiterin von Perspektivwechsel e. V., im Gespräch mit einer Betreuten.

1868 GEGRÜNDET ALS FRANKFURTER GEFÄNGNISVEREIN

Perspektivwechsel e. V. engagiert sich seit 1868 für Inhaftierte, Haftentlassene, von Haft bedrohte Menschen und deren Angehörige – seit 2003 unter diesem Namen. Bei seiner Gründung vor mehr als 150 Jahren gibt sich der Verein zur Fürsorge für Gefangene und ihre Angehörigen den Namen „Frankfurter Gefängnisverein“. Er hat zeitweise bis zu 1.000 Mitglieder aus allen Bereichen der Gesellschaft, darunter auch viele einflussreiche und wohlhabende Frankfurter Bürger*innen. Hilfsbereitschaft und Empathie gegenüber straffällig gewordenen Menschen statt Rache und Strafe – das ist der Leitgedanke der humanistisch bewegten Gründungsmitglieder.

> *Wie schon nach dem Krieg sind auch heute der Mangel an bezahlbarem Wohnraum und Arbeitslosigkeit widrige Rahmenbedingungen für unsere Arbeit.*
>
> Vereinsvorsitzende Martina vom Bruch

Während der NS-Zeit wird der Verein von den Nazis „gleichgeschaltet“, alle jüdischen Mitglieder müssen ausgeschlossen werden. „Trotz intensiver Nachforschungen ist über darüber hinausgehende Nähe des Vereins zum Nazi-Regime nichts bekannt geworden“, heißt es in einem Rückblick im Jahresbericht von 2017.

GROSSE KONTINUITÄT BEI DEN AKTIVEN

Nach dem Krieg nimmt der als ältester sozialer Verein Frankfurts geltende „Frankfurter Gefängnisverein“ die Arbeit wieder auf. Mehrfach ändert sich der Vereinsname – ein Symbol für veränderte Haltungen und Arbeitsinhalte – von der Fürsorge hin zur psychosozialen Fallarbeit; neben dem Blick auf individuelles Fehlverhalten rücken auch die Berücksichtigung gesellschaftlicher Strukturen und das Bemühen um Prävention in den Fokus. Anders als beim Namen gibt es bei den Aktiven große Kontinuität: Viele sind mehr als 30 Jahre im Verein.

2003 fällt die Entscheidung für den heutigen Namen „Perspektivwechsel e. V. Soziale Verantwortung seit 1868“. Er steht für das, was längst Programm ist: Weg vom Blick auf die Defizite, hin zu den Potenzialen. Schwerpunkte der Arbeit sind das Betreute Wohnen für junge wohnungslose Erwachsene im Alter zwischen 18 und 25 Jahren, Betreutes Wohnen für Haftentlassene, Beratung von mit dem Gesetz in Konflikt geratenen Personen und ihren Angehörigen, Sozialurlauberwohnung für Inhaftierte und Angehörige, Schuldnerberatung für Inhaftierte der Justizvollzugsanstalt IV in Frankfurt, Kurse zur Entlassungsvorbereitung und Bewerbungstraining. „Wie schon nach dem Krieg sind auch heute der Mangel an bezahlbarem Wohnraum und Arbeitslosigkeit widrige Rahmenbedingungen für unsere Arbeit“, sagt Vereinsvorsitzende Martina vom Bruch. Das eigene Haus im Frankfurter Bäckerweg ist daher Gold wert, hat aber letztlich auch begrenzte Kapazitäten.

> www.perspektivwechsel.org

Die 1960er Jahre

Eine bewegte Zeit

Die 1960er Jahre bringen enorme gesellschaftliche Umbrüche: Studierenden- und Flowerpower-Bewegung, sexuelle Revolution und die Einführung des Zivildienstes – all das beeinflusst die Arbeit des Paritätischen und vieler seiner Mitgliedsorganisationen. Deren Zahl steigt in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts sprunghaft.

1965 bezieht der hessische Landesverband sein neues Geschäftsstellen-Gebäude in der Straße Auf der Körnerwiese im Frankfurter Westend. In diesem Jahr zählt er 102 Mitgliedsorganisationen, 1968 sind es dann schon 140. Diese unterhalten 896 Einrichtungen für kranke und alte Menschen, für Kinder und Jugendliche, für Menschen mit Behinderung sowie für Erholungsbedürftige und Menschen in sozialen Notlagen. Auch in der Aus- und Fortbildung sind sie aktiv. Im gesamten Verbandsbereich sind circa 12.000 haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter*innen tätig.

Blick ins Fotoalbum. Gespräch am Rande der Mitgliederversammlung 1965

Die ersten Elterninitiativen gründen selbstverwaltete Kindergärten, die sogenannten Kinderläden, in denen sie Alternativen zur autoritären Erziehung entwickeln. Viele dieser Initiativen finden ihr verbandliches Zuhause beim Paritätischen und bringen neue Impulse für die Weiterentwicklung der fachlichen Arbeit.

Im Sozial- und Gesundheitswesen mangelt es in den 60ern an Fachkräften. Der Paritätische Landesverband Hessen bildet selbst in Zusammenarbeit mit dem Hospital zum Heiligen Geist und dem Hauspflegeverein Frankfurt Altenpflegerinnen aus, die anschließend in den Einrichtungen des Verbands tätig werden.

1964 tritt das „Gesetz zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres" (FSJ) in Kraft. Obwohl das FSJ für Frauen und Männer offen ist, bleibt es zunächst im Wesentlichen jungen Frauen vorbehalten, da junge Männer in der Regel im Militär- oder Zivildienst gebunden sind. Erst ab 2004 wird das FSJ als gleichwertig zum Zivildienst anerkannt werden.

Am 1. Juni 1962 tritt das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) in Kraft. Bis dahin galt als Prinzip der staatlichen Fürsorge, dass der Staat sich zwar um die Armen zu kümmern hatte, diesen aber kein individuelles Recht auf die Unterstützung zukam. Ab jetzt erhalten Menschen, die sich nicht selbst helfen können und auch nicht auf die Hilfe anderer Verpflichteter zurückgreifen können, einen Rechtsanspruch auf die Sozialhilfe – mit Leistungen zum Lebensunterhalt, die in Form von Regelsätzen bemessen werden, und als Hilfen in besonderen Lebenslagen.

Bei aller Kritik an der behördlichen Umsetzung des Gesetzes und der Höhe der Leistungen ist das neue Gesetz gleichwohl ein Fortschritt. Erhebliche Bedeutung haben die im BSHG formulierten Grundsätze über die Zusammenarbeit zwischen den Trägern der Sozialhilfe und der Freien Wohlfahrtspflege. Danach sollen die Kommunen als Träger der Sozialhilfe von der Durchführung eigener Maßnahmen absehen, wenn die Hilfe im Einzelfall durch die freie Wohlfahrtspflege gewährleistet ist. Nach dem sogenannten „Subsidiaritätsprinzip" wird den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege ein gewisser Vorrang eingeräumt und zugleich eine finanzielle Förderung zugesichert. Für viele Mitgliedsorganisationen des Paritätischen, die insbesondere Hilfen in besonderen Lebenslagen anbieten, werden diese Regelungen zu einer verlässlichen Grundlage zur Planung und Finanzierung ihrer Angebote.

Das neue Verbandsdomizil im Haus Auf der Körnerwiese 5 in Frankfurt

Im Nachkriegsdeutschland ist die Heim- und Fürsorgeerziehung ganz überwiegend noch eine autoritäre Anstaltserziehung, häufig geprägt von Disziplinierung und Unterdrückung der jungen Menschen. Die Vereinten Nationen hatten zwar am 20. November 1959 die Erklärung der Rechte des Kindes beschlossen, aber davon ist in der Lebensrealität vieler Kinder und Jugendlicher noch nichts zu spüren.

Ende der 1960er Jahre bringt die APO (Außerparlamentarische Opposition) die „Heimkampagne" gegen Missstände in Einrichtungen für Kinder und Jugendliche hervor. Einer der Schwerpunkte liegt in Frankfurt. Die Kampagne gibt erste Impulse für dringend notwendige Reformen. 1969 setzt die hessische Landesregierung einen Beirat für Heimerziehung ein, der die damals aktuelle Situation prüfen und Grundlagen für eine moderne Heimpädagogik erarbeiten soll. Erste Veränderungen greifen jedoch erst ab den 1970er Jahren und bringen auch entsprechende Anforderungen an die Qualifizierung von Fachkräften mit sich. Auch im Bereich der Hilfen für Menschen mit Behinderung gerät einiges in Bewegung. Es entstehen die ersten Werkstätten für Menschen mit Behinderung. In Marburg weiht das Studentenwerk 1969 mit dem Konrad-Biesalski-Haus das erste integrative behindertengerechte Wohnheim ein.

Unterricht für Altenpflege-Kräfte

Frauenpower im Büro

Zeitgeschehen

1961 Mit dem Bau der Mauer wird die Grenze zwischen Hessen und Thüringen so gut wie unüberwindbar.

Der Zivildienst wird eingeführt. Als echte Alternative zum Wehrdienst und zahlenmäßig bedeutsam wird er jedoch erst gegen Ende der 1960er.

Die Antibabypille kommt auf den Markt, wird aber zunächst nur sehr restriktiv von Ärzt*innen verschrieben. Erst ab Ende der 1960er Jahre tritt sie gegen den Widerstand der katholischen Kirche ihren Siegeszug als Verhütungsmittel an.

Es verdichten sich Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen dem Medikament Contergan und schweren Fehlbildungen bei Neugeborenen. Das Pharmaunternehmen Grünenthal nimmt das Medikament vom Markt. Viele Frauen hatten das Beruhigungs- und Schlafmittel auch zur Bekämpfung der typischen Morgen-Übelkeit in der frühen Schwangerschaft genommen.

1962 Die SPD gewinnt bei den Landtagswahlen in Hessen mit 50,9 Prozent die absolute Mehrheit.

Das „Gesetz zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres" tritt in Kraft.

1966 Die erste Große Koalition in der Geschichte der Bundesrepublik löst die CDU/FDP-Koalition ab. Bundeskanzler wird Georg Kiesinger. Weil im Parlament keine wirkliche Opposition mehr gegeben ist, formiert sich eine „außerparlamentarische Opposition", kurz APO genannt. Berlin und Frankfurt sind Zentren der neuen politischen Strömung.

1967 Der 26-jährige Student Benno Ohnesorg wird am 2. Juni bei einer Demonstration gegen den Schah von Persien in Berlin von einem Polizisten erschossen. Die Tat löst Massendemonstrationen in ganz Westdeutschland aus. Die Student*innen-Proteste werden radikaler.

1968 Das Bonner Parlament beschließt die Notstandsgesetze, die weitgehende Einschränkungen der Grundrechte bei einem inneren Notstand, Verteidigungsfall und Spannungsfall ermöglichen.

Nach Brandanschlägen auf zwei Kaufhäuser auf der Frankfurter Zeil werden vier radikalisierte Anhänger der Außerparlamentarischen Opposition (APO) festgenommen, darunter Andreas Baader und Gudrun Ensslin. Sie werden später mit Ulrike Meinhof zu den bekanntesten Akteur*innen der Terrororganisation „Rote Armee Fraktion" gehören.

Student*innenführer Rudi Dutschke wird vor Ostern in Berlin von einem Attentäter durch Schüsse schwer verletzt. Es folgen schwere Auseinandersetzungen zwischen Student*innen und der Polizei. Auch in Frankfurt am Main kommt es zu den sogenannten „Oster-Unruhen".

1969 Die erste sozialliberale Koalition stellt mit Kanzler Willy Brandt die Regierung.

Die Strafbarkeit von Ehebruch und Homosexualität zwischen Erwachsenen wird abgeschafft.

Reform des Nichtehelichenrechts: „Uneheliche" Kinder werden ehelichen Kindern gleichgestellt.

Vom Zivi zum Geschäftsführer

Christoph Hilles berufliche Vita ist durch und durch vom Lebenshilfe-Werk Kreis Waldeck-Frankenberg geprägt. Nach dem Abitur in Bad Arolsen hat er seinen damals 20 Monate dauernden Zivildienst auf dem Hofgut Rocklinghausen verbracht. „Ich war als Zivi in alle Arbeitsabläufe eingebunden, habe dort auch gewohnt, bei landwirtschaftlichen Arbeiten unterstützt und im Wohnbereich mitgearbeitet“, erinnert er sich. Das zupackende Engagement von damals hat reichlich Früchte getragen: Heute ist der 56-Jährige Geschäftsführer des großen Sozialunternehmens. Dazwischen liegen Studienjahre in Düsseldorf, denen 1994 das Anerkennungsjahr folgt – wiederum beim Lebenshilfe-Werk. Diesmal ist der junge Diplom-Sozialarbeiter beim sozialen Dienst der Korbacher Werkstätten eingesetzt. 1995 übernimmt er bereits die pädagogische Leitung der Korbacher Werkstätten, dann aufgrund betrieblicher Veränderungen auch bald schon die Leitung des Fachbereichs Arbeit. In dieser Funktion gehört er ab 2004 dem hauptamtlichen Vorstand an und übernimmt 2016 als Nachfolger von Dr. Wolfgang Werner das Amt des Vorstandschefs.

Und wie ist Christoph Hille zur Arbeit mit Menschen mit Behinderung gekommen? „Mein Vater war sozialpädagogischer Leiter des Berufsbildungswerks in Bad Arolsen, und auch meine Mutter hat im Reha-Bereich gearbeitet. Dadurch hatte ich schon früh ganz selbstverständlich Kontakt mit jungen Menschen mit Behinderung.“ Auch seine Ehefrau Kirsten engagiert sich in der Arbeit mit Menschen mit Beeinträchtigungen: Die Diplom-Pädagogin arbeitet seit 1996 in den Korbacher Werkstätten, dort haben die beiden sich kennengelernt, seit 2001 sind sie verheiratet.

Christoph Hille mit seiner Ehefrau Kirsten vor der KostBar, einer gastronomischen Einrichtung des Lebenshilfe-Werks Kreis Waldeck-Frankenberg e. V.

Was Christoph Hille an der Arbeit begeistert, ist vor allem, „dass wir dazu beitragen, dass Menschen mit Beeinträchtigungen ein möglichst selbstbestimmtes Leben führen und Teil unserer Gesellschaft sind. Es ist uns wichtig, individuelle Unterstützungsleistungen in allen Lebensbereichen anzubieten.“

Findet er es schade, dass es heute keine Zivis mehr gibt? Auch wenn er selbst so den Einstieg in die soziale Arbeit genommen hat, trauert Christoph Hille dem Zivildienst, der 2012 nach dem Ende der Wehrpflicht abgeschafft wurde, nicht nach: „Gesellschaften entwickeln sich weiter. Und die Befürchtung, dass es mit der Abschaffung des Zivildienstes zu Einbrüchen in der sozialen Arbeit kommt, hat sich nicht bewahrheitet. Auch wenn der Fachkräftemangel die soziale Arbeit erreicht hat, finden über das Freiwillige Soziale Jahr und den Bundesfreiwilligendienst viele junge Menschen den Weg in soziale Berufe.“

> *Ohne Werkstätten hätten viele Menschen mit Behinderung überhaupt keine Chance auf eine berufliche Beschäftigung.*
>
> Christoph Hille

Und was sagt Christoph Hille zur Kritik, Werkstätten seien selbst Teil der Exklusion? Der Geschäftsführer, der sich auch in der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für Menschen mit Behinderung in Hessen engagiert, ist sicher: Ohne Werkstätten hätten viele Menschen mit Behinderung überhaupt keine Chance auf eine berufliche Beschäftigung. „Die Inklusion auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt muss besser werden, doch Menschen mit Behinderung darf nicht die Option genommen werden, sich für die Arbeit in einer Werkstatt zu entscheiden. Aber sicher werden wir im Zusammenhang mit der Mindestlohn-Debatte künftig Regelungen für ein Entgeltsystem finden müssen, die sowohl das komplexe Finanzierungssystem der Werkstätten berücksichtigen als auch den Menschen mit Behinderung mehr gerecht werden.“

Lebenshilfe-Werk Kreis Waldeck-Frankenberg e. V.

Motiviert durch die Gründung der Bundesvereinigung Lebenshilfe schaffen 1965 auch in den Altkreisen Waldeck und Frankenberg einige Eltern und andere Engagierte Kreisvereinigungen der Lebenshilfe. Bis dahin haben die meisten Familien mit schwer- und mehrfach behinderten Kindern kaum Kontakt außer Haus und nahezu keine Unterstützung bei der Betreuung ihrer Kinder. Weder im Kindergarten noch in der Schule tauchen die jungen Menschen mit Behinderung auf, sie werden oft nicht einmal als „beschulbar“ betrachtet. Hilfe einzufordern oder gar ihr Kind zur Betreuung auch nur stundenweise wegzugeben, das scheint vielen Eltern zudem noch undenkbar angesichts dessen, was Menschen mit Behinderung in der NS-Zeit angetan worden war. Eine wichtige Aufgabe der Lebenshilfe ist es daher in der Anfangszeit, das Vertrauen der Eltern zu gewinnen und Aufklärungsarbeit über die Ursachen von Behinderung zu leisten, um die Vorurteile in der Bevölkerung abzubauen.

Erste niedrigschwellige Angebote werden geschaffen: Spielnachmittage, zu denen die Kinder mit einem von der „Aktion Sorgenkind“ (heute „Aktion Mensch“) finanzierten Kleinbus gefahren werden. Aus den Spielnachmittagen wird schon bald eine regelmäßige Betreuung in Kindergarten und Sonderkindertagesstätte, aus Bastelstunden für Jugendliche und junge Erwachsene eine Anlernwerkstatt, in der Holzwaren, Flechtarbeiten und Gewebtes entstehen. Frühförderangebote und schulische Angebote – zunächst in Sonderklassen und dann in der Sonderschule – kommen hinzu. Das ehrenamtliche Engagement wird mehr und mehr durch den Einsatz hauptamtlicher Kräfte ergänzt. Parallel dazu verbessert sich auch die rechtliche Situation im Hinblick auf Leistungen der Eingliederungshilfe. Und 1969 erhalten Menschen mit Behinderung mit dem Berufsbildungsgesetz dann auch einen Rechtsanspruch auf Bildung und Ausbildung.

Zunächst ein Zweck-Bündnis

1975 gründen die Kreisvereinigungen Waldeck und Frankenberg der „Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind“ gemeinsam das Lebenshilfe-Werk Kreis Waldeck-Frankenberg e. V. Das Hessische Sozialministerium hatte die Gewährung von Mitteln zum Bau einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung an die Gründung dieses Trägerverbands geknüpft. Heute ist das Lebenshilfe-Werk Kreis Waldeck-Frankenberg e. V. ein großes, in der Region gut vernetztes Sozialunternehmen und drittgrößter Arbeitgeber im Landkreis. Rund 650 hauptamtliche Beschäftigte betreuen rund 800 Menschen mit Behinderung aller Altersstufen. Eine Vielzahl von Einrichtungen im Bereich Arbeit bietet ein breites Spektrum an Möglichkeiten zur Teilhabe am Berufsleben. Es reicht vom landwirtschaftlichen Betrieb mit Bio-Metzgerei über gastronomische Einrichtungen und Werkstätten bis zum Fachdienst Übergänge, der die dauerhafte berufliche Eingliederung von Menschen mit Behinderungen am allgemeinen Arbeitsmarkt unterstützt. Der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie besteht aus Frühförderstellen und Familienzentren, und der Fachbereich Wohnen und Offene Hilfen bietet unterschiedliche Wohnkonzepte sowie eine Tagespflege für ältere Menschen mit und ohne Behinderung.

www.lhw-wf.de

Dialog zwischen Kulturen und Religionen

Treffen im Café der Henry und Emma Budge-Stiftung

Das Haus der Henry und Emma Budge-Stiftung in Frankfurt-Seckbach ist eine ganz besondere Wohn- und Pflegeeinrichtung. Hier leben jüdische und nichtjüdische Menschen zusammen und feiern gemeinsam ihre religiösen Feste. Zugleich ist das Haus auch ein Ort generationenübergreifenden Lernens. Regelmäßig kommen Schüler*innen und Studierende zu Besuch, um die Lebensgeschichten von Bewohner*innen zu hören. „Wenn die Zeitzeugen den jungen Menschen davon berichten, wie sie das Nazi-Regime und das Konzentrationslager überlebt haben, ist es so still im Raum, dass man eine Nadel fallen hören könnte“, sagt Thorsten Krick, Geschäftsführer der Stiftung. Auch die im Januar 2022 verstorbene Frankfurter Ehrenbürgerin Trude Simonsohn gehörte zu den Bewohnerinnen der Einrichtung. Sie sah es als ihre Pflicht, als Überlebende der Shoah für die zu sprechen, die nicht mehr sprechen können, und so Antisemitismus und Diskriminierung in unserer Gesellschaft entgegenzutreten. „Es wird eine große Herausforderung, das Gedenken an die Opfer der Shoah lebendig zu halten, wenn die Zeitzeugen-Generation nicht mehr lebt“, betont Krick.

Offenheit und die Bereitschaft zum Dialog zwischen Kulturen und Religionen, das müssen Pflegekräfte mitbringen, wenn sie bei der Henry und Emma Budge-Stiftung arbeiten möchten. „Zum Glück finden durch Mund-zu-Mund-Werbung viele Fachkräfte zu uns, die das mitbringen. Aber natürlich spüren auch wir den Fachkräftemangel“, sagt Geschäftsführer Krick. Derzeit kümmern sich 270 Beschäftigte um rund 300 ältere Menschen im Betreuten Wohnen und im Pflegezentrum. Wie die Bewohner*innen kommen auch die Beschäftigten aus den verschiedensten Kulturkreisen. „Auch für mich war vieles neu, als ich hier begonnen habe“, erinnert sich Thorsten Krick. „Die Bedeutung der religiösen Feiertage oder Besonderheiten der koscheren Küche zum Beispiel – wer bei uns arbeitet, bildet sich jeden Tag fort.“ Das Wichtigste aber sei, sich der Shoah als Teil der Lebensgeschichte vieler Bewohner*innen bewusst zu sein und sensibel damit umzugehen.

> www.budge-stiftung.de

Die Henry und Emma Budge-Stiftung – ein gemeinsames Zuhause für jüdische und nichtjüdische Menschen

Der jüdischen Tradition folgend, mit Bedürftigen zu teilen, gründete das Ehepaar Henry und Emma Budge unter anderem die Henry und Emma Budge-Stiftung. Diese errichtete 1920 eine moderne Wohnanlage für ältere jüdische und nichtjüdische Menschen im Frankfurter Stadtteil Dornbusch. Ziel war es, sowohl das solidarische Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Konfessionen zu fördern, als auch mittellosen älteren Menschen den Zugang zu guter Betreuung und Pflege zu ermöglichen. Bis zum heutigen Tag fühlt sich die Stiftung den Grundgedanken des Ehepaars Budge verpflichtet.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten ging die Stiftung unter. Spätere Nachforschungen ergaben, dass wahrscheinlich alle jüdischen Bewohner*innen der Frankfurter Einrichtung in Konzentrationslagern getötet wurden. Nach dem Krieg konnte die Stiftung neu belebt werden. Eine Gedenkstätte vor dem 2003 neugebauten Wohn- und Pflegezentrum in Frankfurt-Seckbach erinnert an die Opfer des NS-Regimes.

Katharina Bopp und ihre Hündin Lumi sind ehrenamtliches Besuchshunde-Team. Herr S., den die beiden regelmäßig besuchen, wollte nicht fotografiert werden.

Mit Lumi kommt Freude auf

Auch im Alter und bei Pflegebedürftigkeit sollen ältere Menschen die Chance haben, in ihrem gewohnten Umfeld bleiben zu können. Dies ermöglicht vielen Betroffenen unter anderem der Arbeiter-Samariter-Bund mit seinen ambulanten Angeboten. Was aber ist, wenn jemand nur noch einen sehr kleinen Freundes- und Bekanntenkreis hat und kaum Verwandte, weil diese weit weg wohnen, nicht mehr mobil oder schon gestorben sind? Dann kann der Alltag zu Hause sehr einsam werden. Ambulante Besuchsdienste sind hier eine große Bereicherung.

Herr S. lebt allein in Erzhausen im südhessischen Kreis Darmstadt-Dieburg. Alle seine Familienangehörigen wohnen weiter weg. Zum Glück kommt regelmäßig eine Pflegekraft der ASB-Sozialstation und einmal in der Woche der Sohn aus Frankfurt. Aber trotzdem: Die Tage sind oft lang und langweilig. Eine große Freude ist für den Mitte-80-Jährigen der Besuch von Katharina Bopp und Lumi. Die 31-jährige Heilpädagogin für Kinder und ihre vierjährige Hündin – ein Golden-Retriever-Königspudel-Mix – sind ehrenamtliches Besuchshunde-Team. Etwa alle zwei Wochen fahren sie zu Herrn S., verbringen etwas Zeit in der Wohnung und machen mit ihm – sofern die Gesundheit es zulässt – einen Spaziergang durch die nahen Felder. Katharina Bopp und Herr S. sind mehr oder weniger im Schnecken-Tempo unterwegs, denn er hatte jüngst einen Oberschenkelhalsbruch und muss erst wieder richtig in die Gänge kommen. Lumi darf hin und wieder frei herumflitzen und freut sich auf die Übungen, die Katharina und Herr S. mit ihr machen. „Herr S. hatte früher selbst einen Hund und kann gut mit Lumi umgehen“, sagt die junge Frau. Die gemeinsamen Erlebnisse bieten oft auch Anknüpfungspunkte für Erinnerungen an die Vergangenheit. Da ist vieles noch sehr präsent, während aktuelle Ereignisse leicht in Vergessenheit geraten, da Herr S. von einer demenziellen Erkrankung betroffen ist. Aber das ist völlig egal, wenn Katharina und Lumi da sind. Dann zählt nur der gemeinsame Spaß.

Der Besuchshunde-Dienst des ASB Südhessen

Seit 2021 gibt es beim Arbeiter-Samariter-Bund Südhessen einen Besuchshunde-Dienst. Derzeit engagieren sich ehrenamtlich 17 Mensch-Hund-Teams, die zuvor eine mehrmonatige theoretische und praktische Ausbildung durchlaufen haben. Sie besuchen sowohl ältere Menschen in Einrichtungen der Tagespflege und in einer Wohngemeinschaft für demenziell erkrankte Menschen, aber auch Kinder in Tagesstätten und Schülerbetreuungen. Katharina Bopp und Lumi sind derzeit das einzige Team, das Hausbesuche macht.

> www.asb-suedhessen.de

Die 1970er Jahre

Terror, Krisen & gesellschaftlicher Wandel

Die 1970er Jahre sind stark geprägt durch den Terror der Roten Armee Fraktion: Sprengstoff-Attentate, Morde und Entführungen erschüttern die Republik. Die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus, die auch mit Beschränkungen der Bürgerrechte einhergehen, sind nicht unumstritten. Gleichzeitig ist die sozialliberale Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt mit weiteren großen Herausforderungen konfrontiert: Nach Jahren des wachsenden Wohlstands sieht sich die Bundesrepublik mit den Folgen der globalen Rezession und des Ölpreis-Schocks konfrontiert.

Im März 1973 kommt es in Frankfurt zu Straßenschlachten zwischen der Polizei und Hausbesetzer*innen, die gegen Spekulation mit Häusern, steigende Mieten und immer knapper werdenden Wohnraum protestieren. Ein Problem, das 50 Jahre später wieder brandaktuell sein wird und auch den Paritätischen beschäftigt.

Die Anti-Atomkraft und Umweltbewegung gewinnen an Bedeutung.

Wegen der Erdölkrise werden gegen Ende 1973 bundesweit vier autofreie Sonntage verordnet, die von der Bevölkerung mit einer gewissen Lust an den positiven Seiten des Ausnahmezustands akzeptiert werden. Die Aufmerksamkeit für ökologische Themen wächst, und die Umweltbewegung gewinnt in den folgenden Jahren enorm an Bedeutung.

BREITE FRAUENBEWEGUNG

Der erste Bundesfrauenkongress mit rund 400 Frauen aus 40 Städten findet im März 1972 in Frankfurt statt. Die Teilnehmerinnen formulieren gesellschaftspolitische Ziele, die reichlich Handlungsbedarf für die nächsten Jahrzehnte bringen. Dazu gehören etwa gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, ein Babyjahr (auch für Väter) statt des üblichen Mutterschutzes, der auf einige Wochen vor und nach der Geburt begrenzt ist, und die steuerliche Gleichstellung von unverheirateten mit verheirateten Paaren. Aus dem Kampf gegen den Abtreibungsparagrafen 218 unter dem Motto „Mein Bauch gehört mir" ist eine breite deutsche Frauenbewegung geworden, die auch innerhalb des Paritätischen die Abkehr von der traditionellen Frauenrolle und die Gleichstellung zum Thema macht.

Erste Ausgabe der FRAUENZEITUNG vom 1. Oktober 1973

Die Bedeutung der Bildung für die Chancengleichheit rückt verstärkt in den Blickpunkt: 1971 tritt das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BaföG) in Kraft, das auch Kindern aus materiell weniger begünstigten Familien ein Studium ermöglichen soll. Auch im Paritätischen gewinnt das Thema Bildung an Bedeutung. Im März 1979 entsteht in Frankfurt das Paritätische Bildungswerk Hessen.

Die zum Ende der 70er Jahre beginnende Wirtschaftskrise führt zu erhöhten Arbeitslosenzahlen. Eine der Folgen ist das Ende des Anwerbeabkommens für Arbeitskräfte aus dem Ausland. Rechtsextremismus und Rassismus nehmen spürbar zu. Am 16. Juni 1979 setzt das erste „Rock gegen Rechts-Festival" in Frankfurt am Main dagegen ein Signal.

In Frankfurt wächst eine starke Protestbewegung gegen Immobilienspekulation und Wohnungsnot.

Großer Handlungsbedarf besteht bei der Versorgung von chronisch psychisch kranken Menschen. Die im Auftrag des Bundestags erstellte Psychiatrie-Enquête von 1975 offenbart die katastrophalen Zustände in den damaligen Heil- und Pflegeanstalten. Möglichst viele der Patient*innen sollen aus den Anstalten entlassen und wohnortnah versorgt werden. Vereine wie etwa die Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt engagieren sich für neue Möglichkeiten der Versorgung und für die Integration von psychisch kranken Menschen.

Die gesellschaftlichen Reformen prägen die Entwicklung des Paritätischen. Neue Bewegungen der Selbsthilfe, vor allem der Gesundheits-Selbsthilfe sowie der Selbsthilfe von Menschen mit Behinderungen und deren Angehörigen, schließen sich ihm in den 1970er-Jahren an. Auch die Mitgliederzahl im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, der Hilfen für Menschen mit Behinderung sowie der Frauen- und Mädchenarbeit steigt. Soziokulturelle Projekte sowie Schwulen- und Lesben-Initiativen stoßen ebenfalls zum Verband, der sich seiner zunehmenden Bedeutung als sozialpolitischer Akteur immer deutlicher bewusst wird.

Was den Paritätischen für die neuen Initiativen attraktiv macht, ist seine weltanschauliche und politische Offenheit. Kleine Träger und Vereine stehen im Verband gleichberechtigt neben großen etablierten Organisationen der klassischen Sozialarbeit. Der Paritätische zeigt Respekt für ihre Haltung und Ideen und unterstützt eigenständige Entwicklungen. Zugleich geben die neuen Mitglieder wichtige Impulse für die Weiterentwicklung der fachlichen Arbeit im Verband.

TRADITION UND MODERNE

Die wachsende Vielfalt sozialer Arbeit spiegelt sich in den neuen Fachgruppen und den Themen der Mitgliederversammlungen. So widmet sich Professor Dr. Erwin Krämer, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands, in der Mitgliederversammlung des Paritätischen Hessen 1975 dem Spannungsfeld zwischen Tradition und Moderne innerhalb des Verbands. Zitat aus dem Vortrag, der in der Schriftenreihe des Paritätischen publiziert wurde: „Ich glaube, daß wir uns gerade im Paritätischen Wohlfahrtsverband hier einer besonderen Verpflichtung gegenübersehen … Wir haben Verbände, die noch sehr Altes mitbringen, und wir haben Verbände, die neu entstanden sind und nur nach vorn denken. So könnten wir ein Beispiel dafür sein, daß sich von den Zeiten her Verschiedenes miteinander verbinden läßt …"

Mit wachsender Mitgliedschaft und erweiterten Tätigkeitsfeldern sind auch mehr organisatorische Beratung und Unterstützung in Finanzierungs- und Rechtsfragen erforderlich. Neben der Gremienarbeit gewinnt die Lobbyarbeit zunehmend an Bedeutung, um die Rahmenbedingungen sozialer Arbeit zu verbessern.

Die Gülle-Mühle war für die Zaubertiger-Kinder ein beliebtes Ausflugsziel. In dem Ferienhaus im Westerwald können Gruppen auch übernachten. Illustrations-Montage: Bilder aus Barbara Rendtorffs Fotoalbum.

DIE FRANKFURTER KINDERLADEN-BEWEGUNG

Vom Wert des freien Spiels

Es ist mehr als 30 Jahre her, dass Barbara Rendtorffs Kinder im Zaubertiger waren. Doch wenn die Tochter und der Sohn heute bei Familientreffen zusammenkommen, erzählen sie oft noch von ihren Erlebnissen im Kinderladen. „Meine Kinder blicken auf diese Zeit mit großer Begeisterung zurück“, sagt Barbara Rendtorff.

Der Kinderladen Zaubertiger an der Bockenheimer Landstraße in Frankfurt wird 1968 als Alternative zu städtischen und kirchlichen Kindergärten von einer Elterninitiative ins Leben gerufen. Sie setzt dem damals üblichen autoritären Erziehungssystem ein reformpädagogisches Konzept entgegen. „Die Bezugspersonen im Kinderladen haben das Programm stark von den Interessen und Wünschen der Kinder aus gestaltet“, erinnert sich Barbara Rendtorff, die damals noch mitten im Soziologiestudium steckt und später bei der Frankfurter Frauenschule arbeitet.

> *Meine Kinder blicken auf diese Zeit mit großer Begeisterung zurück.*
>
> Barbara Rendtorff

Das freie Spiel hat im Kita-Alltag große Bedeutung: Die Kinder haben vielfältige Möglichkeiten, sich auszuprobieren und soziale Kompetenzen zu entwickeln. Die Erzieher*innen heißen Bezugspersonen, aber das ist nur eine Statusbezeichnung. Denn im Alltag werden sie selbstverständlich von Kindern wie Eltern mit dem Vornamen angesprochen. „Es gab so einen Kollektivgedanken zwischen Eltern und Erzieher*innen“, sagt Barbara Rendtorff. Überhaupt gehören die mehrheitlich links und ökologisch orientierten Eltern zum Kinderladen-Alltag dazu. Die Mitarbeit ist obligatorisch: sei es beim Essen-Kochen, Putzen oder Renovieren, gelegentlich auch bei der Betreuung.

KOMPLIZIERTE KOCHEREI

Kompliziert wird es mit der Kocherei für die Kinder nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl. Anfang Mai 1986 erreicht mit den Regenwolken aus dem Osten die Radioaktivität auch Hessen. Spielplätze werden geschlossen, und bei der Wahl der Essenzutaten müssen die Eltern nun ständig überlegen: Was könnte verstrahlt sein, was ist okay? Die unterschiedlichen Grade von Besorgtheit bei den Eltern sorgen mitunter für Spannungen, beispielsweise bei der Frage, ob das Kind beim Ausflug dabei sein darf oder daheim bleibt, weil es vielleicht in der Natur zu viele Becquerel Radioaktivität abbekommen könnte.

Wie viele von Eltern gegründete Kinderläden gehört auch der Zaubertiger zur Gesellschaft für Jugendarbeit und Bildungsplanung e. V. (GfJ). In ihr schließen sich ab 1969 zahlreiche freie Einrichtungen zusammen, um ihre Interessen nach außen besser vertreten zu können und öffentliche Mittel von der Stadt Frankfurt und der Landesregierung zu erhalten. „Vier Mark pro Kind und Woche gibt es damals“, sagt Markus Drewniak. Der Pädagoge arbeitet seit 1989 im Schülerladen Westend, der sich heute in der Feuerbachstraße befindet, und engagiert sich seit mehr als 20 Jahren im Vorstand der GfJ.

GESCHICHTE DOKUMENTIERT

Der 57-Jährige hat eine Dokumentation über die Geschichte der GfJ zusammengestellt. „Eigentlich wollten wir 2020 das 50-jährige Bestehen der GfJ feiern. Aber wegen der Corona-Pandemie musste das abgesagt werden“, so Drewniak. Mit der Dokumentation möchte er nicht nur die Geschichte Interessierten zugänglich machen, sondern auch Michael Burbach würdigen, der 2017 gestorben ist. „Ohne dessen Engagement hätten die freien Kita-Träger in Frankfurt nicht die einzigartige Rolle, die sie heute spielen“, sagt Drewniak. Burbach, seit 1984 Geschäftsführer der Gesellschaft für Jugendarbeit, streitet engagiert mit Eltern und Pädagog*innen für die Interessen der freien Einrichtungen und deren Förderung. Mit Erfolg: Nach dem überraschenden Wahlsieg von Rot-Grün 1989 beschließt der neue Magistrat das Sofortprogramm Kinderbetreuung, durch das ab Sommer 1990 die Finanzierung der freien Initiativen deutlich verbessert und den städtischen und konfessionellen Einrichtungen weitgehend gleichgestellt wird.

DIE REFORM DER REFORM

Und so ist auch heute ein 45-jähriger Zaubertiger immer noch für Kinder und Eltern da. Am pädagogischen Konzept wurde im Laufe der Jahre einiges „überarbeitet, verfeinert, ergänzt und verworfen“, wie das Kinderladen-Team auf der Homepage schreibt. „Auch heute würden wir den Arbeitsstil als antiautoritär-demokratisch bezeichnen. Es sind zwar wieder mehr Regeln und Grenzen in die Alltagsarbeit eingeflossen, da man mit den Jahren merkte, dass die Radikalität der Reform nicht in allen Bereichen positive Auswirkungen auf die Kinder hatte …“ Aber nach wie vor gilt: „Das Kind besitzt eine Autonomie, aus welcher heraus es seine Bedürfnisse und Wünsche äußert. So ist der Tagesablauf zu einem großen Teil von den Kindern bestimmt. Ebenso wichtig ist es uns jedoch, den Teil des Kindes zu berücksichtigen, der auf den Erwachsenen angewiesen ist. Das heißt, ihm dort Anregungen zu verschaffen, wo es sich noch nicht auskennt, ihm Felder zu eröffnen, in denen es sich ausprobieren kann.“

Die Dokumentation zur Geschichte der GfJ mit vielen spannenden Dokumenten und Zeitungsartikeln ist zu finden auf www.gfj-frankfurt.de/Geschichte

GfJ und BVZ: ein starker Zusammenschluss

Mit mehr als 150 Einrichtungen und über 6.000 Betreuungsplätzen sowie etwa 2.000 Beschäftigten ist die gemeinnützige BVZ GmbH der größte freie Träger von Horten und Kitas in Frankfurt. Zu ihr gehören Krabbelstuben und Krippen, Kinderläden und Kindergärten, Schülerläden und Horte.

Die BVZ GmbH ist hervorgegangen aus der Gesellschaft für Jugendarbeit und Bildungsplanung e. V. (GfJ) und dem Verein zur Unterstützung berufstätiger Eltern e. V. sowie der Gesellschaft zur Förderung betrieblicher und betriebsnaher Kindereinrichtungen. Heute ist die GfJ e. V. alleinige Gesellschafterin der gemeinnützigen BVZ GmbH.

> www.bvz-frankfurt.de.

Weniger HIV-Infizierte, aber viele Vorurteile

Aktionstag der bundesdeutschen AIDS-Hilfen am 9. Juli 1988 in Frankfurt am Main unter dem Motto „Solidarität der Uneinsichtigen – Für eine menschliche AIDS-Politik“. Die Botschaft: „Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren in betroffene und nicht betroffene Menschen, in Einsichtige und Uneinsichtige, in Verantwortungslose und Verantwortungsvolle.“

Am Anfang stehen: Trauer – weil nahe Angehörige, Freunde oder Bekannte an AIDS gestorben sind und immer neue Opfer hinzukommen. Verzweiflung – weil dieser tückischen Krankheit nicht beizukommen ist. Und Wut – weil mit dem Ausbruch der Epidemie Ausgrenzung und Anfeindungen vor allem gegenüber schwulen Männern deutlich zunehmen. 1985 entsteht vor diesem Hintergrund die AIDS-Hilfe Frankfurt (AHF). Schon früh sensibilisiert sie mit ihrer Arbeit dafür, dass HIV über die medizinischen und gesundheitspolitischen Aspekte hinaus auch gesellschaftliche Herausforderungen mit sich bringt. Denn nicht nur das Virus bedroht die Menschen, sondern auch Diskriminierung und Ausgrenzung.

Führte eine HIV-Infektion in den ersten Jahrzehnten nach Ausbruch der Epidemie fast immer zu AIDS und meist zum Tod, so hat die Medizin inzwischen deutliche Fortschritte erzielt. Zwar ist die Krankheit immer noch nicht heil-, aber so gut behandelbar, dass im Blut keine Viren mehr nachweisbar sind und die Betroffenen eine gute Lebensqualität und nahezu eine normale Lebenserwartung haben. Auch die Zahl der Neu-Infizierten ist in Deutschland stetig gesunken, während weltweit die Lage deutlich schlechter aussieht. Das Robert-Koch-Institut schätzt, dass sich 2020 etwa 2.000 in der Bundesrepublik lebende Menschen angesteckt haben. Mitte der 1980er waren es mehr als 5.000 jährlich. Demnach lebten Ende 2020 rund 91.400 Menschen mit HIV in Deutschland.

Trotz gesunkener Ansteckungszahlen hat die Arbeit der AHF nicht an Bedeutung verloren. Neben den Angeboten für Menschen, die mit HIV leben, spielen vor allem Aufklärung, Prävention und auch Antidiskriminierungsarbeit eine wichtige Rolle. Bei der Studie „positive stimmen 2.0“ im Jahr 2021 berichteten immerhin 95 Prozent der Befragten von Ablehnung und Benachteiligung, Tratsch und Beleidigungen bis hin zu tätlichen Angriffen und Schuldzuweisungen. Oft werde HIV mit Homosexualität, negativ bewertetem Sexualverhalten und Drogenkonsum in Zusammenhang gebracht. Auch im Gesundheitswesen seien Diskriminierungen nicht selten. Im Krankenhaus bekämen Infizierte beispielsweise mitunter eine Extra-Toilette zugewiesen – obwohl normale Hygieneregeln völlig ausreichten, da als hauptsächlicher Übertragungsweg für das HI-Virus ungeschützter Sex gilt. Im Arbeitsleben herrsche immer noch die veraltete und falsche Vorstellung, dass Menschen, die mit HIV leben, weniger leistungsfähig oder häufiger krank seien.

Die AIDS-Hilfe Frankfurt und ihr Angebot

Die AHF hat sich schnell von der Selbsthilfe-Initiative zur professionellen Hilfsorganisation mit einem enorm großen Angebot entwickelt: Es reicht von der anonymen Telefonberatung bis zum Betreuten Wohnen, von der Aufklärung in Schulklassen bis zum Ort des Gedenkens, dem AIDS-Memorial im Peterskirchhof. Die AHF betreibt Einrichtungen wie maincheck, das Zentrum für Sexualität, Identität und Gesundheit, KISS, die Kriseninterventionsstelle für Stricher, und La Villa, eine Gemeinschaftsunterkunft für geflüchtete schwule junge Männer, aber auch Trans*-Personen und genderfluide Menschen. Nicht zu vergessen: das Switchboard, das einzige Café einer Aidshilfe, das seit 1988 als DER Treff für Schwule in Frankfurt gilt. Und das La Strada, das Drogenhilfezentrum im Frankfurter Bahnhofsviertel.

Sophia S. ist Sprecherin einer Selbsthilfe-Gruppe für Long-Covid-Betroffene

„Mama, du bist eine Kämpferin!“

Sophia S.* ist im November 2020 an Covid-19 erkrankt. Nach wenigen Tagen geht es ihr so schlecht, dass sie nachts mit dem Rettungswagen ins Klinikum Darmstadt gebracht werden muss. Doch die Behandlung bringt keine Besserung. Wie schlimm es um sie steht, wird der 50-Jährigen klar, als der Arzt auf der Intensivstation erklärt, sie müsse ins künstliche Koma gelegt werden. Ein Schlaf, von dem sie nicht weiß, ob sie je wieder daraus erwachen wird. „Mama, du bist eine Kämpferin. Du schaffst das“, gibt ihr der ältere ihrer beiden Söhne mit auf den Weg ins Ungewisse. Später wird sie erfahren, dass ihre Chancen zu überleben, auf 20 zu 80 geschätzt wurden. „Irgendwann habe ich realisiert, dass ich wieder Stimmen höre“, erinnert sich die Darmstädterin. Von da an geht es bergauf. Sie lernt, wieder selbst zu atmen, kommt in eine stationäre Reha.

Wer sie heute fragt, wie es ihr geht, hört ein „ganz okay“. Aber das ist die geschönte Sicht, gemessen am schlimmen Zustand, den sie überlebt hat. Ja, sie geht wieder arbeiten. Aber sie schafft bei weitem nicht mehr das Pensum, das sie früher schaffte. Sophia S. ist schnell erschöpft, hat Atemprobleme und Wortfindungsstörungen. Long Covid ist die Bezeichnung, die sich inzwischen dafür etabliert hat. Die Darmstädterin ist nicht (mehr) alleine damit. Sie hat eine Selbsthilfe-Gruppe gefunden, deren Sprecherin sie inzwischen ist. Es ist eine der ersten Selbsthilfegruppen für Betroffene von Long Covid, die in Hessen gegründet wurden. Ins Leben gerufen hat sie das Selbsthilfebüro Darmstadt der Paritätischen Projekte gGmbH. Regelmäßig trifft Sophia S. sich nun in Ober-Ramstadt mit anderen Long-Covid-Patient*innen. Gegenseitig geben sie sich Halt und Unterstützung. Ganz Junge sind dabei, Anfang 20, genauso wie Ältere jenseits der 70. Manche probieren neue Therapien aus, erzählen von ersten Fortschritten, die auch den anderen Hoffnung geben. „In der Gruppe verstehen die Leute einen. Sonst braucht man das niemand zu erzählen, wie es einem geht“, sagt Sophia. Was sie durchgemacht hat und immer noch durchmacht, sei für die meisten Außenstehenden kaum nachvollziehbar.

*Name geändert

Gesundheitliche Selbsthilfe

Zum Paritätischen Hessen gehören rund 140 Selbsthilfe-Organisationen zu gesundheitlichen und psychosozialen Themen. Das Spektrum reicht von der Alzheimer-Gesellschaft und der Aidshilfe bis hin zu Vereinen, die sich für Menschen mit sehr seltenen Erkrankungen beziehungsweise Behinderungen engagieren.

Darüber hinaus gibt es landesweit mehrere Hundert Selbsthilfe-Gruppen zu Themen wie ADHS, Krebs, Trauer, Sucht, Depression und Zwangserkrankungen. Deren Arbeit unterstützen auf vielfältige Weise sowohl die Selbsthilfekontaktstellen unter dem Dach der Paritätischen Projekte gGmbH in Darmstadt, Fulda, Groß-Gerau, Michelstadt und Offenbach als auch die Selbsthilfekontaktstellen in Frankfurt, Hanau und Gelnhausen sowie die Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen – KISS in Homberg (Efze). Das Unterstützungsangebot reicht von Hilfe bei der Gründung einer Selbsthilfegruppe über Beratung in finanziellen Fragen und Hilfe bei der Raumsuche bis zu Qualifizierungen für Gruppensprecher*innen.

Zu Beginn der Selbsthilfe-Bewegung war die Aufnahme der neuen Vereinigungen und Initiativen in den Verband keinesfalls selbstverständlich, wurde Wohlfahrtsarbeit doch hauptsächlich als wohltätiges Handeln für hilfebedürftige Menschen verstanden. Deren eigenständige Interessenvertretung eroberte sich jedoch bald eine feste Position im Paritätischen.

Die 1980er Jahre

Die fachliche Arbeit lebt auf

Erwin Stauss (links neben Paul Krahé) übernimmt 1983 für ein Jahr den Vorsitz des Paritätischen Landesverbands.

Mehr als zwei Millionen Arbeitslose in den Jahren 1984 bis 1988, Einschnitte ins soziale Netz und 1989 der Fall der Mauer kennzeichnen die 1980er Jahre in der Bundesrepublik. Nach dem Bruch der sozialliberalen Bundesregierung beginnt 1982 die Ära Helmut Kohl. Für den Paritätischen Hessen sind die 1980er Jahre das Jahrzehnt der Modernisierung und Expansion. Sie bringen große personelle Veränderungen und eine enorme Dynamik in der Entwicklung der Mitgliedschaft.

Die wichtigste Personalie in der Geschäftsstelle: Paul Krahé, seit 1957 in Personalunion Landesvorsitzender und Geschäftsführer, übergibt 1983 das Amt des Geschäftsführers an Günter Woltering, der aus Nordrhein-Westfalen kommt, wo er Einrichtungsleiter der Lebenshilfe in Bonn war. Auch als Landesvorsitzender tritt Krahé wenig später zurück. Dieses Amt übernimmt interimsmäßig Erwin Stauss, der ehemalige Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. Am 29. Oktober 1984 wird Paul Marx, der damalige Geschäftsführer des Frankfurter Vereins für soziale Heimstätten, als neuer Vorsitzender gewählt.

> *„Dass stationäre und ambulante Einrichtungen im Paritätischen an einem Tisch sitzen, daran mussten sich damals manche erst gewöhnen.“*
>
> Heidi Schlütter

Die neue Führungsspitze des Paritätischen Hessen spielt sich schnell ein und bringt eine neue Dynamik ins Verbandsgeschehen. War anfangs mit nur drei Angestellten in der Geschäftsstelle die wirtschaftliche Existenzsicherung des Paritätischen und seiner Mitgliedsorganisationen zentrale Aufgabe, so gewinnt die fachliche Arbeit an Bedeutung und wird intensiviert. Dies schlägt sich ab Mitte der 1980er Jahre auch im Aufbau von Fachreferaten nieder, die den Bedürfnissen der immer vielfältiger werdenden Mitgliedschaft Rechnung tragen. So werden 1985 Manfred Weißer für Wirtschaft, Recht und Pflegesatz und Heidi Schlütter für den Bereich „Soziale Arbeit“ als erste Fachreferent*innen eingestellt. Heidi Schlütter hat ein Riesen-Referat, zu dem Alten- und Behindertenhilfe ebenso gehören wie Kinder- und Jugendhilfe, Suchtkrankenhilfe und der Gesundheitsbereich. Im Laufe der nächsten Jahre werden weitere Referent*innen eingestellt, die Zahl der Fachreferate wächst und ermöglicht die weitere Ausdifferenzierung der fachlichen Arbeit. Im Januar 1989 übernimmt Peter Miessner die Zuständigkeit für die verbandliche Organisation und Verwaltung, die er bis heute als stellvertretender Geschäftsführer innehat.

Parallel zum Ausbau der Landesgeschäftsstelle schärft der Paritätische sein Profil in den Regionen. Hessenweit konstituieren sich 14 Kreisgruppen. Den Anfang machen Frankfurt und Kassel. Zu ihren Aufgaben gehört es zum einen, den Informations- und Erfahrungsaustausch sowohl unter den Mitgliedsorganisationen als auch innerhalb der Verbandsstrukturen zu organisieren. Aber auch die Interessenvertretung in den Regionen ist eine zentrale Aufgabe. Dazu zählt unter anderem auch die Teilnahme an öffentlichen Ausschuss-Sitzungen auf Kreisebene. Eine eigene Kreisgruppenordnung wird 1986 beschlossen.

Eine Vielzahl von Selbsthilfegruppen, Träger der häuslichen Krankenpflege und Sozialstationen schließen sich dem Verband an. Ebenso viele neu entstandene Frauenhäuser und -beratungsstellen sowie Frauen- und Mädchen-Initiativen. Die Mitgliederzahlen schießen nach oben: Zu Beginn dieses Jahrzehnts zählt der Landesverband Hessen knapp 170 Mitgliedsorganisationen, Mitte der 1980er sind es schon 230. Diese Zahl verdoppelt sich zum Ende des Jahrzehnts nahezu.

ZIVILDIENST UND FSJ GEWINNEN AN BEDEUTUNG

Der Verband übernimmt neue Aufgabenfelder wie die Verwaltung des Einsatzes von Zivildienstleistenden und jungen Menschen im Freiwilligen Sozialen Jahr. Denn in immer mehr Mitgliedsorganisationen sind Zivildienstleistende und FSJler aktiv.

Mit der deutschen Wiedervereinigung 1989 kommen neue Aufgaben auf den Paritätischen Hessen zu. Der Verband und viele seiner Mitgliedsorganisationen sehen sich gefordert, den Aufbau des Paritätischen Landesverbands Thüringen zu unterstützen.

Der erste Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbands macht unter dem Titel „… wessen wir uns schämen müssen in einem reichen Land …“ auf die bedrückend hohe Zahl der Menschen aufmerksam, die in Deutschland und auch in Hessen in Armut leben, weil sie längerfristig arbeitslos sind, alleinerziehend, kinderreich oder psychisch krank oder eine Behinderung haben.

Der Paritätische Hessen schafft erste Fachreferate

Heidi Schlütter war Bildungsreferentin bei der Landesarbeitsgemeinschaft der Clubs Behinderter und ihrer Freunde Nordrhein-Westfalen e. V., ehe sie 1985 zum Paritätischen Hessen kommt. Bis zu ihrem Renteneintritt im Jahr 2014 erlebt Heidi Schlütter eine enorme Entwicklung der fachlichen Arbeit. Ein Beispiel dafür ist der Bereich der Behindertenhilfe. Zum „UN-Jahr der Behinderten“ 1981 fordert die Emanzipationsbewegung von Menschen mit Behinderung, die sich selbst provokativ auch als „Krüppelbewegung“ bezeichnet, Selbstbestimmung statt Bevormundung und ein Ende der Mitleidskultur. Sie forciert einen Paradigmenwechsel: Aus „Behinderten“ werden „Menschen mit Behinderung“, die sich verstärkt auch selbst organisieren und ambulante Angebote schaffen, wie beispielsweise der Kasseler Verein zur Förderung der Autonomie Behinderter, fab e. V., der Cebeef und der Verein zur Förderung der Inklusion behinderter Menschen – fib e. V.

Manchmal lange und diskussionsreiche Prozesse

„Dass stationäre und ambulante Einrichtungen im Paritätischen an einem Tisch sitzen, daran mussten sich damals manche erst gewöhnen“, erinnert sich Heidi Schlütter. „Aber das ist ja das Besondere am Paritätischen, dass er sich bemüht, die verschiedenen Facetten sozialer Arbeit unter einen Hut zu bekommen, auch wenn es manchmal langer und diskussionsreicher Prozesse bedarf, um in den Fachgremien einen Konsens zu entwickeln, den der Verband dann beispielsweise gegenüber der Landespolitik vertreten kann. Und manchmal ist es auch einfach seine Aufgabe, darzustellen, dass es innerhalb der Mitgliedschaft unterschiedliche Auffassungen gibt. Es gibt eben viele Fragestellungen, die nicht klar mit Ja und Nein zu beantworten sind.

Der Paritätische ist ein sehr bunter Verband. Eines der wichtigsten Prinzipien ist, dass wir Strukturen unterstützen, die sich an den individuellen Bedürfnissen der Menschen orientieren.“

Mit alten Booten auf neuem Kurs

Persenning? Nie gehört oder gelesen? In Marburg entstehen aus dem wasserdichten Stoff, der oft für Bootsabdeckungen genutzt wird, trendige Schultertaschen, Kulturbeutel und vieles mehr. Genäht werden sie in einem Projekt von Arbeit und Bildung e. V. Es hilft Menschen, die im Job oder im Leben gestrandet sind, wieder auf Kurs zu kommen.

Filmausschnitt aus der Reportage des Hessischen Rundfunks über die Marburger Bootswerft. Links im Bild Jürgen, der nach mehr als 20 Jahren ohne Arbeit wieder den Einstieg ins Berufsleben schaffen will.

Wer bei der „Marburger Bootswerft" anheuert, kann in zwei Richtungen segeln: Die eine ist die Holzbearbeitung, dazu gehört beispielsweise, Segel- und Motorboote zu sanieren und zu restaurieren. Die andere Richtung ist die Textilverarbeitung. Seit Oktober 2006 betreibt Arbeit und Bildung e. V. die Marburger Bootswerft samt Textilwerkstatt in Cölbe bei Marburg.

Jürgen ist Anfang 50. Lange alkoholabhängig, spielsüchtig, arbeitslos und seit 20 Jahren ohne festen Wohnsitz. Nun ist er bei den Boots-Sanierern gelandet. Er hat dort entdeckt, dass er etwas anpacken und dranbleiben kann. Ebenso wie Feinmechaniker Dennis, in dessen Lebenslauf ein paar Dinge stehen, die sich bei der Jobsuche ungünstig auswirken. Und auch Julia, eine alleinerziehende Mutter, die lange aus dem Berufsleben heraus war und sich selbst nicht mehr viel zugetraut hat, sammelt Erfolgserlebnisse.

MASSNAHMEN UND MENSCHLICHKEIT VERBINDEN

Die Offenheit, mit der diese drei Menschen in einer sehr sehenswerten Reportage des Hessischen Rundfunks von sich und ihren Erfahrungen berichten, kommt nicht von ungefähr. Sie hat viel mit dem Verein zu tun, zu dem sie vom Jobcenter des Kreises Marburg geschickt wurden, und mit dem „Betriebsklima", der engen Verbindung von Maßnahmen und Menschlichkeit. Offen sein für Menschen mit den unterschiedlichsten Biografien und Unterstützungsbedarfen, aber auch für deren Potenziale, das ist Arbeit und Bildung e. V. wichtig. Offen sein für scheinbar seltsame Ideen wie eine Schiffswerft mitten im Inland als Arbeitsförderungsmaßnahme. Sich vom Auf und Ab bei den staatlichen Finanzierungen und Förderinstrumenten nicht entmutigen lassen. All das hat den Verein in fast 40 Jahren zu einem großen erfolgreichen gemeinnützigen Träger von Bildungsprojekten und Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt gemacht.

> *Wir stehen dafür, dass alle Menschen die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe und für ein selbstbestimmtes Leben haben.*
>
> Kordula Weber, Geschäftsführerin Arbeit und Bildung e. V.

Vielfalt und Kreativität prägen das Programm des Vereins. Dabei zeigt Arbeit und Bildung e. V. immer ein klares Profil bei gesellschaftlichen und politischen Fragen und Haltungen. So wurde beispielsweise das Projekt „Gemeinsam stark gegen Rassismus" 2021 beim Hessischen Integrationspreis mit Bronze ausgezeichnet. „Wir stehen dafür, dass alle Menschen die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe und für ein selbstbestimmtes Leben haben. Das schließt Rassismus und Diskriminierung aus", sagt Kordula Weber, die mit Angelika Funk 2021 die Nachfolge von Geschäftsführer Rainer Dolle angetreten hat. Der Gründungsvater von Arbeit und Bildung e. V. stand mehr als dreieinhalb Jahrzehnte an der Spitze des Sozialunternehmens und hat nicht zuletzt als engagierter Netzwerker auch innerhalb des Paritätischen große Verdienste erworben.

> www.arbeit-und-bildung.de

Arbeit und Bildung e. V.

Rund 150 Pädagog*innen, Lehrer*innen, Ausbilder*innen und Verwaltungsfachkräfte engagieren sich bei Arbeit und Bildung e. V. in der Fortbildung, in Berufsvorbereitung und Berufsorientierung, in einer Produktionsschule, in Beschäftigungsprojekten, gemeinnützigen Zweckbetrieben und einer Inklusionsfirma. Im Netzwerk „BLEIB in Hessen II" unterstützt Arbeit und Bildung Menschen mit Fluchterfahrung bei der Suche nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen und im Projekt „In Würde Teilhaben" stehen isoliert lebende ältere Menschen im Mittelpunkt, deren soziale Einbindung der Verein verbessern will.

In weiteren Projekten geht es um Jugendliche und Ausbildung und um europaweiten Austausch. Betriebe werden im Diversity-Management beraten, Frauen beim Wiedereinstieg in den Beruf und Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen bei der Integration unterstützt. In Fotos und Erzähltexten aus dem Projekt „Lebenswelten" zeigen Frauen mit Fluchterfahrung ihre Geschichte und machen gemeinsam mit der Waggonhalle Marburg daraus ein beeindruckendes Theaterstück.

Neustart in ein Leben ohne Gewalt

Das Erbacher Frauenhaus ist Zufluchtsort für Frauen und Kinder

Das erste Frauenhaus in der Bundesrepublik Deutschland wurde 1976 in West-Berlin eröffnet. Kurze Zeit später folgte das erste hessische Frauenhaus in Kassel. Derzeit gibt es 31 Frauenhäuser in Hessen. 16 davon gehören zum Paritätischen. Häufig müssen die Schutzhäuser Opfer von häuslicher Gewalt abweisen, weil in Hessen rund 300 Familienzimmer mit etwa 800 Betten fehlen. Durch die Wohnungsnot müssen zudem viele Frauen länger in den Schutzhäusern bleiben als eigentlich nötig.

Erst einmal zur Ruhe zu kommen und in Gesprächen mit den Betreuerinnen ernst genommen zu werden hat mir gut getan", sagt Nina K. „Der warme Empfang von den Bewohnerinnen des Hauses und zu begreifen, dass außer mir noch andere Frauen in ähnlicher Situation sind, hat mir mein Schamgefühl genommen." Bevor sie ins Erbacher Frauenhaus kam, hat die 32-Jährige viel durchgemacht. Die Entscheidung zur Trennung war ihr nicht leicht gefallen, obwohl klar war, dass sie mit ihrem Partner nach dessen Gewaltausbrüchen nicht länger zusammenleben konnte. „Im Frauenhaus hatte ich eine persönliche Betreuerin, die mir kompetenten Rat gab. Sie hat mich sehr gut verstanden und hielt auch das Auf und Ab meiner Gefühle aus", erinnert sich Nina K.. Die Unterstützung durch das Frauenhaus-Team hat sie gestärkt. Sie hat neues Selbstvertrauen und Selbstwertgefühl gewonnen und ist zuversichtlich, auch schwierige Situationen in ihrem Leben meistern zu können.

Die Erfahrung von Nina K. steht beispielhaft für viele Lebensgeschichten von Frauen, die mit Unterstützung des Erbacher Frauenhaus-Teams eine positive Wendung genommen haben. Gegründet wird das Erbacher Frauenhaus 1989 vom Verein Odenwälder Frauenhaus. „Wenige Tage nach der Eröffnung war es schon voll belegt", erzählt Carola Dröse vom Frauenhaus-Team. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Im Jahr 2000 kommt eine Beratungsstelle als „Außenstelle des Frauenhauses" hinzu, die heute auch als Interventionsstelle fungiert. Diese bietet auch sogenannte pro-aktive Beratung für Frauen direkt nach einem Polizeieinsatz wegen häuslicher Gewalt an.

Nicht nur für Frauen, auch für deren Kinder ist das Frauenhaus ein Zufluchtsort. Denn auch sie sind Opfer der Gewalt zu Hause. Die Not der Mütter mitzuerleben oder gar selbst direkt Gewalt zu erfahren gefährdet massiv das Wohl der Mädchen und Jungen. Im Frauenhaus finden sie Hilfe und Unterstützung, um die oft traumatischen Erlebnisse zu verarbeiten und Vertrauen in sich, andere und in die Zukunft (wieder-)aufzubauen. Die Mitarbeiterinnen im Frauenhaus helfen den Müttern zudem dabei, einen neuen Kindergarten-Platz oder eine neue Schule für ihre Kinder zu finden, und unterstützen sie beim Kontakt mit Anwält*innen und Gerichten.

KRISENZEIT ÜBERSTANDEN

2003 müssen Frauenhaus und Beratungsstelle die sogenannte „Operation sichere Zukunft" der Regierung Koch überstehen. Das rigorose Sparprogramm der hessischen CDU-Landesregierung bringt die ohnehin latent schlecht finanzierten Frauenhäuser an ihre existenziellen Grenzen. Doch nicht zuletzt auch dank der politischen und fachlichen Unterstützung des Paritätischen Landesverbands und großer Solidarität vor Ort übersteht das Frauenhaus die Krisenzeit.

Eine kostendeckende Finanzierung der Frauenhaus-Arbeit ist bis heute – deutschlandweit – ein unerreichtes Ziel. Mit dem Rückenwind der Istanbul-Konvention, dem Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt, hat sich zwar einiges bei den Rahmenbedingungen verbessert. Doch die Finanzierung von Frauenhäusern auf der Grundlage einzelfallbezogener Tagessätze statt einer institutionellen Förderung ist immer noch ein grundlegendes Problem – so auch in Erbach.

Im neuen Frauenhaus gibt es auch ein barrierefreies Zimmer.

„Für Frauen, die den Schutz eines Frauenhauses benötigen, aber aus unterschiedlichen Gründen keinen Anspruch auf staatliche Leistungen haben, ist der Zugang zu Schutz und Hilfe extrem erschwert", sagt Frauenhaus-Mitarbeiterin Tina Meier. Denn das aufnehmende Frauenhaus muss nicht nur die Einnahmeausfälle kompensieren, sondern zusätzlich auch die Kosten für den täglichen Bedarf der jeweiligen Frau oder Familie übernehmen. An der Finanzmisere ändert auch die Tatsache nichts, dass das Frauenhaus Zuwendungen einiger Kommunen aus dem Odenwaldkreis und seit 2015 auch zusätzliche kommunalisierte Landesmittel erhält. Und so liegt die personelle Ausstattung des Frauenhauses noch immer weit unter den vom Paritätischen oder der bundesweiten Frauenhauskoordinierung als notwendig erachteten Standards.

ES FEHLT GELD FÜR MEHR PERSONAL

Gleichwohl gelingt es mit enormer Kraftanstrengung, das mit vielen Baumängeln behaftete alte Frauenhaus durch einen Neubau zu ersetzen, der Ende 2020 bezogen werden kann. Mehr als 700.000 Euro wirbt der Verein dafür an Spenden und sonstigen Zuwendungen ein. Und auch der Paritätische Landesverband unterstützt das Team bei der Planung des Neubaus. Mit dem neuen Schutzhaus sind nun die räumlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass der Odenwald entsprechend der Bevölkerungszahl die laut Istanbul-Konvention erforderlichen 23 bis 26 Betten vorhalten kann. Da es bislang keine Finanzierung für zusätzliches Personal für die Unterstützung und Betreuung weiterer Frauen und Kinder sowie für die wichtige Vernetzungsarbeit gibt, sind es derzeit aber nur 18 Betten. Doch das starke Frauenhaus-Team ist zuversichtlich, dass irgendwann alle möglichen Kapazitäten für schutzsuchende Frauen zur Verfügung stehen.

> www.frauenhaus-erbach.de

Schutzengel für Mädchen in Not

Das FeM Mädchenhaus bietet schnelle, unbürokratische Hilfe

Gewalt gegen Mädchen ist immer noch ein Tabuthema in unserer Gesellschaft", sagt Krimi-Autorin Nele Neuhaus. Sie will dazu beitragen, dass sich das ändert – als prominenter Schutzengel des FeM Mädchenhauses in Frankfurt am Main. Das FeM Mädchenhaus vereint eine Vielzahl von Unterstützungsangeboten für Mädchen und junge Frauen unter einem institutionellen Dach: Dazu gehören eine Mädchenzuflucht, ein Mädchentreff und verschiedenste niedrigschwellige Beratungsangebote, aber auch Projekte zum Empowerment von Mädchen.

Die Schutzengel-Aktion, deren Schirmherrin Nele Neuhaus ist, wurde 2010 ins Leben gerufen, um die Arbeit des FeM Mädchenhauses und der Zuflucht in Frankfurt langfristig finanziell zu sichern. Das vom Verein betriebene Haus an einem geheim gehaltenen Ort in Frankfurt ist rund um die Uhr offen für Mädchen und junge Frauen im Alter von zwölf bis 17 Jahren, wenn sie in Not- und Krisensituationen kurzfristig Unterkunft, Betreuung und Schutz vor Bedrohung benötigen.

Krimi-Autorin Nele Neuhaus gehört zu den Schutzengeln des FeM Mädchenhauses in Frankfurt am Main.

FINANZIELLE EINBRÜCHE DURCH DIE CORONA-PANDEMIE

Um Mädchen schnell und unbürokratisch Schutz vor psychischer, körperlicher oder sexualisierter Gewalt bieten zu können, ist der Trägerverein auf Spenden angewiesen. Die Schutzengel – das können auch Firmen sein – helfen mit einem regelmäßigen Obolus, dass eine gewisse Summe zuverlässig für die Finanzierung der Arbeit zur Verfügung steht. Die Corona-Pandemie hat das umso wichtiger gemacht. „Viele Benefizveranstaltungen und Kooperationen mussten abgesagt werden", sagt Nicole Kreja, die bei FeM für Fundraising und Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist. Gleichzeitig ist die Zahl der Mädchen und jungen Frauen gestiegen, die Hilfe suchen.

WICHTIGE MULTIPLIKATOR*INNEN

Die Schutzengel helfen nicht nur finanziell, sie sind auch eine wichtige Unterstützung für die Öffentlichkeitsarbeit von FeM e. V. Dazu Nicole Kreja: „Unsere Schutzengel sind auch Multiplikator*innen, indem sie auf das Thema Gewalt an Mädchen und jungen Frauen aufmerksam machen." Sexualisierte Gewalt sei ein sehr komplexes Thema, das betroffen mache und nicht selten Ängste auslöse. „Uns ist es deswegen wichtig, genaue Einblicke in unsere Arbeit zu geben", sagt Nicole Kreja. „Zum Beispiel: Wie unterstützen unsere Pädagoginnen Mädchen in Not? Welche Formen der Gewalt gibt es? Warum sind Mädchen mehr betroffen als Jungen?"

Feministische Mädchenarbeit e. V.

Der Verein Feministische Mädchenarbeit e. V. (FeM e. V.) wurde 1986 in Frankfurt am Main von Frauen gegründet, die sich in autonomen Frauenprojekten, in Mädchenwohngruppen und in der Jugendarbeit engagierten. Seit 1990 betreibt der Verein das FeM Mädchenhaus, in dem rund 25 Mitarbeiterinnen für Mädchen und junge Frauen da sind. Finanziert wird die Arbeit zum Teil durch Zuwendungen der Stadt Frankfurt am Main und des Landes Hessen sowie über einzelfallbezogene Mittel von Jugendämtern, die aber bei weitem nicht alle Kosten decken.

Jede Menge Infos über die Arbeit von FeM gibt es auf www.fem-maedchenhaus.de. Zudem gibt ein Film Einblick in die Arbeit der Mädchenzuflucht: www.fem-schutzengel.de/news/neuer-film-gibt-einblicke-die-maedchenzuflucht.

> www.fem-schutzengel.de

Liebe, Sex und Schwangerschaft

Pro familia ist in ganz Deutschland ein Begriff, wenn es um sexuelle Aufklärung, Verhütung, Familienplanung und sexuelle Selbstbestimmung geht. 1952 wird in Kassel die Deutsche Gesellschaft für Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexualberatung e. V. gegründet, Ende 1961 öffnet die erste Beratungsstelle des Ortsverbands Frankfurt. In Hessen hat pro familia heute 14 Kreis-, Bezirks- oder Ortsverbände, 22 Beratungsstellen und ein medizinisches Zentrum. Neben Themen wie Verhütung, Kinderwunsch, finanzielle Notlagen, Schwangerschaftskonflikten und Sexualität geht es auch um medizinische, sozialrechtliche und psychologische Fragen wie vorgeburtliche Diagnostik, Brustkrebs und seine Früherkennung, Wechseljahre, Mutterschutz, Elterngeld, Kinderbetreuung, Trennung und Scheidung sowie Beziehungsprobleme. Für Frauen mit einer Behinderung hat pro familia Frankfurt eine barrierefreie gynäkologische Sprechstunde und ist damit eine der wenigen Anlaufstellen für diese Zielgruppe im ganzen Bundesgebiet.

DEMONSTRATIONEN VOR BERATUNGSSTELLE

Auch Projekte zur sexuellen Bildung in Schulen, Förderschulen, Wohneinrichtungen und Werkstätten der Behindertenhilfe gehören zum Angebot. Ebenso wie Fortbildungen für Fachkräfte von der Kita bis zur Altenpflegeeinrichtung. Für Schlagzeilen sorgen diese Angebote allerdings kaum. Ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerät dagegen regelmäßig die Arbeit als anerkannte Beratungsstelle nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz. Denn seit Jahren sind Schwangere und Mitarbeitende vor der Beratungsstelle von pro familia Frankfurt mit Mahnwachen von Abtreibungsgegner*innen sowie deren Parolen, Gebeten und Gesängen konfrontiert. Inzwischen sind die Demonstrationen der religiösen Fundamentalist*innen Gegenstand einer rechtlichen Auseinandersetzung. Fanden die Mahnwachen anfangs noch vor der Tür der Beratungsstelle statt, mussten sich die Abtreibungsgegner*innen seit 2019 während der Öffnungszeiten außer Sicht- und Rufweite platzieren. Die damaligen Einschränkungen der Stadt Frankfurt stufte das Verwaltungsgericht Frankfurt jedoch mit Bezugnahme auf die Versammlungsfreiheit als rechtswidrig ein. Die Stadt Frankfurt kündigte an, dagegen in Berufung gehen zu wollen. Ursula auf der Heide, Vorsitzende von pro familia Frankfurt am Main, sagt, es bestehe die Gefahr, dass Frauen dermaßen abgeschreckt würden, dass sie den Gang in die Beratungsstelle scheuten und die Frist für einen möglichen Schwangerschaftsabbruch nicht einhalten könnten. Die Politik müsse dringend tätig werden und den Versuch der Einflussnahme von Ratsuchenden vor Beratungsstellen verbieten.

Reform des Paragrafen 218 gefordert

pro familia fordert von der Politik eine moderne, umfassende gesetzliche Regelung des Schwangerschaftsabbruchs außerhalb des Strafgesetzbuchs. Die Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs gefährde die Gesundheit von ungewollt Schwangeren in Deutschland. Der Paragraf 218 wurde 1871 ins Strafgesetzbuch aufgenommen und erklärte Schwangerschaftsabbrüche für grundsätzlich strafbar. Nach der heute gültigen Regelung ist ein Schwangerschaftsabbruch zwar immer noch rechtswidrig, er wird aber nicht bestraft, wenn er innerhalb der ersten zwölf Schwangerschaftswochen erfolgt. Dies ist gebunden an die Pflicht der Frau, sich von einer autorisierten Stelle beraten zu lassen und drei Tage Bedenkzeit einzuhalten. Nicht rechtswidrig sind Schwangerschaftsabbrüche, wenn medizinische oder kriminologische Gründe vorliegen, eine Frau also zum Beispiel durch eine Vergewaltigung schwanger ist.

Freizeit-Spaß beim inklusiven Dart-Treff

Ehrenamt für Alle

Ein Projekt des fab e. V.

Menschen mit Behinderung werden noch allzu oft einseitig wahrgenommen als hilfs- und unterstützungsbedürftig. Dabei sind viele nicht nur etwa in Familie oder Beruf aktiv, sondern engagieren sich darüber hinaus auch ehrenamtlich für andere. Dabei müssen sie jedoch oft hohe Hürden überwinden. Nicht nur bauliche Barrieren sind das Problem, häufig müssen die Betroffenen auch für Assistenzleistungen oder Hilfsmittel kämpfen, die ihnen ehrenamtliche Tätigkeiten ermöglichen.

Um ehrenamtliches Engagement von Menschen mit Beeinträchtigung zu fördern, hat der Verein zur Förderung der Autonomie Behinderter, fab e. V. in Kassel 2017 das Projekt „Ehrenamt für Alle" gestartet. Dank finanzieller Förderung der Aktion Mensch über insgesamt fünf Jahre konnte ein breit gefächertes Beratungs-, Kurs- und Veranstaltungsangebot entwickelt werden. Zum einen für Menschen mit Behinderung, die sich ehrenamtlich betätigen möchten, zum anderen aber auch für Koordinator*innen der Freiwilligenarbeit, die sich über eine Einbeziehung von ehrenamtlich Aktiven mit Behinderung informieren möchten.

MUT MACHEN

Wie kann ehrenamtliches Engagement von Menschen mit Behinderung aussehen? „Ganz vielfältig", sagt Beraterin Christina Kirks, die selbst behindert ist und eigene Erfahrungen mit unterschiedlichen ehrenamtlichen Tätigkeiten hat. Da ist zum Beispiel die junge Rollstuhl-Nutzerin, die regelmäßig den Bewohner*innen einer Einrichtung für Senior*innen vorliest. Oder die fast blinde Psychologie-Studentin, die beim Roten Kreuz mit Unterstützung einer sehenden Kraft als Erste-Hilfe-Ausbilderin tätig ist. Beispiele wie diese machen Mut. Und sie können helfen, Vorbehalte in Vereinen und Organisationen abzubauen. Auch viele Freizeitangebote des fab e. V. werden zum großen Teil von ehrenamtlich Engagierten mit und ohne Behinderung organisiert, wie etwa ein inklusiver Dart-Treff, der von einem ehrenamtlichen fab-Mitarbeiter ins Leben gerufen wurde, der selbst gehbehindert ist. Diese Aktivitäten finden überwiegend im freiRAUM statt, einem inklusiven barrierefreien Treffpunkt des fab e. V.

MENSCHEN MIT BEHINDERUNG ALS EXPERT*INNEN IN EIGENER SACHE

„Häufig werden Menschen mit Behinderung in erster Linie als Hilfeempfänger*innen wahrgenommen und nicht als engagierte Bürger*innen, die anderen etwas zu geben haben. Unser Projekt soll auch zu einem Bewusstseinswandel beitragen", betont Projektleiterin Birgit Schopmans, die von Geburt an sehbehindert ist und vor 20 Jahren erblindete. Die fab-Mitgründerin ist neben der Projektleitung hauptsächlich Ansprechpartnerin in der Informations- und Kontaktstelle des Vereins. Seit 30 Jahren berät sie als Peer-Counselerin Menschen mit Behinderung. Der Begriff Peer Counseling kommt aus den USA und meint die Beratung von Betroffenen für Betroffene. Menschen mit Behinderung können aufgrund ihrer eigenen Erfahrung anderen glaubwürdig Mut machen. Sie sind Expert*innen in eigener Sache. Das bringt eine besondere Qualität der Beratung. Die eigene Betroffenheit alleine reicht aber nicht aus, um professionell beraten zu können. Darum wurde eine einjährige Qualifikation entwickelt, an der auch Berater*innen des fab e. V. mitgewirkt haben, die eine Behinderung haben. Lehrinhalte sind unter anderem die Reflexion der eigenen Behinderung, Gesprächsführungstechniken und behindertenrechtliche Aspekte.

> *Unser Projekt soll auch zu einem Bewusstseinswandel beitragen.*
>
> fab-Mitgründerin Birgit Schopmans

Verein zur Förderung der Autonomie Behinderter

Der Verein zur Förderung der Autonomie Behinderter, fab e. V., wurde 1987 von Menschen mit Behinderung gegründet. Er unterstützt Menschen mit Behinderung dabei, ihr Leben selbstbestimmt nach ihren eigenen Vorstellungen, Wünschen und Bedürfnissen leben zu können.

Dafür hat die Selbstvertretungsorganisation ein breit gefächertes Beratungs- und Dienstleistungsangebot aufgebaut und vertritt auch auf politischer Ebene die Interessen von Menschen mit Behinderung. Heute beschäftigt der fab e. V. einschließlich der Kräfte im Assistenzdienst für Menschen mit Behinderungen etwa 600 Mitarbeiter*innen, von denen viele selbst eine Behinderung haben. Um Vorstandsmitglied zu werden, ist eine Behinderung Voraussetzung. Der Verein ist Mitgliedsorganisation des Bundesverbands Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben Deutschland und hat seinen Sitz im „Zentrum für selbstbestimmtes Leben Behinderter" in Kassel.

> www.fab-kassel.de

Der Verband schärft in den 1990er Jahren sein sozialanwaltschaftliches Profil unter anderem mit Veranstaltungsreihen zu den Themen „Sozialstaat heute", „Armutszeugnis Kind" und einem Fachsymposium „Frauen in Wohnungsnot", bei dem dieses Foto entstand.

Die 1990er Jahre

Licht und Schatten

Der Landesverband Hessen unterstützt zu Beginn des Jahrzehnts aktiv den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen in der ehemaligen DDR. Vorstandsmitglied Rolf Gerking vom Albert-Schweitzer-Kinderdorf in Wetzlar wird für die Jahre 1990 bis 1992 als Geschäftsführer zum neuen Paritätischen Landesverband Thüringen entsandt, um die dortige Pionierarbeit zu unterstützen. Geschäftsführer Günter Woltering unternimmt manche Tour mit dem Wohnmobil ins Nachbar-Bundesland, wo er mit seinem Know-how zu rechtlichen und fachlichen Fragen der freien Wohlfahrtspflege sehr willkommen ist.

*Die Zahl der Mitgliedsorganisationen steigt über 700. 1.500 Betriebe und 33.000 Mitarbeiter*innen gehören am Ende des Jahrzehnts zum Paritätischen. Damit ist er der zweitgrößte Wohlfahrtsverband in Hessen.*

In der ersten Hälfte des Jahrzehnts kann der Verband sein Leistungsspektrum erweitern. Neue Fachreferent*innen kommen hinzu – unter anderem für die Bereiche Altenhilfe, Gesundheitswesen, Frauen- und Mädchenarbeit sowie Migrant*innen und Öffentlichkeitsarbeit. Auch die betriebswirtschaftliche und rechtliche Beratung sowie das Controlling werden ausgeweitet. Denn immer mehr Mitgliedsorganisationen entwickeln sich vom kleinen Verein zum großen Dienstleistungsunternehmen mit entsprechendem Beratungsbedarf.

An der Verbandsspitze gibt es 1994 einen Wechsel: Als Nachfolgerin von Paul Marx wird das langjährige Vorstandsmitglied Anne Franz zur neuen Vorsitzenden gewählt. Sie hat den Darmstädter Pflege- und Sozialdienst e. V. zu einem erfolgreichen Sozialunternehmen gemacht und bringt einen breiten Erfahrungsschatz für das neue Amt mit. Am 12. September 1997 feiert der Landesverband sein 50-jähriges Bestehen mit einem Tag der offenen Tür und einer Feierstunde in der Körnerwiese.

Der Paritätische – stark in der Region

Die Arbeit der Kreisgruppen wird immer mehr durch Geschäftsstellen mit hauptamtlichen Kräften unterstützt, um den Wünschen der Mitgliedsorganisationen nach Ansprechpartner*innen und Service vor Ort gerecht zu werden. Zum Ende des Jahrzehnts gibt es Kreisgeschäftsstellen in Darmstadt (auch für den Landkreis Darmstadt-Dieburg und die Kreisgruppe Odenwald zuständig), in Kassel, Marburg-Biedenkopf (mit einer Außenstelle in Gießen) sowie in Frankfurt und Offenbach.

In den Jahresbericht des Paritätischen Landesverbands ziehen Fotos ein.

SOZIALE ARBEIT UNTER FINANZIERUNGSVORBEHALT

Angesichts der staatlichen Finanzkrise stehen immer mehr Aufgaben der sozialen Arbeit unter Finanzierungsvorbehalt, freiwillige Leistungen werden gekürzt oder gestrichen. Die vom Verband lange geforderte Pflegeversicherung kommt zwar, verfehlt aber letztlich das zentrale Ziel, die pflegebedingte Sozialhilfeabhängigkeit zu verhindern. Mehrere Gesundheitsreformen werden beschlossen, vielfach verbunden mit Leistungskürzungen und privaten Zuzahlungen. In den Rahmenvertrags- und Entgeltverhandlungen zwischen den Wohlfahrtsverbänden und Krankenkassen oder überörtlichen Sozialhilfeträgern beziehungsweise Ministerien stehe immer seltener die menschliche Komponente im Fokus, beklagt der Verband. Er sieht das Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für viele Menschen zunehmend infrage gestellt. Obwohl die Arbeitslosigkeit zeitweise auf ein Rekordhoch von mehr als viereinhalb Millionen Menschen klettert, sind die Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einem unverantwortlichen Auf und Ab bei der Finanzierung ausgesetzt, das die Bemühungen zur Arbeitsmarktintegration insbesondere von Langzeit-Arbeitslosen erschwert.

Veranstaltung des Paritätischen Hessen im Jahr 1999

Fachgruppen und Arbeitskreise

Die Fachgruppen und Arbeitskreise zu einem breiten Spektrum der sozialen Arbeit spielen im Verband eine wichtige Rolle: Hier bringen die Mitgliedsorganisationen ihre Erfahrungen aus der Praxis ein, werden Themen für Fachtagungen und Symposien generiert und oftmals Grundlagen für politische Forderungen des Verbands miterarbeitet, beispielsweise für Wahlprüfsteine zu Kommunal- und Landtagswahlen, aber auch im Hinblick auf sozialpolitische Entscheidungen auf europäischer Ebene. Ab 1997 wird diese wichtige Rolle einmal mehr unterstrichen durch neu etablierte Treffen der Fach- und Kreisgruppen-Sprecher*innen.

DAS ASYLRECHT WIRD EINGESCHRÄNKT

Infolge der Kriege in den ehemals jugoslawischen Staaten steigt die Zahl der Asylanträge Anfang der 1990er Jahre sprunghaft an. Der Rassismus wächst und findet traurige Höhepunkte in den todbringenden Brandanschlägen von Mölln und Solingen sowie in Ausschreitungen in Hoyerswerda. Der Paritätische geht in Fragen der Asyl- und Migrationspolitik auf Konfrontation zur Landes- und Bundesregierung und fordert humanere Regelungen statt drastischer Restriktionen wie der Drittstaaten-Regelung. Diese sind aus seiner Sicht Wasser auf die Mühlen von zunehmend erstarkenden rechtsextremen Bewegungen.

Den Wandel des Sozialstaats mitgestalten

Paul Marx, von 1984 bis 1996 Vorsitzender des Landesvorstands, seit 1996 Ehrenvorsitzender des Paritätischen Hessen

„Der wirtschaftliche Abschwung in den 1990er Jahren hat jenen, denen die gesamte sozialstaatliche Entwicklung sowieso nicht passte, die Gelegenheit geboten, den Rotstift anzusetzen. Soziale Arbeit wurde zunehmend nicht mehr als Hilfe für Menschen in Not gewertet, sondern als notwendiges Übel. Immer häufiger war von der Ökonomisierung der sozialen Arbeit die Rede. Damit einher gingen Versuche, die Rolle der Wohlfahrtsverbände auf die eines sozialen Dienstleisters zu reduzieren. Der Paritätische Hessen hat auf diese Entwicklungen nicht nur reagiert, sondern sich aktiv eingebracht, um den Wandel des Sozialstaats mitzugestalten, immer mit Blick auf die Menschen, für die der Verband sich engagiert."

Freund*innen, die Halt in der Fremde geben: Nina Meincke (ganz rechts mit Hamidas jüngster Tochter Jasna) und ihr Mann John (ganz links) sind mit Nasir, Narwan, Shahir, Hamida und Yasra M. aus Afghanistan zu einer Wahlfamilie zusammengewachsen.

Aus Solidarität wird Freundschaft

Nina Meincke unterstützt als ehrenamtliche Patin eine Familie aus Afghanistan

Hamida M. und ihr Mann haben in Afghanistan viel geschafft. Die 33-Jährige, die Literatur und die afghanische Sprache Dari studiert hat, arbeitet in der Parlamentsverwaltung. Ihr Mann ist freier Journalist. Und er setzt sich für die Rechte von Frauen ein – ein verwerfliches Engagement aus Sicht der Taliban und ein Grund für Familie M., das Land verlassen zu müssen. Alles, was sie haben, tauschen Hamida und ihr Mann ein gegen Freiheit und Sicherheit – für sich und die Kinder. Das heißt: Noch einmal ganz bei null anfangen. Ohne Familie und Freunde, ohne Arbeit, in einer Flüchtlingsunterkunft in einem fremden Land, dessen Sprache sie nicht sprechen. Sie wären ganz auf sich alleine gestellt, gäbe es nicht das Netzwerk für Flüchtlinge Rödermark e. V.

DEUTSCH LERNEN IN DER KÜCHE

Nina Meincke ist wegen der Corona-Pandemie in Kurzarbeit. Die Reiseverkehrs-Kauffrau möchte etwas Sinnvolles anfangen mit der freien Zeit, die sie plötzlich hat. Beim Netzwerk für Flüchtlinge findet sich schnell eine Aufgabe für die zupackende 39-Jährige: Sie übernimmt die Patenschaft für Familie M., die kurz vor dem ersten Corona-Lockdown nach Rödermark gekommen ist. Ein denkbar schlechter Zeitpunkt: Es gibt keine Volkshochschul-Kurse, um Deutsch zu lernen. Die Kinder können weder in die Kita noch zur Schule, denn die sind auch geschlossen. Andere Kontakte zu knüpfen, ist wegen der Kontaktbeschränkungen für die Familie kaum möglich.

Weil Nina Meincke wegen des Betretungsverbots auch als ehrenamtliche Patin nicht in die Gemeinschaftsunterkunft darf, lädt sie Hamida erst mal zum Deutsch-Unterricht in ihre Küche ein. Kein schlechter Ort, wie sich herausstellt: Alltagspraktisch lernt es sich am besten. Und die sprachbegabte Hamida hat große Freude am Lernen. „Die deutsche Sprache ist schön“, sagt sie mit strahlenden Augen, die inzwischen voller Zuversicht in die Zukunft blicken. „Wir waren hier ganz fremd, aber seit wir Nina und ihre Familie und Freunde kennen, gehören wir hier zur Gemeinschaft dazu. Nina macht mir Mut. Sie sagt immer: Du bist eine starke Frau, du kannst alles schaffen. Und wenn es ein Problem gibt, gehe ich zu Nina – die findet immer eine Lösung!“

GROSSE UND KLEINE PROBLEME

Probleme gab es reichlich im vergangenen Jahr, große und vermeintlich kleine, die jedoch das tägliche Leben sehr schwer machen können. Mit der Ausländerbehörde sprechen, eine Flut von Anträgen ausfüllen, einen Arzt finden, im Supermarkt den Unterschied zwischen Waschpulver, Weichspüler, Duftkapseln und Entkalkungsmitteln erkennen … „Wie soll jemand ohne Deutschkenntnisse sich da ohne Hilfe zurechtfinden“, sagt Nina Meincke. Selbst die ehrenamtliche Patin gerät an ihre Grenzen, als es darum geht, für den neunjährigen Shahir Unterstützung zu organisieren. Der Junge hat in Afghanistan Dinge miterlebt, die ihn schwer traumatisiert haben: Sie haben ihm wortwörtlich die Sprache verschlagen. Nina Meincke setzt sich dafür ein, dass Shahir psychologische Betreuung und Logopädie bekommt und eine Teilhabeassistenz in der Schule. „Was da alles zu organisieren und auszufüllen ist! Das erschlägt einen wirklich, selbst als Muttersprachlerin.“

EINE GROSSE WAHLFAMILIE

Fast zwei Jahre kennen sich Familie Meincke und ihre afghanische Patenfamilie inzwischen: Für beide Seiten ein großer Gewinn. Sehr schnell ist aus der formalen Patenschaft eine enge Freundschaft geworden, über kulturelle und sprachliche Hürden hinweg. Sie sind gewissermaßen zu einer großen Wahlfamilie zusammengewachsen. „Die Bedeutung der Familie ist für Menschen aus Afghanistan viel inniger als für die meisten Deutschen. Ich war mal einen Tag krank, da war Hamida sofort da und hat mir Medizin gebracht“, erzählt Nina Meincke. „Ich kann mir die Familie gar nicht mehr aus meinem Leben wegdenken.“

„Menschen stärken Menschen“

Als Mitgliedsorganisation des Paritätischen nimmt das Netzwerk für Flüchtlinge Rödermark e. V. am Programm des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend mit dem Titel „Menschen stärken Menschen“ teil, das die Begleitung von Menschen in schwierigen Lebenssituationen unterstützt. Das ehrenamtliche Engagement für die Integration von Geflüchteten ist aus Sicht des Paritätischen immens wichtig, auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. „Doch Landesregierung und Behörden dürfen nicht zu viel Verantwortung auf den Schultern der Ehrenamtlichen abladen. Denn Unterstützer*innen drohen zu ermüden und zu resignieren, wenn sie sich an überbordender Bürokratie abarbeiten müssen. Oder wenn aufgrund restriktiver Flüchtlingspolitik gar Menschen abgeschoben werden, für die sie sich jahrelang stark gemacht haben“, sagt Lea Rosenberg, Referentin Migration, Flucht und Asyl beim Paritätischen Hessen.

Netzwerk für Flüchtlinge Rödermark e. V.

Der Verein Netzwerk für Flüchtlinge Rödermark e. V. ist vor 31 Jahren aus einem Asylkreis entstanden, der unter dem Namen „Flüchtlingshilfe Rödermark“ asylsuchende Menschen bei der Neuorientierung unterstützte. Viele flohen seinerzeit vor den Kriegen auf dem Balkan. Im Laufe der Jahre verstärkte der Verein sein Engagement für die Integration von Menschen aus den verschiedensten Ländern und benannte sich um in Netzwerk für Integration in Rödermark. Als 2014 abzusehen war, dass durch die Konflikte in der Welt die Zahl der Flüchtlinge wieder stark zunehmen würde, gründete der Verein den Freundeskreis Flüchtlinge als Anlaufstelle für Geflüchtete und Menschen, die sich ehrenamtlich für diese engagieren. Seit 2015 trägt er den Namen Netzwerk für Flüchtlinge Rödermark e. V. (NFR e. V).

www.netzwerk-fluechtlinge-roedermark.de

SARAH SCHÖCHE:

Das „MüZe-Kind“ macht heute Öffentlichkeitsarbeit

Sarah Schöche ist quasi im Langener Mütterzentrum aufgewachsen. Wann immer ihre Mutter Iris Jarschel ins Mütterzentrum ging, war die kleine Sarah dabei. „Wenn mich damals jemand gefragt hat, wo ich wohne, habe ich oft gesagt: im Mütterzentrum“, sagt sie strahlend. Und so war es selbstverständlich, dass Sarah 2016 nach der Geburt ihrer Tochter Juli mit der Kleinen auch ins Mütterzentrum ging: zur Rückbildungsgymnastik, um sich mit anderen Müttern auszutauschen und über Beikost fürs Baby zu informieren.

Nicht ganz so selbstverständlich ist der berufliche Sprung, den sie dann wagte: Ende 2018 gab Sarah Schöche ihre Stelle im Vertrieb des FAZ-Buchverlags in Frankfurt auf, um im ZenJA die frei gewordene Stelle in der Öffentlichkeitsarbeit zu übernehmen. Mit viel Enthusiasmus ist sie bis heute dabei. Sarah und ihre Mutter sind jetzt Kolleginnen. Iris Jarschel ist nicht nur dafür zuständig, dass im Büro des Mütterzentrums alles rund läuft, sie engagiert sich wie ihre Tochter zudem auch im Redaktionsteam des ZenJA. Wer einen Blick auf die Homepage des ZenJA wirft oder die Aktivitäten auf Facebook, Instagram und YouTube verfolgt, sieht: An Ideen mangelt es nicht.

Sarah Schöche (links) als Kind im Mehrgenerationenhaus ZenJA

„Man kann sich hier prima entfalten“, betont Sarah Schöche. Besonders viel Freude macht der 33-Jährigen neben Tochter Juli ihr „zweites Baby“: das Projekt „wirFAIRändern“, das viele alltagstaugliche Impulse für ein nachhaltiges Leben gibt, wie wir Plastik und Müll vermeiden, Ressourcen und Umwelt schonen oder unser Konsumverhalten ändern können. Dazu gehören Ideen wie selbstgemachte Fenster- und Badreiniger, gehäkelte Einkaufsbeutel, Repair-Café, Kinderkram-Second-Hand und vieles mehr. Rund 50 Vereinsmitglieder gehören der Aktionsgruppe an, die für ihr Engagement 2021 den Nachbarschaftspreis für Hessen der nebenan.de-Stiftung erhielt.

Das Langener Mehrgenerationenhaus ZenJA

Vom „öffentlichen Wohnzimmer“ zum Begegnungs- und Dienstleistungszentrum

Einen eigenen Raum, in dem sie sich treffen und austauschen können, die Kinder ganz selbstverständlich mit dabei sind und nicht „wegorganisiert“ werden müssen – eine Art „öffentliches Wohnzimmer“: Das schufen sich Langener Frauen und Mütter 1986 mit dem Langener Mütterzentrum, einem der ersten in Hessen. Bald folgten ein Minikindergarten für unter Dreijährige, Existenzgründungsseminare für Mütter und eine Tagesmütter-Vermittlung sowie ein Notmütterdienst. Das freiwillige Engagement wurde mehr und mehr um professionelle Angebote ergänzt. Vielen Frauen eröffnete das Wege, Familienleben und Berufstätigkeit zu vereinbaren.

2006 verwirklichte das Mütterzentrum gemeinsam mit der Seniorenhilfe Langen e. V. ein weiteres Pilotprojekt: Mit dem ZenJA, dem Zentrum für Jung und Alt, wurde das erste Mehrgenerationenhaus Hessens gegründet. Familiencafé, Babytragetuch-Beratung, Kochkurse, Schulaufgabenhilfe, ein Lerncafé zur Alphabetisierung, Kinder- und Seniorenbetreuung – alles unter einem Dach. Das ZenJA ist ein Begegnungs- und Dienstleistungszentrum für Menschen aller Generationen und Kulturen und ein wichtiger Pfeiler für das soziale Miteinander in der südhessischen Stadt.

Die Vielfalt der Angebote scheint heute ganz selbstverständlich, so manches aber musste hart erstritten werden, wie ZenJA-Geschäftsführerin Monika Maier-Luchmann betont, die vor mehr als 30 Jahren mit ihrer Tochter in die Krabbelgruppe kam und dann ehrenamtlich im Mütterzentrum aktiv wurde. So manches Mal standen sie und ihre Mitstreiterinnen mit Transparenten auf der Straße – auch um bundesweit relevanten sozialpolitischen Forderungen Nachdruck zu verleihen, beispielsweise einer besseren Berücksichtigung der Erziehungszeiten von Müttern bei der Rente.

> www.zenja-langen.de

Müssen verboten!

Die Wilde Wiese ist Freiheit pur für Kinder aus Dietzenbach

Möglichst wenig vorgeben: Das ist das Konzept des Aktivspielplatzes Wilde Wiese im Dietzenbacher Stadtteil Steinberg. Ein etwa ein Hektar großes grünes Gelände bietet den Kindern und Jugendlichen Raum zum frei sein: Toben, Rennen, Klettern, Buddeln, Werkeln, Fußball spielen, am Lagerfeuer Stockbrot machen und vieles mehr ist möglich. Dabei lernen sie ganz ungezwungen vieles, was fürs Leben nützlich ist.

Es gibt keine Verpflichtungen, kein Programm, betont Christina Grübnau vom Vorstand. Denn Programm haben viele Kinder im Alltag schon zu genüge. Grundsätzlich gilt: „Wir bringen Menschen, die andere Ansichten haben, Verständnis entgegen. Die Beteiligten auf der Wilden Wiese sind tolerant und bewerten sich gegenseitig nicht nach ihren Eigenschaften.“ Auf der Wilden Wiese kann jede*r so sein, wie er oder sie möchte, solange er oder sie damit seiner Umwelt oder den anderen Menschen nicht schadet.

An vier Tagen in der Woche – von Dienstag bis Freitag – können die Kids das Gelände von 15 bis 18 Uhr nutzen. Mit der nahen Waldorfschule kooperiert der Verein Aktivspielplatz Wilde Wiese e. V. für die Nachmittagsbetreuung. Ein Angebot für kleinere Kinder ist auch geplant. In den Ferien bietet die Wilde Wiese Ferienspiele an. Dann sind oft auch Leih-Hühner auf dem Gelände. Und natürlich sind immer Betreuer*innen als Ansprechpersonen da. Sie machen den Kindern auch Angebote und Vorschläge, wenn diese nicht schon eigene Wünsche und Ideen mitbringen.

> www.wilde-wiese-dietzenbach.de

Hilfe für suchtkranke Menschen

DIE INTEGRATIVE DROGENHILFE UND DER FRANKFURTER WEG

Die Integrative Drogenhilfe (idh) erforscht und fördert seit 1986 integrative Methoden und alternative Ansätze in der Suchtarbeit. Sie verbindet langjährige praktische Erfahrungen im Umgang mit Schwerstabhängigen mit neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen. Die Erkenntnisse und Vorgehensweisen der idh haben nicht nur die Drogenpolitik in Frankfurt und Hessen sowie in anderen deutschen Städten verändert, sondern auch weltweit Beachtung gefunden.

Die idh folgt einem konsequent zieloffenen pragmatischen Ansatz. Dieser zielt darauf ab, die eigene innere Motivation der Suchtkranken zu stärken, selbst ihre Lebenssituation und ihr Konsumverhalten verändern zu wollen.

Die idh betreibt inzwischen mit 186 Mitarbeiter*innen in Frankfurt eine Reihe von Suchthilfe-Einrichtungen. Dazu gehören unter anderem die größte niedrigschwellige Drogenhilfe-Einrichtung Europas, das Eastside, Kontaktcafés, Drogenkonsumräume, ambulant Betreutes Wohnen, sozialpädagogische Familienhilfe und eine ambulante Beratungs- und Unterstützungseinrichtung für suchtmittelabhängige und substituierte Eltern.

HILFE STATT REPRESSION

Anfang der 1990er Jahre führten politische und gesellschaftliche Erkenntnisse zu tiefgreifenden Veränderungen im Umgang mit Menschen, die illegale Drogen konsumieren. Die Stadt Frankfurt am Main schlug einen neuen Weg in ihrer Drogenpolitik ein und übernahm damit national und international eine Vorreiterrolle. Der sogenannte „Frankfurter Weg" richtete erstmals den Fokus auf gesundheits- und sozialpolitische Hilfen, nicht wie bisher auf ordnungspolitische Maßnahmen. Die bis dahin dominierenden drei Säulen der Drogenhilfe Prävention, Beratung/Therapie und Repression wurden durch eine vierte, ganz wesentliche Säule ergänzt: Schaden minimieren und das Überleben der Drogenkonsument*innen sichern. Dafür steht auch die idh.

Vielfalt der Ansätze und Angebote in der Suchthilfe

Die Vielfalt des Paritätischen spiegelt sich auch im Bereich der Hilfen für Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen und deren Angehörige. Die Mitgliedsorganisationen in der Suchthilfe haben viele ambulante und auch stationäre Angebote für Menschen, die von Alkohol, illegalen Drogen und Medikamenten oder Glücksspiel und Mediennutzung abhängig sind. Sie reichen von der Beratung über die ambulante Reha, vom therapeutisch begleiteten Wohnen bis zur Substitutionsambulanz, wo Drogenabhängige einen Ersatzstoff erhalten, der Entzugserscheinungen lindert.

Zum breiten Spektrum der Mitgliedsorganisationen in der Suchthilfe gehören beispielsweise „die Fleckenbühler", eine Selbsthilfe-Gemeinschaft mit Sitz in Cölbe bei Marburg. Sie orientieren sich am Leitbild eines nüchternen, drogenfreien Lebens und bieten Suchtkranken, die jederzeit in die Lebensgemeinschaft aufgenommen werden, eine Vielzahl von Betätigungsfeldern in Öko-Landwirtschaft, Gastronomie und Umzugsservice. Einen ganz anderen Weg geht die Integrative Drogenhilfe e. V. in Frankfurt am Main. Sie hat ab Mitte der 1980er Jahre neue Ansätze der akzeptanzorientierten Drogenarbeit entwickelt.

Das Eastside im Frankfurter Ostend

Ausdruck dieser veränderten Sichtweise ist die idh-Einrichtung Eastside im Ostend, ein zentraler Baustein im Frankfurter Drogenhilfesystem. Sie wurde 1992 gezielt außerhalb der Szene im Bahnhofsviertel als Tagesanlauf- und Übernachtungsstätte für drogenabhängige Menschen eröffnet. Drogenkonsument*innen finden hier unter einem Dach alltagspraktische Soforthilfen, das Eastside-Café, einen Konsumraum, Übernachtungsmöglichkeiten, Sozial- und Suchtberatung und die Möglichkeit, in den Eastside-Werkstätten an Arbeitsmarktprojekten teilzunehmen. Darüber hinaus ist in Kooperation mit den Malteser-Werken eine Substitutionsambulanz angeschlossen.

Diese unterschiedlichen niedrigschwelligen Angebote mit dem Fokus auf Schadensminimierung sind ein wesentlicher Beitrag dafür, dass in Frankfurt die Zahl der Drogentoten stark gesunken ist.

NEUE HERAUSFORDERUNGEN

Bis heute sieht sich die niedrigschwellige Suchthilfe immer wieder mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Aktuell sind es etwa die Veränderungen der Suchtstoffe und der Suchtformen, die neue Maßnahmen notwendig machen. In Frankfurt ist diesbezüglich etwa der Umgang mit dem zunehmenden Konsum von Crack zu nennen.

„Ein besonders wichtiges Thema ist aktuell auch die Versorgung der steigenden Zahl älterer Drogenkonsument*innen", sagt idh-Geschäftsführerin Gabi Becker. „Häufig haben diese keinen Zugang zu den Angeboten der Altenhilfe. Ihre medizinische und pflegerische Versorgung ist häufig ungenügend. Hierfür sind Lösungen zu entwickeln." Darin liegt vermutlich auch die Stärke der Suchthilfe im Paritätischen Hessen: sich immer wieder den Hilfebedarfen anzupassen und entsprechende neue Angebote zu entwickeln.

> www.idh-frankfurt.de

Die Jahre 2000 bis 2019

Ein neues Jahrtausend mit neuen Herausforderungen

Auch im neuen Jahrtausend vertritt der Paritätische Hessen die Interessen der Mitgliedsorganisationen und deren Zielgruppen in vielen Bereichen – seien es Pflege- und Gesundheitsreform, die Reform der Arbeitsmarktpolitik, Migrations- und Flüchtlingspolitik oder die Inklusion von Menschen mit Behinderung. Massive Einschnitte ins soziale Netz, die mit der Agenda 2010 einhergehen, und neue gesellschaftliche Herausforderungen wie die Klimakrise erfordern eine stärkere Vernetzung mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren. Der Verband knüpft vermehrt Kooperationen und Netzwerke und steigt gemeinsam mit dem Gesamtverband in die Kampagnenarbeit ein. Er will auf Veränderungsprozesse nicht nur reagieren, sondern diese auch mitgestalten. Es gilt, neoliberalem Denken und wachsender Profitorientierung im Sozial- und Gesundheitswesen entgegenzutreten. Denn diese führen nicht zu einer besseren Versorgung der Bevölkerung mit sozialen Dienstleistungen, sondern zu Ausgrenzung und zur immer stärkeren sozialen Spaltung.

2001 setzt der Landesvorstand eine Arbeitsgruppe ein, die ein Regionalisierungskonzept entwickelt. Die Präsenz in der Region wird mit weiteren hauptamtlich besetzten Geschäftsstellen in Wiesbaden und Fulda sowie Gießen verstärkt. Die Geschäftsstellen sind sowohl Anlaufstellen für die Mitgliedsorganisationen als auch Orte für vielfältige Aktivitäten und Begegnungen. Auf regionaler Ebene wird das Angebot an Beratung und Workshops ausgebaut, aber auch sozialpolitische Aktionen finden verstärkt statt.

Gründung der Paritätischen Projekte gGmbH

Nachdem einige Mitgliedsorganisationen wie etwa die Paritätische Nachsorgeeinrichtung für Suchtkranke Gilserberg und der Hort im Uhrig in Frankfurt Mitte der 1990er in finanzielle Schieflage geraten sind, entscheidet der Verband, die Einrichtungen zu übernehmen. Im Jahr 2000 wird dafür die Paritätische Projekte gGmbH als hundertprozentiges Tochterunternehmen gegründet. Sie beschäftigt heute etwa 170 Menschen in hessenweit 14 Einrichtungen und der Geschäftsstelle in Frankfurt.

LEITBILD FORMULIERT

Nach einer breit angelegten dreijährigen Diskussion innerhalb des Verbands verabschiedet die Mitgliederversammlung 2001 das Leitbild des Paritätischen. „Der offene und dynamische Prozess bei der Leitbild-Debatte stellt nicht nur die Pluralität unseres Verbands unter Beweis, sondern auch seine Integrationskraft und Konsensfähigkeit“, zieht die damalige Vorstandsvorsitzende Anne Franz Bilanz.

Die Fachgruppe Frauen und Mädchen des Paritätischen beteiligt sich an der Erarbeitung eines Landesaktionsplans gegen Gewalt an Frauen.

„OPERATION SICHERE ZUKUNFT“

Mit dem beschönigend als „Operation Sichere Zukunft“ bezeichneten Sparpaket holt die hessische Landesregierung unter Ministerpräsident Roland Koch (CDU) 2003 zum Kahlschlag in der sozialen Arbeit aus. Der Paritätische und viele andere Organisationen reagieren mit Demonstrationen, Unterschriftenaktionen und Protesten, können aber nicht abwenden, dass sie ihre Angebote häufig zusammenstreichen oder ganz einstellen und Personal entlassen müssen.

Partnerschaft mit der Woiwodschaft Lodz

Seit Anfang des neuen Jahrhunderts sind der Paritätische Hessen und die polnische Woiwodschaft Lodz partnerschaftlich verbunden. 2005 starten der Rat der Nichtregierungsorganisationen der Woiwodschaft Lodz und der Paritätische Hessen ein gemeinsames Projekt zum Aufbau von Fachgruppen für Organisationen aus der Behindertenhilfe, der Hilfe für wohnsitzlose Menschen sowie für Kinder und Jugendliche, 2014 folgt ein Projekt zur Förderung ehrenamtlichen Engagements in der Woiwodschaft.

Hartz IV

Auf die Einführung der Hartz-IV-Gesetze zum Januar 2005 reagiert der Paritätische Hessen frühzeitig. Bereits im Juli 2004 gibt er eine Informationsbroschüre heraus, die Auswirkungen der neuen Gesetze auf die unterschiedlichen Zielgruppen darstellt, die Systematik des Sozialgesetzbuchs II und die Abgrenzung zum Sozialgesetzbuch XII erläutert. 2005 folgt eine zweite Broschüre. 2022 will die Ampelkoalition Hartz IV endlich wieder abschaffen und durch ein Bürgergeld ersetzen. Dies wäre für den Paritätischen aber nur ein Fortschritt, wenn dies nicht nur eine Namensänderung wäre, sondern Sanktionen abgeschafft und Regelsätze deutlich erhöht würden.

FACHGRUPPE „ARBEIT, QUALIFIZIERUNG UND BESCHÄFTIGUNG“

Die neue Fachgruppe „Arbeit, Qualifizierung und Beschäftigung“ im Paritätischen Hessen wird 2005 gegründet. Sie ist auch eine Reaktion auf die Einführung von Hartz IV und die Folgen für die Mitgliedsorganisationen, die unter anderem in der beruflichen Qualifizierung, Arbeitsförderung und in Beschäftigungsprojekten tätig sind. Der Paritätische Hessen beteiligt sich an der Aktion „Gegen soziale Kälte“, um über die konkreten Auswirkungen von Hartz IV und anderen Sozialgesetzen zu informieren.

LANDESGESCHÄFTSSTELLE MODERNISIERT

Die Landesgeschäftsstelle an der Körnerwiese wird ab 2004 bei laufendem Betrieb renoviert und modernisiert. Das Erdgeschoss wird zur Konferenz-Etage, die auch Raum für Veranstaltungen von Mitgliedsorganisationen bietet. Bei einem Tag der offenen Tür im September 2005 wird die „neue“ Geschäftsstelle präsentiert.

Demo im Rahmen der Kita-Kampagne „Entdecker voraus“

SCHULE NEU DENKEN

Als Dachverband vieler Kindertageseinrichtungen und einiger Schulen möchte der Paritätische sich an der Gestaltung eines modernen Bildungssystems beteiligen. 2007 hat er bereits mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen die Kita-Kampagne „Entdecker voraus“ gestartet. Darin forderte er im Zusammenhang mit dem Bildungs- und Erziehungsplan bessere Rahmenbedingungen für eine qualitativ hochwertige Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsarbeit. 2009 macht er nun Schule und Bildung zum Jahresthema. Schwerpunkte sind unter anderem die Vernetzung von Schule und Jugendhilfe, bessere Bildungschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und Bildung als Armutsprävention. Gemeinsam mit Mitgliedsorganisationen erarbeitet der Verband „Paritätische Positionen für eine Reform des hessischen Schulwesens“.

GEGEN ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG

Mit dem Jahresthema „Gegen Armut und soziale Ausgrenzung – für Kultur und Teilhabe“ macht der Paritätische 2010 deutlich: Armut ist nicht nur Einkommensarmut und Unterversorgung mit den notwendigsten materiellen Gütern, sie geht auch mit Ausgrenzung und einem Mangel an Teilhabechancen und Möglichkeiten zur persönlichen Verwirklichung sowie kreativer Entfaltung einher.

Dr. Wolfgang Werner

Abschied und Willkommen

Im November 2008 wählt die Mitgliederversammlung Dr. Wolfgang Werner vom Lebenshilfe-Werk Kreis Waldeck-Frankenberg zum neuen Vorsitzenden des Landesvorstands. Anne Franz, die dieses Amt von 1996 an innehatte und dem Landesvorstand bereits seit 1984 angehörte, wird zur Ehrenvorsitzenden ernannt. Für ihr Lebenswerk wird sie 2014 mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse geehrt.

DER PARITÄTISCHE HESSEN

Neues Erscheinungsbild

Ein rotes Gleichheitszeichen in einem blauen Rahmen wird 2007 das neue Logo des Paritätischen auf Bundes- und Landesebene. Es steht für die Gleichwertigkeit von Ungleichem, für das Recht auf gleichen Respekt und gleiche Chancen. Der Landesverband Hessen führt eine weitere grafische Neuigkeit ein: Seine Publikationen ziert jetzt eine blaue Welle, die sinnbildlich für Bewegung, Erneuerung und Dynamik steht.

Günter Woltering war von 1983 bis 2017 Geschäftsführer des Paritätischen Hessen

Günter Woltering:

„Die ‚Operation Sichere Zukunft' von Roland Koch steht für die wohl drastischsten Kürzungen, die der Verband und die soziale Arbeit in der Geschichte der hessischen Sozialpolitik je hinnehmen mussten. Vielen unserer Mitgliedsorganisationen wurden die Landeszuschüsse komplett gestrichen, anderen massiv gekürzt: Erziehungsberatungsstellen, Schuldnerberatung, Frauenhäuser, Bildungsprojekte, Maßnahmen zur beruflichen Integration waren betroffen und mussten zum Teil Beschäftigte entlassen oder Angebote drastisch kürzen. Wir haben mit unserem Protest die Kürzungen zwar nicht rückgängig machen können, aber wir konnten deutlich machen, wie wichtig unsere soziale Arbeit ist. Viele Kommunen haben dann eigene Mittel eingesetzt, die es unseren Mitgliedsorganisationen ermöglichten zu überleben und ihre Angebote im Wesentlichen aufrechtzuerhalten. Und auch unsere Mitgliedsorganisationen haben unglaublich engagiert Wege der Kompensation gesucht. Heute kann man sagen: Sowohl innerhalb des Verbands als auch zwischen den Verbänden in der Liga der Freien Wohlfahrtspflege hatte diese Aktion einen großen Solidarisierungseffekt."

DER ZIVILDIENST ENDET

Mit dem Ende der Wehrpflicht im Jahr 2011 endet auch der Zivildienst. Viele Mitgliedsorganisationen stellt der Verlust der Zivis vor große Herausforderungen. Der neue Bundesfreiwilligendienst kann einiges kompensieren, ist jedoch mit einem erhöhten Bedarf der Mitgliedsorganisationen an Beratung und Begleitung verbunden. Auch die Zahl der Teilnehmenden am Freiwilligen Sozialen Jahr steigt deutlich.

SCHUTZ VOR SEXUALISIERTER GEWALT

Gemeinsam mit dem Paritätischen Gesamtverband entwickelt der Landesverband Hessen 2011 eine Arbeitshilfe mit dem Titel „Schutz vor sexualisierter Gewalt in Diensten und Einrichtungen", um die Sensibilität für Grenzverletzungen und Machtmissbrauch in Einrichtungen zu schärfen.

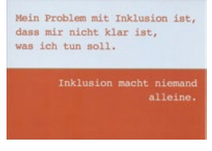
Mit rund 5.000 Menschen demonstriert das Bündnis Umfairteilen in Frankfurt für eine gerechte Steuerpolitik.

REICHTUM BESTEUERN – SOZIALABBAU STOPPEN

Der Paritätische ist aktiv im Bündnis Umfairteilen, das 2012 mit bundesweiten Aktionen auf die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich aufmerksam macht und eine gerechte und solidarische Steuerpolitik fordert. 40.000 Menschen gehen am Aktionstag Ende September in 40 Städten auf die Straße, in Frankfurt sind es rund 5.000. Hintergrund der Kampagne: Die Armut ist in Deutschland so groß wie nie, in Hessen gilt jede*r Achte als arm. Auf der anderen Seite gibt es Steuergeschenke für Reiche und angesichts der Finanz- und Eurokrise Rettungspakete für Banken und Investoren.

SCHWERPUNKTTHEMA INKLUSION

Der Paritätische macht 2012 Inklusion für vier Jahre zum Schwerpunktthema. Im Blickpunkt steht vor allem die Unterstützung der Mitgliedsorganisationen bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in den unterschiedlichen Arbeitsfeldern. Herausgegeben werden beispielsweise ein Leitfaden für barrierefreie Veranstaltungen, der „Barriere-Checker" und die Broschüre „10 Knigge-Tipps zum respektvollen Umgang mit behinderten Menschen". In Zusammenarbeit mit Studierenden der Uni Kassel wird eine Plakat- und Postkarten-Kampagne entwickelt. Auch die Barrierefreiheit seiner eigenen Angebote verbessert der Verband.



Wohnen ist ein Menschenrecht

Explodierende Mieten machen es für immer mehr Menschen unmöglich, in hessischen Städten zu wohnen – nicht nur für Menschen in prekären Lebenslagen, sondern auch für Menschen mit mittlerem Einkommen. Träger sozialer Einrichtungen sind ebenso betroffen. Oft müssen die Menschen, die sie betreuen, viel länger in der Einrichtung bleiben, weil sie keine Wohnung finden: Frauen in Frauenhäusern zum Beispiel oder Haftentlassene, aber auch Geflüchtete. Der Paritätische Hessen stößt 2018 das Bündnis #Mietenwahnsinn-Hessen an. Mehr als 40 Mieter*innen-Vereine und Initiativen, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Studierenden-Vertretungen und andere schließen sich zusammen. Zu einer Demo eine Woche vor der Landtagswahl kommen 8.000 Menschen nach Frankfurt. Sie fordern unter anderem mehr sozialen Wohnungsbau.

Protest gegen CETA und TTIP im Jahr 2016

Die Freihandelsabkommen CETA und TTIP drohen soziale Standards ebenso wie die deutsche Gemeinnützigkeitsstruktur zu gefährden.

UNTERSTÜTZUNG FÜR KITAS

Mit landesweiten Massenprotesten, der Kampagne „Kifög – so nicht! Kita-Qualität im Sinkflug" und der größten Petition, die es je in Hessen gab, erreichen der Paritätische und seine Kollegialverbände, Erzieher*innen und Eltern einige wichtige Änderungen am Entwurf der Landesregierung für das Kinderförderungsgesetz, das 2014 in Kraft tritt.

Inklusion, interkulturelle Pädagogik, Personal- und Qualitätsentwicklung sowie Kinderschutz sind Schwerpunkte in der Beratung, in Fachvorträgen und von Arbeitshilfen, die das Netzwerk Paritätische Fachberatung Kita seit Beginn des Jahres 2015 für Kitas und deren Träger anbietet. Zunächst als Modellprojekt für drei Jahre angelegt, trägt es bis heute dazu bei, die Qualität in den Kindertageseinrichtungen weiterzuentwickeln.

Seit Februar 2015 ist der Paritätische Hessen Träger des Hessischen Koordinationsbüros für Frauen mit Behinderung (HKFB). Das HKFB leistet Lobbyarbeit für Frauen mit Behinderung in Hessen. Es bietet zudem Beratung für Frauen mit Behinderung und deren Angehörige, Fachkräftefortbildungen, Vernetzungen von Selbsthilfeaktivitäten und Maßnahmen zur Gewaltprävention an. Außerdem ist es Anlaufstelle für Politik und Medien.

SOZIALPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN

2015 steigt die Zahl der Menschen, die vor Kriegen und Konflikten nach Deutschland flüchten, stark an. Um Mitgliedsorganisationen stärker in ihrer Arbeit mit geflüchteten Menschen zu unterstützen, startet der Paritätische Hessen 2016 das Projekt Flucht und Asyl.

Eine neue Geschäftsführerin

Dr. Yasmin Alinaghi wird 2017 neue Landesgeschäftsführerin des Paritätischen Hessen. Sie folgt auf Günter Woltering, der den Verband 34 Jahre erfolgreich aufgebaut, gestaltet und vertreten hat. Ende November 2017 wird er in den Ruhestand verabschiedet.

Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) wird Ende 2016 im Bundestag verabschiedet. Der ursprüngliche Entwurf ist nach massiven Protesten betroffener Menschen nachgebessert worden, dennoch reichen die Änderungen nicht aus, um eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen mit Behinderungen zu ermöglichen. Auch der Paritätische setzt sich mit der bundesweiten Kampagne „BTHG – So nicht!" für ein besseres, teilhabeorientiertes BTHG ein. In Hessen ruft er im Verbund mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege zu einem landesweiten Pfeifkonzert auf.

Mit dem Pflegestärkungsgesetz II (PSG II) wird Anfang 2016 ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff eingeführt. Der Medizinische Dienst der Krankenkassen stellt nicht mehr defizitorientiert den Hilfebedarf der pflegebedürftigen Menschen fest, sondern ermittelt ihren individuellen Grad der Selbstständigkeit. Statt drei Pflegestufen gibt es nun fünf Pflegegrade. Damit sich die Mitgliedsorganisationen auf das neue System einstellen können, bietet der Paritätische Hessen Schulungen an.

Anne Franz war von 1996 bis 2008 Vorsitzende des Landesvorstands

Anne Franz:

„Der Paritätische lebt von der großen Kreativität, dem Elan und der Gestaltungskraft der Menschen, die sich in unseren Mitgliedsorganisationen engagieren. Diese zu unterstützen, ihr Engagement und ihre Vernetzung zu fördern sind wesentliche Aufgaben des Verbands. Dabei sind seine Leitgedanken Toleranz, Offenheit, Vielfalt. Diese haben mich sehr fasziniert, als ich zum Verband gekommen bin. Besonders bewegt hat mich zudem die Idee, soziale Gerechtigkeit für alle zu schaffen. Was ich sehr wichtig finde, ist zugleich die breite Verankerung des Verbands in der Region, die wir während meiner Amtszeit ausbauen konnten. Der Paritätische ist mit seinen Regionalgeschäftsstellen nah an seinen Mitgliedsorganisationen und den Menschen, für die diese sich engagieren. Unser Verband ist überall dort, wo es gilt, benachteiligte Menschen und Menschen in sozialen Notlagen zu unterstützen, aber auch zur Selbsthilfe zu befähigen und ehrenamtliches Engagement zu fördern."

Der Interkulturelle Garten der WALI im Wetzlarer Westend

Angebote der WALI

Acht festangestellte Mitarbeiter*innen und bis zu sieben Kräfte in Fördermaßnahmen sowie rund 16 ehrenamtliche Kräfte sind beim WALI aktiv. Sie ermöglichen eine Vielzahl von Angeboten vor allem für Menschen, die Leistungen im Rahmen der Sozialgesetzbücher II und XII erhalten. Dazu gehören neben einer unabhängigen individuellen Beratung für Menschen in Notlagen auch tagesstrukturierende Maßnahmen für seelisch- beziehungsweise suchtkranke Menschen, Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose und Ein-Euro-Jobs sowie Integrationsmaßnahmen für Geflüchtete, deren Status noch nicht endgültig geklärt ist. Ein zentrales Ziel der WALI ist es, der gesellschaftlichen Stigmatisierung von Arbeitslosen entgegenzuwirken. Für eine Vielzahl von Projekten kooperiert sie unter anderem mit Trägern der Gemeinwesenarbeit, der Suchthilfe, Akteuren der Gemeindepsychiatrie, dem Kommunalen Jobcenter sowie der Stadt Wetzlar und dem Lahn-Dill-Kreis, dem Landeswohlfahrtsverband Hessen und kirchlichen Trägern.

Kreativität weckt Kräfte

Was 1989 als Arbeitsloseninitiative in Wetzlar begann, ist heute ein soziokulturelles Zentrum mit einer Vielzahl von Projekten und einem breiten sozialpolitischen und zivilgesellschaftlichen Engagement, das weit über die mittelhessische Kreisstadt hinausstrahlt: Die Arbeitsloseninitiative im Lahn-Dill-Kreis e. V. – kurz WALI – ist aktiv in der Arbeitsmarktintegration, Gesundheitsförderung, Kultur-, Bildungs- und Gemeinwesenarbeit. Ein wichtiger Leitgedanke der Arbeit ist, Kultur und Soziales miteinander zu verbinden.

Die Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg haben für das WALI-Team jede Menge zusätzliche Arbeit gebracht. „Die steigendenden Energie- und Lebensmittelpreise sind ein Riesenproblem für Menschen ohne Arbeit oder mit geringem Einkommen“, sagt Stefan Lerach, der gemeinsam mit Pamela Huisgen die Geschäfte der WALI leitet. „Viele Menschen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, kommen zur Beratung, weil der ohnehin zu knapp bemessene Regelsatz von Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II vorne und hinten überhaupt nicht mehr reicht. Ein großes Thema sind zum Beispiel Nachzahlungen für Strom und Gas und wie es möglich ist, beim Amt eine Übernahme der unerwarteten Ausgaben zu erreichen.“

Während der Anfangszeit der Pandemie waren zudem die meisten Ämter für den Publikumsverkehr geschlossen, sodass viele Menschen Hilfe benötigten, um Anträge digital auszufüllen oder Formulare einzuscannen. „Wir haben in mehreren Schichten gearbeitet, um für die Leute da sein zu können und zugleich die Kontaktbeschränkungen einzuhalten“, sagt Stefan Lerach.

Wali-Aktion für mehr bezahlbaren Wohnraum

TAGESSTRUKTUR IST WICHTIG

Aber auch die WALI musste etliche Angebote herunterfahren. Das sei besonders hart für Menschen, die aufgrund von Langzeitarbeitslosigkeit und psychischen Erkrankungen oder einer Suchtproblematik ohnehin schon von Isolation bedroht seien, so Stefan Lerach. Für sie seien Angebote wie der tägliche Mittagstisch oder das freitägliche Arbeitslosenfrühstück, regelmäßige Gesundheitsberatungen oder Kulturprojekte, die ihnen eine sinnhafte Tagesstruktur geben, besonders wichtig. Hier erleben sie sozialen Rückhalt, sind eingebunden in eine Gemeinschaft und können bei kreativer Betätigung gemeinsam mit anderen Erfolgserlebnisse sammeln. „Nicht nur, Wege aus der Arbeitslosigkeit zu finden, sind Inhalt unserer Arbeit, sondern auch das Leben mit Arbeitslosigkeit, denn für viele Menschen ist das langfristig Realität“, sagt Geschäftsführer Lerach, der einst selbst über den Weg der persönlichen Betroffenheit zur WALI kam. Zuvor war er als Journalist, im Verlagswesen und bei einer Organisationsberatung tätig.

Ein Beispiel für die Möglichkeit zur positiven Alltagsgestaltung ist der Interkulturelle Garten im Wetzlarer Westend, einem Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf. Beim gemeinsamen Gärtnern entstehen soziale Kontakte zwischen Menschen mit unterschiedlichen beruflichen Hintergründen und aus verschiedenen Nationalitäten. Daneben lernen die Teilnehmenden viel Nützliches zu Gesundheit und Ernährung. Kultureller Austausch, Sprachen lernen und Nachbarschaftshilfe sind weitere wichtige Aspekte des Projekts.

> www.wali-wetzlar.de

Arbeitslosigkeit macht krank

Menschen, die längere Zeit ohne Erwerbsarbeit sind, haben ein deutlich höheres Risiko für chronische Erkrankungen als Berufstätige. Um hier entgegenzusteuern, engagiert sich die WALI besonders im Empowerment von Arbeitslosen und in der Gesundheitsförderung.

„Arbeitslosigkeit ist eine besondere Form von dauerhaftem Stress“, sagt WALI-Geschäftsführer Stefan Lerach. „Finanzielle Sorgen, fehlende Tagesstruktur, schwindende soziale Kontakte und immer wieder die Erfahrung, bei der Arbeitssuche zurückgewiesen zu werden – all das schwächt das psychische Wohlbefinden von Erwerbslosen. Und das wiederum begünstigt das Entstehen von chronischen Erkrankungen.“ Gesundheitliche Probleme wiederum erschweren die Vermittlung in Arbeit – ein Teufelskreis, den die WALI bereits 1998 bei einer Fachtagung zum Thema Gesundheitsförderung thematisierte. Erkenntnisse der Fachtagung flossen in eine Gesundheitsbroschüre ein, die unter dem Titel „Die andere Seite der Erwerbslosigkeit“ bis heute erhältlich ist. Außerdem ist eine wichtige Publikation der WALI die Broschüre „Leben mit wenig Geld“, die von Arbeitslosen aufgrund eigener Erfahrung sehr lebenspraktisch gestaltet worden ist.

Publikumsmagnet: die offene Bühne des Schlachthofs Kassel

Wir sind kreativ

KUNST UND KULTUR IN DER SOZIALEN ARBEIT

Mit vielfältigen Kunst- und Kulturangeboten ermöglichen viele Mitgliedsorganisationen und auch der Paritätische Landesverband Menschen kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe. Beispielhaft stellen wir drei Projekte vor.

Deutschunterricht im Kulturzentrum Schlachthof Kassel

Das soziokulturelle Zentrum Schlachthof Kassel

Mitte der 1970er Jahre legt in Kassel eine bunte Gruppe den Grundstein für ein soziokulturelles Zentrum. Jugendliche, Menschen aus Italien und Spanien, Studierende, Sozialpädagog*innen, Architekt*innen und Kunstschaffende gehen mit Theaterstücken und Straßenaktionen an die Öffentlichkeit. Sie treten ein für die Demokratisierung der Kunst, für kulturelle Vielfalt und für Orte, die selbstbestimmtes Engagement ermöglichen. Der Initiative gelingt es, die Stadt für ihr Anliegen zu gewinnen: In dem zum Abbruch bestimmten Verwaltungsgebäude des ehemaligen Schlachthofs kann sie 1978 das „Kulturzentrum Schlachthof" eröffnen.

Es entwickelt sich schnell zum Treffpunkt für Menschen verschiedener Nationalitäten, für selbstorganisierte Gruppen und Vereine. Von 1981 an können aufgrund städtischer Förderung hauptamtliche Mitarbeiter*innen beschäftigt werden. Neben einer Vielzahl kultureller Aktivitäten entfalten sich eine rege Beratungstätigkeit in sozialen Fragen und politisches Engagement. Deutschkurse, Familienberatung und Arbeitsmarktprogramme sind der Start in ein breit angelegtes Bildungsangebot. Ein Jugendzentrum kommt ebenfalls hinzu. Die Angebote zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund werden ausgebaut. Schuldnerberatung, Streetwork, Elternarbeit und Kinderbetreuung werden ebenfalls Bestandteil der soziokulturellen Arbeit. Heute ist der Schlachthof mit rund 150 Mitarbeiter*innen eines der größten Kulturzentren Deutschlands. Zum breiten Spektrum der Kulturveranstaltungen gehören zum Beispiel internationale Weltmusik-Highlights, Auftritte lokaler Bands oder auch Kunst-Workshops und -aktionen. Nach dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine richtete der Schlachthof spontan ein Welcome-Café für Geflüchtete aus der Ukraine ein, das zweimal wöchentlich geöffnet ist.

> www.schlachthof-kassel.de

BehindART

Kunst verbindet Menschen mit und ohne Behinderung

Mit dem Paritätischen Landesverband Hessen kann auch eines seiner Projekte Jubiläum feiern: BehindART wird 2022 schon 25 Jahre alt.

Initiiert wird das Projekt 1998 vom Paritätischen Hessen im Zuge des Kampagnenauftakts der „Aktion Grundgesetz" der Aktion Mensch zu Artikel 3 des Grundgesetzes: Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. „Es ist normal, verschieden zu sein" lautet der Slogan der begleitenden Kampagne. Ziele von BehindART sind dementsprechend: das künstlerisch-kreative Potenzial von Menschen mit Behinderung fördern, deren künstlerische Werke einer größeren Öffentlichkeit zugänglich machen und mehr Aufmerksamkeit für den Anspruch von Menschen mit Behinderung auf Selbstbestimmung und Gleichberechtigung gewinnen.

Gelebte Inklusion

Zurzeit beteiligen sich etwa 180 Künstler*innen. Fast alle kommen aus 21 Organisationen im Rhein-Main-Gebiet und Südhessen, die Kunstprojekte, Kreativkurse oder Malworkshops in ihre Arbeit integriert haben. Aber auch freischaffende Künstler*innen ohne Behinderung sind dabei. Seit 1998 gibt es jedes Jahr eine BehindART-Ausstellung, die zu einer festen Größe im Kunstbetrieb Darmstadts geworden ist. Hinzu kommen Wettbewerbe und Aktionen. Projektleiterin Heidi Schrickel berichtet: „Neben den vielen Besucher*innen reisen inzwischen auch Sammler*innen von weit her zu den Ausstellungen an, um gezielt bestimmte Bilder zu kaufen."

2003 entsteht das „Offene Werk-Atelier", in dem besonders ambitionierte Künstler*innen ihre Maltechniken verbessern und neue Fertigkeiten erlernen können. Unterstützt werden die Künstler*innen mit geistiger, körperlicher oder seelischer Behinderung von Kunstassistent*innen. BehindART hat in Zusammenarbeit mit „akkrea, der Freien Akademie für Kunst und Kreativität in Kooperation mit Atelier Freifarbe" und der Paritätischen Akademie Südwest sowie der Hochschule Darmstadt eine Ausbildung für Kunstassistent*innen entwickelt.

Die BehindART-Künstlerin Heike Simon bei der Arbeit

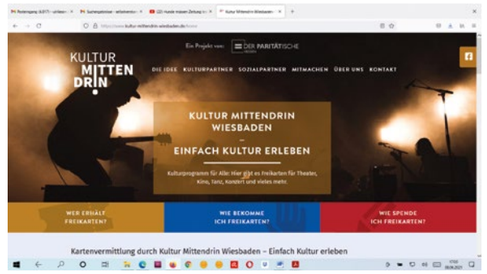
Das Kunstprojekt-Team hat sich auch Gedanken gemacht, wie die Initiative trotz der pandemiebedingten Abschottung für die Umwelt weiterhin sichtbar bleiben kann. Unter dem Motto „... wenn die Menschen nicht zur Kunst kommen können, dann muss die Kunst eben zu den Menschen kommen ..." haben BehindART-Künstler*innen einen Postkarten-Wettbewerb veranstaltet. Daraus sind eine Ausstellung und eine Postkarten-Edition entstanden. Zudem ist auf der Homepage www.bz-darmstadt.de die virtuelle Ausstellung „Eine Dosis Kunst, bitte" zu sehen.

> www.behindart.org

Kultur mittendrin

Wenn alles teurer wird und das Geld kaum fürs Notwendigste reicht, werden Kino-, Theater- oder Konzertbesuch zum Luxus. Damit auch für Menschen mit geringem Einkommen der Besuch kultureller Veranstaltungen möglich ist, hat der Paritätische in Wiesbaden mit Unterstützung des dortigen Kulturamts das Projekt „Kultur mittendrin" ins Leben gerufen. Dahinter steckt die Erkenntnis, dass Kultur mehr ist als bloße Zerstreuung, sondern ein menschliches Grundbedürfnis.

Zahlreiche Veranstalter – vom Staatstheater Wiesbaden über die Caligari FilmBühne bis zum Schlachthof Wiesbaden – konnte die Paritätische Regionalgeschäftsstelle mit ins Boot holen. Diese stellen Freikarten zur Verfügung, die über Kultur mittendrin beantragt werden können. Was 2011 als sechswöchige Ferienaktion begann, gibt es seit 2020



ganzjährig. Voraussetzung für den Erhalt der Freikarten ist, dass die Menschen staatliche Transferleistungen wie beispielsweise Arbeitslosengeld II oder Wohngeld erhalten und in Wiesbaden leben.

> www.kultur-mittendrin-wiesbaden.de

Humanitäre Hilfe

Paritätische Mitgliedsorganisationen sind schnell zur Stelle

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat bei zahlreichen Mitgliedsorganisationen des Paritätischen großes Engagement für die Geflüchteten ausgelöst. Ob in Kitas, Jugendzentren oder Pflegeheimen – die gemeinnützigen Organisationen leisten Enormes, um angesichts der Auswirkungen von Corona-Pandemie und Krieg die soziale Infrastruktur für alle Menschen aufrechtzuerhalten, die Hilfe und Unterstützung benötigen. Als Dachverband versorgt der Paritätische Hessen seine Mitgliedsorganisationen mit fachlichen Informationen im Kontext des Ukraine-Kriegs. Informationen für alle Bereiche sozialer Arbeit werden in der Fachinformations-Datenbank aufbereitet und gebündelt.

Terra Tech Förderprojekte

Den Menschen in der Ukraine Hoffnung schenken

„Diese Bilder brechen mir das Herz", sagt Andreas Schönemann, Geschäftsführer von Terra Tech. 2019 hat er selbst die Ukraine bereist und Partnerorganisationen besucht. Angesichts der Bilder von zerbombten Städten, die ihn nach dem Beginn des Kriegs im Februar 2020 erschüttern, ist sofort klar: Die Marburger Hilfsorganisation wird den Menschen in der Ukraine helfen, wo sie kann. Dank der Spenden von Privatpersonen, Firmen und Organisationen können schnell größere Mengen von Matratzen, Decken, Schlafsäcken, Nahrungsmitteln, Medikamenten und Hygieneprodukten sowie Schuhe in die Ukraine gebracht werden. Außerdem sorgt Terra Tech dafür, dass Menschen mit Behinderung und ihre Familien in sicherere Gebiete innerhalb des Landes reisen können.

Hilfe beim Wiederaufbau

Die Nothilfe wie jetzt für die Ukraine ist eines von drei Tätigkeitsfeldern des 1986 gegründeten Vereins Terra Tech Förderprojekte e. V. Darüber hinaus leistet er auch Hilfe beim Aufbau beziehungsweise Wiederaufbau – zum Beispiel von Schulen und Krankenhäusern nach Naturkatastrophen und Kriegen. Ebenso wichtig sind langfristige Entwicklungsprojekte im landwirtschaftlichen Bereich sowie Trainings- und Fortbildungsmaßnahmen. Über 450 Projekte in 54 Ländern (Afrika, Asien, Latein- und Südamerika sowie Osteuropa) hat der Verein bislang realisiert. Ermöglicht wird dies durch ein sehr effizientes Kooperationsmodell. Terra Tech baut vor allem auf das Know-how der lokalen Partner in den anderen Ländern. Diese sind mit den örtlichen Gegebenheiten vertraut und wissen, wie die Hilfsprojekte am wirkungsvollsten umgesetzt werden können.

Szene aus einem Schutzraum in der Ukraine

Breites Spektrum von Projekten

Das Spektrum der Projekte ist groß. Ein paar Beispiele: In Mexiko lernen Mädchen bei einem Empowerment-Projekt Fahrrad fahren und gewinnen so mehr Bewegungsfreiheit und Selbstbewusstsein. Im Nord-Irak werden geflüchtete Frauen als Bäckerin oder Näherin ausgebildet und können sich eine eigenständige Existenz aufbauen. In Südamerika, Asien, Afrika und im Kosovo stattete Terra Tech Krankenhäuser aus. In Indien konnten nach dem Tsunami dank der Hilfe von Terra Tech ein Waisenheim, ein Kühlhaus und Wohnhäuser gebaut werden. In Sierra Leone entstand ein Geburtshaus. In Äthiopien, wo vier Millionen Menschen innerhalb des Landes auf der Flucht vor dem Bürgerkrieg sind, verteilt der lokale Projektpartner von Terra Tech Nahrungsmittel und Hygieneartikel.

Dass Terra Tech so vielseitig unterstützen kann, verdankt der Verein maßgeblich dem großen Engagement ehrenamtlicher Kräfte und großer Kontinuität. Der Vorsitzende Dr. med. Gangolf Seitz und Vorstandsmitglied Klaus-Eberhard Völzing waren beispielsweise schon bei der Gründung dabei.

> www.terratech-ngo.de

Humanitäre Hilfe des Arbeiter-Samariter-Bundes Hessen

Kurz nach dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs war der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) Hessen zur Stelle, um humanitäre Hilfe zu leisten. Von März 2022 an unterstützte er an der polnischen Grenze gemeinsam mit Kräften der französischen Feuerwehr geflüchtete Ukrainer*innen. Sie wurden in einem beheizten Zelt vorübergehend untergebracht und mit Decken, warmen Mahlzeiten, Getränken und Medikamenten versorgt. Mit zum Einsatzort brachte das ASB-Team auch eine große Hilfslieferung an Medikamenten und Verbandsmaterial, die in die Ukraine weitertransportiert wurden. Da ab Ende März am Einsatzort des ASB Hessen immer weniger Menschen über die ukrainisch-polnische Grenze kamen und die Hilfestrukturen vor Ort gestärkt waren, konnte dieser Einsatz im April beendet werden.

Hilfe in Hessen

In Hessen arbeiteten alle ASB-Regionalverbände und Tochtergesellschaften an Hilfsangeboten und beim Aufbau einer Infrastruktur für Geflüchtete aus der Ukraine mit. Teilweise kooperierten sie dabei mit den Freiwilligen Feuerwehren oder anderen Hilfsorganisationen. In einem ehemaligen Gartencenter in Lohfelden richtete der ASB im Auftrag des Landkreises eine Notunterkunft für bis zu 530 Menschen ein. Er übernahm die Versorgung der Geflüchteten, die gesamte Organisation sowie die Leitung der Einrichtung. Bei der sozialen Betreuung rückte besonders die Kinderbetreuung ins Zentrum. Weiterhin wurde der ASB in einer Notunterkunft in Wiesbaden gemeinsam mit anderen Hilfsorganisationen mit der Betreuung von Geflüchteten beauftragt. Er hat zudem geflüchtete Kinder in seinen Kitas aufgenommen und leistet Betreuungs-, Erziehungs- und Trauma-Arbeit. Am Messegelände in Frankfurt errichteten ASB und DRK eine Notunterkunft für bis zu 2.000 Menschen. Zusätzlich betreibt der ASB in zwei ehemaligen Hotels weitere Unterkünfte und versorgt auch hier rund um die Uhr Geflüchtete mit Essen. Weiterhin, organisierte der ASB ehrenamtliche Dolmetscher*innen und bereitet pädagogische Einrichtungen auf die Integration von Geflüchteten im Alltag vor.

Der Bedarf an einer psychosozialen Notfallversorgung für Einsatzkräfte oder Betroffene nach einem traumatischen Ereignis wie dem Ukraine-Krieg gewinnt von Tag zu Tag mehr an Relevanz. Deshalb baut der ASB ein Team zur psychosozialen Notfallversorgung auf.

> www.asb-hessen.de

Jugendherbergen nehmen Geflüchtete auf

Während der Corona-Pandemie ist die Belegung der Jugendherbergen drastisch zurückgegangen: keine Klassenfahrten mehr und deutlich weniger Individual-Tourismus. Das hat die Möglichkeit eröffnet, in fünf Häusern in Hessen längerfristig Geflüchtete zu beherbergen, die sonst in der Erstaufnahme-Einrichtung des Landes hätten bleiben müssen. In Büdingen, Grävenwiesbach, Kassel, Lauterbach und Limburg kamen bis zum Frühjahr 2022 vor allem Geflüchtete aus Syrien und Afghanistan unter. „Zu wissen, dass wir Menschen in extremen Notlagen helfen können, bewegt uns sehr und macht uns stolz", sagt Knut Stolle, Pressesprecher der Jugendherbergen in Hessen. Für die an der Kooperation mit dem Regierungspräsidium Gießen teilnehmenden Häuser brachte die Unterbringung der Geflüchteten zudem in finanziell schwierigen Pandemie-Zeiten einen stabilen Einnahme-Posten. Inzwischen sind die Jugendherbergen wieder im Regelbetrieb. Freie Zimmer werden aber weiterhin für Geflüchtete zur Verfügung gestellt. So haben im April mehrere Familien aus der Ukraine in der Jugendherberge in Rotenburg vorübergehend ein sicheres Quartier bezogen. Die Anteilnahme am Schicksal der Geflüchteten sei bei den anderen Gästen groß, so Knut Stolle.

29 Jugendherbergen in Hessen

Das hessische Jugendherbergswerk war 1947 eine der ersten Mitgliedsorganisationen des neu gegründeten Paritätischen Landesverbands. 29 Jugendherbergen gibt es heute in Hessen. Dazu zählen die höchstgelegene auf dem Hoherodskopf und das Haus der Jugend in Frankfurt am Main. Längst sind die Jugendherbergen keine spartanischen Unterkünfte mehr, sondern bieten Gästen aller Altersgruppen viel Komfort. Einige Herbergen laden zu besonderen Erlebnissen ein. Auf dem Hoherodskopf beispielsweise können Gäste die Nacht in einem Riesenbett unter freiem Himmel verbringen oder in einem Baumzelt schlafen.

> www.jugendherberge.de/hessen

Die Jahre 2020 bis 2022

Zeit des Umbruchs

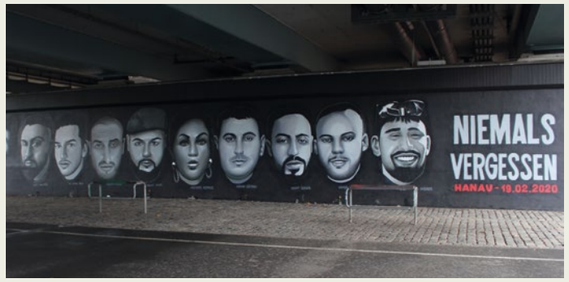
Die 2020er Jahre beginnen krisenhaft: mit einem Terror-Anschlag in Hanau, Corona-Pandemie, Hochwasser im Westen Deutschlands und dem Krieg in der Ukraine, in dessen Folge viele Geflüchtete nach Hessen kommen. Die inflationären Preissteigerungen wirken sich für einkommensschwache Haushalte und Menschen, die von Grundsicherung leben, katastrophal aus. Rasant steigende Kosten bedrohen auch die soziale Infrastruktur in Hessen, wenn Bund, Land und Kommunen sowie Pflege- und Krankenkassen und der Landeswohlfahrtsverband nicht zu einer besseren Finanzierung bereit sind.

Eine große Lieferung gespendeter Masken für die Mitgliedsorganisationen wird ausgeladen.

Corona-Pandemie

Die im März 2020 ausgebrochene Corona-Pandemie zeigt einmal mehr, wie wichtig die Arbeit des Paritätischen und der Mitgliedsorganisationen ist. Gemeinsam mit Kostenträgern und politisch Verantwortlichen schafft er Rahmenbedingungen, damit die Arbeit der Mitgliedsorganisationen trotz der coronabedingten Einschränkungen aufrechterhalten werden kann, wenn auch viele Angebote eingeschränkt sind. Die Kontaktbeschränkungen während der Pandemie treffen besonders hart alte Menschen und Menschen mit Behinderung sowie materiell benachteiligte Menschen, aber auch Kinder und Jugendliche. Mit digitalen Angeboten schaffen viele Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Hessen und der Verband selbst Alternativen für Angebote, die nicht in Präsenz stattfinden können.

Immer deutlicher wird zudem, dass der Klimawandel Folgen von bislang unvorstellbarem Ausmaß haben wird, wenn nicht noch massiv gegengesteuert wird – was hohe Ausgaben für den Klimaschutz erfordert. Diese Entwicklungen betreffen auch die Organisationen der freien Wohlfahrtspflege, vor allem aber Menschen mit geringem Einkommen. Der Paritätische und seine Kollegialverbände stehen vor ernsten Herausforderungen. Um diese bewältigen zu können, wird es ganz zentral sein, dass ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit miteinander in Einklang gebracht werden.



Erinnerung an die Opfer des rassistischen Anschlags in Hanau: ein Wandbild an der Frankfurter Friedensbrücke.

Rassismus bekämpfen

Nur wenige Monate nach dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke erschießt im Februar 2020 ein rechtsextremer Täter aus rassistischen Motiven in Hanau neun Menschen. Auch als Reaktion auf das Attentat erarbeitet der Paritätische Hessen in Kooperation mit zwölf weiteren Organisationen einen Forderungskatalog an die Landesregierung zur Bekämpfung von Rassismus, Rechtsextremismus und zur Stärkung der Demokratie.

Wir sagen Danke!

Für ihre Unterstützung danken wir allen, deren Arbeit und Erfahrungen wir in dieser Broschüre – beispielhaft für viele andere – darstellen können.

Ein ganz besonderer Dank gilt dem ehemaligen Mitarbeiter des Paritätischen Nordrhein-Westfalen, Hans-Peter Metje. Er hat uns aus seinem reichen Fundus Fotos und Textdokumente zur Verfügung gestellt und stand uns beratend bei der Darstellung der Historie zur Seite.

Mehr über unsere Geschichte und über die vielfältige Arbeit unserer Mitgliedsorganisationen finden Sie auf unserer Jubiläums-Webseite. Sie wächst noch, und wir freuen uns sehr, wenn Sie kurze Grußbotschaften als Handy-Videos sowie Anekdoten und Dokumente aus mehr als siebeneinhalb Jahrzehnten sozialer Arbeit in Hessen beisteuern: www.paritaet-hessen.org/75-jahre

Bildnachweis

4 Der Paritätische Hessen
5 Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
6 Stadt Fulda
7 Jan Moritz Blöcher, Rolf K. Wegst
8 Kai Fuchs
9 David Ausserhofer
10 Barbara Helfrich
11 Der Paritätische Gesamtverband
12 Der Paritätische Gesamtverband
13 Der Paritätische Gesamtverband
14 Der Paritätische Gesamtverband
15 Vitos Herborn, Dennis Möbus; Bürgerhospital, Thomas X. Stoll; Hospital zum Heiligen Geist, Historisches Museum Frankfurt am Main, Thorsten Jansen
16 Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.
17 DBSV Ziebe
18 und 19 Frankfurter Verein für soziale Heimstätten e. V.
20 und 21 Der Paritätische Hessen, Der Paritätische Gesamtverband e. V.
22 und 23 Magdalena Spinn, Bürgerinstitut
24 und 25 Perspektivwechsel e. V.
26 und 27 Der Paritätische Hessen
28 und 29 Lebenshilfe-Werk Kreis Waldeck-Frankenberg e. V.
30 Henry und Emma Budge-Stiftung
31 ASB Südhessen e. V., Mario Tannert
32 Frauenzeitung Nr.1 mit freundlicher Unterstützung des FrauenMediaTurm, Köln
33 bpk / Abisag Tüllmann
34 und 35 Gesellschaft für Jugendarbeit und Bildungsplanung e. V., Alexander Hauk
36 AIDS-Hilfe Frankfurt, Johannes Aevermann
37 Gundula Vogel, pixabay
38 Der Paritätische Hessen
39 Barbara Helfrich
40 HR, aus 7 Tage in der Hartz4-Maßnahme, ARD-Mediathek
42 pexels, Taryn Elliott
43 Frauenhaus Erbach
44 Feministische Mädchenarbeit e. V., Gaby Gerster
45 pro familia Frankfurt
46 Verein zur Förderung der Autonomie Behinderter, fab e. V.
48 und 49 Der Paritätische Hessen
50 Uta Mosler
52 Lena Jungmann, Mütterzentrum Langen e. V.
53 Mütterzentrum Langen, Aktivspielplatz Wilde Wiese e. V.
54 und 55 Integrative Drogenhilfe e. V.
56 Michael Kegler
57 Kim Kibler, Der Paritätische Hessen
58 Barbara Helfrich, Ulrike Bauer
59 Barbara Helfrich, Der Paritätische Hessen
60 und 61 Arbeitsloseninitiative im Lahn-Dill-Kreis e. V
62 Kulturzentrum Schlachthof, Can Wagener
63 BehindART, Eva Keller-Welsch
64 Arbeiter-Samariter-Bund Hessen, Terra Tech Förderprojekte e. V., privat
66 Barbara Helfrich

Impressum

Paritätischer Wohlfahrtsverband
Landesverband Hessen e. V.
Auf der Körnerwiese 5
60322 Frankfurt am Main

Telefon: 0 69 / 95 52 62-0
Fax: 0 69 / 55 12 92
E-Mail: info@paritaet-hessen.org
www.paritaet-hessen.org

Redaktion: Ulrike Bauer, Barbara Helfrich
Layout: Markus Rühl

V. i. S. d. P.: Dr. Yasmin Alinaghi
Landesgeschäftsführerin
Auflage: 2.000, Mai 2022

SOZIALES ENGAGEMENT VERDIENT DEN BEST-MÖGLICHEN SCHUTZ

UNION
VERSICHERUNGSDIENST

Seit mehr als 60 Jahren ist die UNION Versicherungsdienst GmbH der Versicherungsmakler für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V. und Partner des Paritätischen Landesverbands in Hessen. Unser Auftrag lautet, das Vermögen der Mitgliedsorganisationen bestmöglich zu schützen. Um dieses Ziel zu erreichen, stellt UNION einzig den Kundennutzen in den Mittelpunkt des Handelns.

Rund zwei Drittel aller Einrichtungen unter dem Dach des Paritätischen in Hessen vertrauen heute den Leistungen der UNION als ihrem Interessenvertreter in allen Versicherungsangelegenheiten.

Wir danken herzlich für eine jahrzehntelange gute Zusammenarbeit und gratulieren dem Paritätischen in Hessen zum 75-jährigen Bestehen.

UNION Versicherungsdienst GmbH – Ein Unternehmen des Paritätischen
Ecclesiastraße 1 – 4 • 32758 Detmold • Telefon +49 5231 603-0 • info@union-paritaet.de • **www.union-paritaet.de**